NATO

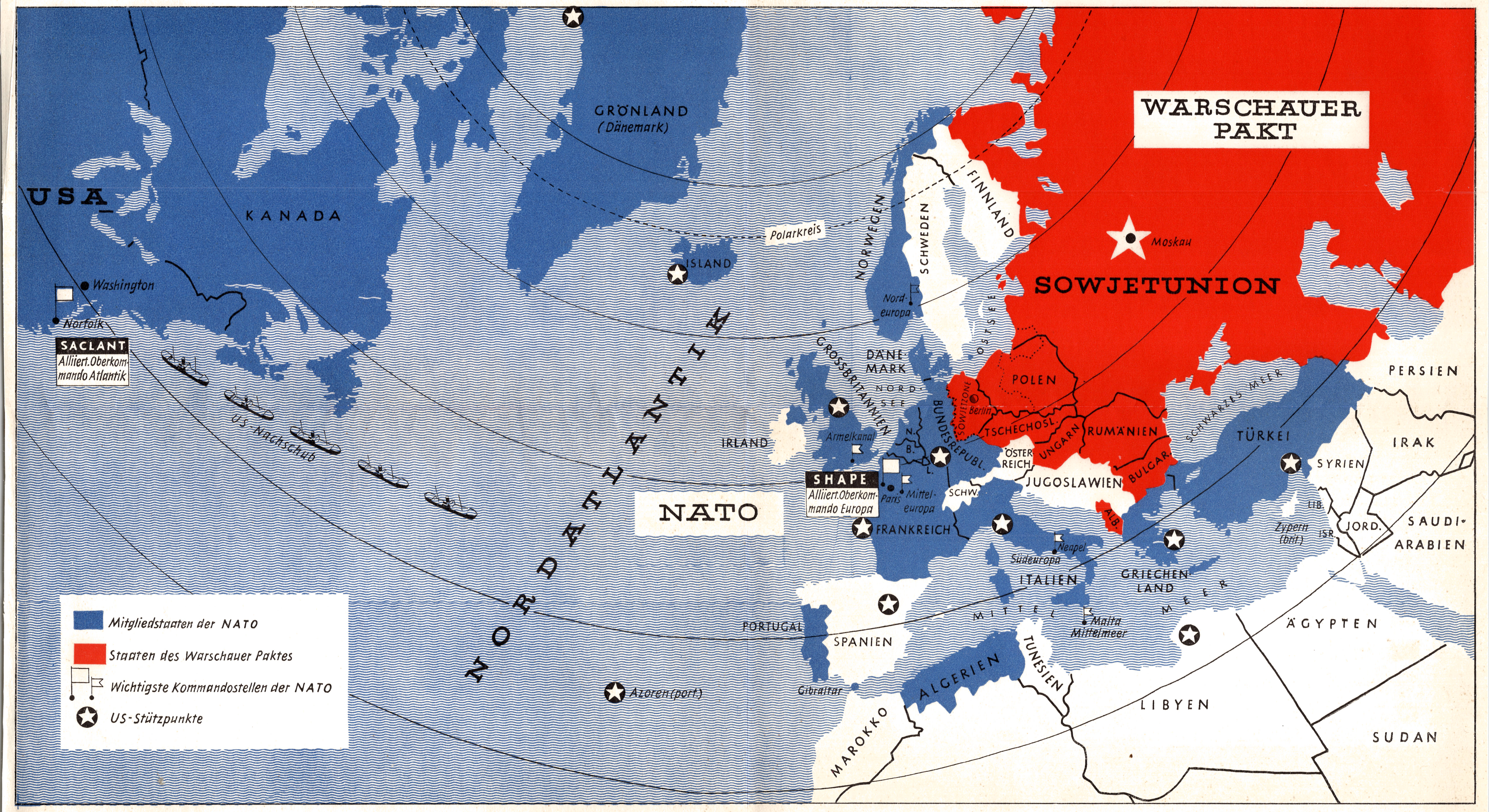
Die Atlantische Gemeinschaft – ein Bündnis für den Frieden

Includes rotates images and color (front/back);

The map was originally attached to the end;

See NATO handbook for latest information;

https://www.nato.int/docu/handbook/2006/hb-en-2006.pdf



WARSCHAUER PAKT
NATO
USA
KANADA
GRÖNLAND (Dänemark)
ISLAND
Polarkreis
NORWEGEN
SCHWEDEN
FINNLAND
Nord-europa
Moskau
SOWJETUNION
Washington
Norfolk
SACLANT
Alliiert. Oberkommando Atlantik
US-Nachschub
NORDATLANTIK
DÄNEMARK
NORDSEE
OSTSEE
GROSSBRITANNIEN
IRLAND
Ärmelkanal
POLEN
SOWJETZONE
Berlin
BUNDESREPUBL.
N.
B.
L.
TSCHECHOSL.
ÖSTERREICH
UNGARN
RUMÄNIEN
BULGAR.
SCHWARZES MEER
TÜRKEI
PERSIEN
SYRIEN
IRAK
LIB.
ISR.
JORD.
SAUDI-ARABIEN
Zypern (brit.)
SHAPE
Alliiert. Oberkommando Europa
Paris
Mittel-europa
SCHW.
JUGOSLAWIEN
ALB.
FRANKREICH
Neapel
Südeuropa
ITALIEN
GRIECHENLAND
MITTELMEER
Malta
Mittelmeer
PORTUGAL
SPANIEN
TUNESIEN
ÄGYPTEN
Gibraltar
ALGERIEN
MAROKKO
LIBYEN
SUDAN
Azoren (port.)
Mitgliedstaaten der NATO
Staaten des Warschauer Paktes
Wichtigste Kommandostellen der NATO
US-Stützpunkte

NATO

DIE ATLANTISCHE GEMEINSCHAFT - EIN BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN

1959

Verlag: Pressebüro Waldemar Schweitzer, Stuttgart

DIE ATLANTISCHE GEMEINSCHAFT

NATO

EIN BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN

Einbandentwurf und Übersichtskarte: Eckart Munz; Skizzen: E. L. Berger. Druck: Ungeheuer & Ulmer, Ludwigsburg.

INHALT

VERZEICHNIS DER KARTEN

FÜNFZEHN VÖLKER

Die Atlantische Gemeinschaft

IM ZWEITEN WELTKRIEG ENTSTAND in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten der Gedanke, nach Kriegsende die durch eine gemeinsame Tradition, Kultur und Lebensform verbundenen nordatlantischen Staaten in einer Föderation, einer „Atlantischen Demokratie" zu vereinigen. Das Projekt wurde wieder vergessen. Aber der zweite große Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts hatte die Einsicht geformt, daß der Atlantische Ozean heute nicht mehr zwei Kontinente trennt, sondern zum Binnenmeer einer engverbundenen Völkergemeinschaft geworden ist. Es hatte sich gezeigt, daß ein Angriff gegen einen dieser Staaten die Sicherheit des ganzen nordatlantischen Raumes gefährdet.

Diese Einsicht und der Wunsch, den kaum gewonnenen Frieden zu wahren, haben die „Atlantische Gemeinschaft" ins Leben gerufen, ein Bündnis zur Verteidigung des nordatlantischen Raumes und der darin lebenden Völker. Der Text des Vertrages über die „North Atlantic Treaty Organisation", die NATO, ist von dem gleichen Geist getragen, dem das Projekt einer „Atlantischen Demokratie" entsprang. In der Präambel heißt es:

- Die Partner dieses Vertrages bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben.
- Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Personen und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.
- Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern.
- Sie sind entschlossen, ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen.

ZWÖLF LÄNDER UNTERZEICHNETEN AM 4. April 1949 in Washington diesen Vertrag: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika. Es wäre falsch, sein Zustandekommen ausschließlich

dem Druck der damaligen Situation zuzuschreiben; die Länder und Kontinente waren sich nähergerückt, die Interessen hatten sich einander angeglichen. Dennoch war der treibende Faktor, der den Vertragsabschluß zu diesem Zeitpunkt dringend erforderte, die zunehmende Drohung aus dem Osten.

I. Zwischen Krieg und Frieden

In wenigen Jahren war aus dem Verbündeten gegen Hitler-Deutschland und Japan ein mächtiger Gegner geworden, der sich weigerte, die im Krieg eroberten Gebiete freizugeben und sich darüber hinaus bemühte, ständig neuen Raum und Einfluß zu gewinnen. Die Westmächte hatten sich nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 der Illusion hingegeben, die Zeiten der Gewaltanwendung seien vorbei; sie wurden sich nur langsam ihrer gefährdeten Lage bewußt. Dann allerdings zogen sie die einzig mögliche Konsequenz.

Folgendes hatte sich ereignet: Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada hatten innerhalb der ersten zwölf Monate nach Kriegsschluß ihre auf europäischem Boden stehenden Truppen in einer Stärke von 4,7 Millionen Mann auf rund 880 000 Mann verringert. In San Franzisko waren die „Vereinten Nationen" als Hoffnung auf eine neue, friedliche Weltordnung geschaffen worden. Im Vertrauen auf deren Stärke rüsteten die westlichen Siegermächte in einem Ausmaß ab, wie es noch nie ein Sieger vorher gewagt hatte. Die Sowjetrussen dagegen behielten eine Streitmacht von mehr als vier Millionen Mann unter Waffen, obwohl sie nach westlichen Vorstellungen weit eher Anlaß gehabt hätten, wegen ihrer riesigen Menschenverluste und Kriegsschäden und wegen ihres geringen Lebensstandards die Militärlasten abzubauen. Aus jener Zeit stammt die erdrückende sowjetische militärische Überlegenheit, die in den folgenden Jahren den Gang der Politik bestimmte.

Bei der Besetzung durch russische Truppen waren kommunistische Regierungen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien errichtet worden. Der sowjetrussische „Kriegsgewinn" belief sich in Europa auf rund 1,5 Millionen Quadratkilometer mit 115 Millionen Menschen, die annektierten Gebiete und die Satellitenstaaten zusammengerechnet. Der Druck wurde von Jahr zu Jahr stärker:

- 1945 bis 1946 forderte die sowjetische Regierung von der Türkei die Kontrolle der Dardanellen und die Überlassung von Stützpunkten;
- 1946 übte die Sowjetregierung einen politischen Druck auf Persien aus, um die sowjetische Besetzung Nordpersiens aufrechtzuerhalten;

- im Februar 1946 kommunistischer Umsturz in Prag; die Tschechoslowakei wurde in den Ostblock einbezogen;
- 1946 und 1947 schürten die Sowjets die Guerillakämpfe in Griechenland. Auch dort sollte eine kommunistische Regierung zustandekommen;
- 1947 ersuchte die Sowjetregierung die norwegische Regierung um Überlassung von Stützpunkten auf Spitzbergen;
- ebenfalls 1947 lehnten die Sowjets den Marshall-Plan zum Wiederaufbau Europas ab und bemühten sich, den Wiederaufbau Westeuropas zu lähmen;
- 1948 folgte nach zahlreichen Verstößen gegen das Potsdamer Abkommen im Anschluß an die Währungsreform in Westdeutschland die Berliner Blockade.

ZU DIESEM ZEITPUNKT HATTEN sich die Westmächte jedoch bereits auf die gefährliche Weltsituation besonnen. Im März 1947 unterzeichneten Großbritannien und Frankreich in Dünkirchen einen auf 50 Jahre befristeten „Bündnis- und Beistandsvertrag". Am 2. September des gleichen Jahres wurde in Rio de Janeiro von allen Staaten des amerikanischen Kontinents mit Ausnahme von Ekuador, Nikaragua und Kanada ein Bündnis zur gegenseitigen Verteidigung geschlossen. Am 17. März 1948 entstand der sogenannte Brüsseler Vertrag zwischen Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und den Niederlanden – ein Vertrag, der die kollektive Verteidigung erst nach der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit an vierter Stelle nannte.

Dieser Vertrag ist als der Vorläufer der Atlantischen Gemeinschaft anzusehen. Es war ein Vertrag von Nationen, denen die Erhaltung der Prinzipien der Demokratie, der persönlichen Freiheit und der politischen Unabhängigkeit, der verfassungsmäßigen Traditionen und der Herrschaft des Gesetzes am Herzen lag. Aus dem Brüsseler Vertrag entwickelte sich dann schon bald auf amerikanische Initiative hin der Nordatlantikpakt. Am 11. Juni 1948 nahm der amerikanische Senat mit 64 gegen 4 Stimmen einen Entschließungsantrag des Senators Arthur H. Vandenberg an, in dem der „Aufbau regionaler und anderer Verteidigungssysteme" gefordert und die „Assoziierung der Vereinigten Staaten ... mit anderen derartigen regionalen und kollektiven Systemen" angeregt wurde. Das war zu einem Zeitpunkt, da die letzten Vorbereitungen für die Währungsreform in Westdeutschland bereits liefen, und da das Verhältnis zwischen dem Ostblock und den Westmächten sich zum Kalten Krieg entwickelt hatte.

Die ersten Verhandlungen fanden zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Kanadas und der Brüsseler-Pakt-Staaten statt. Als die parallel laufenden Bemühungen um ein

skandinavisches Paktsystem unter anderem wegen der Rücksichtnahme Schwedens auf die gefährdete Position Finnlands scheiterten, informierten sich dänische und norwegische Politiker in London und Washington und bekundeten die Bereitwilligkeit ihrer Länder, der künftigen Gemeinschaft beizutreten. Weitere Einladungen zur Teilnahme an den Besprechungen ergingen an Island, Italien und Portugal. Die Verhandlungen dauerten zwei Monate. Dann wurde, am 4. April 1949, eines der kürzesten und verständlichsten internationalen Dokumente unterzeichnet.

II. Der Vertrag

FORTSCHRITT UND SICHERHEIT SIND untrennbar. So ist der Atlantikpakt ein Verteidigungspakt, aber auch ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfe auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet. Er entspricht auf der einen Seite den gegenwärtigen Sicherheitserfordernissen; auf der anderen versucht er einen Weg aus einer verworrenen internationalen Vergangenheit in eine bessere Zukunft zu zeigen.

Der Vertrag stellt den ersten Versuch in der Geschichte dar, in Friedenszeiten eine so große Zahl von Ländern verschiedener Größe zu einer gemeinsamen Leistung zu bewegen. Er besteht aus einer Präambel und 14 Artikeln. In allen Artikeln wird der Wille zur Erhaltung des Friedens, aber auch die Bereitschaft zur gemeinsamen Selbstverteidigung gegen einen Angreifer zum Ausdruck gebracht.

Im Artikel 1 verpflichten sich die vertragsschließenden Staaten,

„jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sein mögen, durch friedliche Mittel in der Weise zu regeln, daß Frieden und Sicherheit und Gerechtigkeit unter den Völkern nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist."

Im Artikel 2 wird bestimmt, daß die Vertragspartner zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Die Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik sollen beseitigt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Vertragsstaaten gefördert werden. Durch die Präambel, die Artikel 1 und 2 wird die Atlantische Gemeinschaft zu mehr als einem bloßen Bündnis. Der kanadische Premierminister St. Laurent spricht

schon 1948 von der „dynamischen Anziehungskraft einer freien, wohlhabenden und fortschrittlichen Gesellschaft als Gegensatz zu der totalitären und reaktionären Gesellschaftsordnung der kommunistischen Welt".

In Artikel 3 beschließen die Partner zur Verwirklichung der Ziele des Vertrages „einzeln oder gemeinsam durch ständige wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung ihre individuelle und kollektive Widerstandskraft gegen einen bewaffneten Angriff fortgesetzt aufrechterhalten" zu wollen. Der Sinn dieser Bestimmung ist klar. Ein Beistandspakt wird nur dann einen Angreifer abhalten können, wenn schon im Frieden eine einsatzbereite Kraft hinter ihm steht. Dazu gehört auch die Einheit der Befehlsgebung, der Planung, der Ausrüstung und der Ausbildung.

Im Artikel 4 wird bestimmt, daß die Vertragspartner einander konsultieren, wenn nach Auffassung eines von ihnen die Unversehrtheit des Gebietes, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit eines der vertragschließenden Staaten bedroht ist.

In den Artikeln 5 und 6 sind die wichtigsten militärischen Vereinbarungen enthalten. Sie lauten:

- Diese vertragsschließenden Staaten sind darüber einig, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle betrachtet werden wird.

  Sie beschließen daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung dem Vertragsstaat oder den Vertragsstaaten, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jeder von ihnen sofort für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragsstaaten diejenigen Maßnahmen unter Einschluß der Verwendung bewaffneter Kräfte ergreift, die er für notwendig erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.

  Jeder bewaffnete Angriff und alle als dessen Ergebnis ergriffenen Maßnahmen sollen dem Sicherheitsrat unverzüglich gemeldet werden. Diese Maßnahmn sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat die zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Völkerfriedens und der internationalen Sicherheit notwendigen Maßnahmen getroffen hat.

- Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf einen oder mehrere der vertragsschließenden Staaten ein bewaffneter Angriff

  1. auf das Gebiet irgendeines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit eines Vertragsstaates unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses;

2. auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge irgendeines Vertragsstaates, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet befinden, in dem irgendeiner der Vertragsstaaten bei Inkrafttreten des Paktes eine Besatzung unterhält, oder im Mittelmeer oder im nordatlantischen Raum nördlich des Wendekreises des Krebses.

DIE UNTERZEICHNUNG DIESER ARTIKEL zeigt das Ausmaß des Gesinnungswandels gegenüber der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Der stärkste Partner innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft, die Vereinigten Staaten von Amerika, hat den Isolationismus früherer Zeiten aufgegeben; amerikanische Truppen stehen zur Verteidigung des atlantischen Raumes in Italien und in der Bundesrepublik, und ihre Kriegsschiffe kreuzen durch den Atlantik und durch das Mittelmeer. Aus den französischen Besatzungstruppen in Südwestdeutschland und den britischen in Nord- und Westdeutschland wurden „Stationierungstruppen", die im Ernstfall zur Verteidigung des deutschen Bodens verpflichtet sind, und Flugzeuge mit kanadischen Piloten ziehen ihre Kondensstreifen am europäischen Himmel, während europäische Soldaten in Kanada zu Piloten ausgebildet werden. Die Verzahnung in der Aufstellung der NATO-Truppen in Friedenszeiten, löst eine kollektive Verteidigung im Ernstfall aus.

Diese beiden Artikel enthalten einen starken Abschreckungsfaktor; sie werden in neuer Zeit durch einen Beschluß unterstrichen, in dem die NATO Ende des Jahres 1958 ihren Willen bekundet, die Freiheit Berlins ebenso zu wahren und zu verteidigen, wie ihre eigene Freiheit.

Im Artikel 7 wird festgestellt, daß dieser Vertrag nicht die Rechte und Pflichten berührt, die sich für solche Vertragspartner ergeben, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind; er berührt auch nicht die in erster Linie bestehende Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit. Im Artikel 8 erklären die vertragsschließenden Staaten, daß keine der internationalen Verpflichtungen, die zwischen ihnen und einem anderen Vertragsstaat oder einem dritten Staat bestehen, den Bestimmungen dieses Vertrages widersprechen. Sie verpflichten sich, auch in Zukunft keine diesem Vertrag widersprechenden internationalen Verpflichtungen einzugehen.

Im Artikel 9 wird beschlossen, einen gemeinsamen Rat zu errichten, in dem die Fragen geprüft werden sollen, die die Durchführung dieses Vertrages betreffen. Damit wurde die Möglichkeit gegeben, aus den Organen der NATO eine immer wirkungsvollere Maschinerie zu machen. Artikel 10 bestimmt,

daß die Vertragspartner durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat zum Beitritt einladen können, wenn er in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen. Im Rahmen dieser Bestimmung haben Griechenland und die Türkei 1952 und die Bundesrepublik Deutschland 1955 ihren Beitritt zur Atlantischen Gemeinschaft vollzogen.

Die Artikel 11 bis 14 betreffen die Vertragsratifikation und das Inkrafttreten. Es wird bestimmt, daß nach zehnjähriger Geltungsdauer oder zu einem späteren Zeitpunkt auf Verlangen eines der Partner der Vertrag unter Berücksichtigung der Umstände überprüft werden soll, die dann den Frieden und die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes berühren. Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer kann jeder Partner aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr nachdem er der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat.

III. Plan und Wirklichkeit

ZEHN JAHRE SIND SEIT der Unterzeichnung des Vertrages vergangen. Nach zehn Jahren läßt sich der Wert oder Unwert einer Organisation an ihrem Erfolg messen. Der wichtigste,

alles andere überschattende Erfolg der Atlantischen Gemeinschaft ist:

- Der Weltfrieden blieb erhalten. Der sowjetische Ausdehnungsdrang nach Westen ist aufgehalten worden.

Dieser Erfolg beruht auf der Erhöhung der militärischen Kraft der Allianz und auf der vereinigten Bereitschaft der Partner, einem Angriff widerstehen zu wollen. Noch zu Ende des Jahres 1950, als der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, General Dwight D. Eisenhower, vom Nordatlantikrat zum Alliierten Oberbefehlshaber in Europa ernannt worden war, standen ihm nur rund zwölf Divisionen, 400 Flugzeuge und etwa die gleiche Anzahl von Schiffen zur Verfügung. Die Stärke der Streitkräfte der NATO in Europa ist heute wenigstens fünfmal größer, die Ausrüstung ist besser und technisch vervollkommnet. Sie umfaßt seit Ende Dezember 1957 ballistische Flugkörper mittlerer Reichweite und nuklearer Sprengkörper – Mittelstreckenraketen und Atomsprengköpfe. Rund 160 Flugplätze konnten Ende 1958 von Düsenflugzeugen benutzt werden.

DIESE ENTWICKLUNG BERUHT AUF einem Plan, der außer der gemeinsamen Verteidigung mit gerecht verteilten finanziellen und militärischen Lasten die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten einschließt. Die Verwirklichung des Planes begann

mit der ersten Sitzung des Nordatlantikrats am 17. September 1949 in Washington. Auf dieser Tagung beschloß er, alljährlich zu einer ordentlichen Sitzung zusammenzukommen und darüber hinaus „nach Bedarf weitere Tagungen" abzuhalten. Weiter befaßte er sich mit dem Aufbau der Organisation nach dem Artikel 9 des Vertrages.

Bis zum nächsten Schritt, der Billigung eines Entwurfs für einen Vierjahresplan am 1. April 1950 waren zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und acht europäischen NATO-Ländern zweiseitige Abkommen zur Durchführung eines militärischen Hilfsprogramms beschlossen worden, für das die USA zunächst eine Milliarde Dollar bereitstellten.

DER KOMMUNISTISCHE ANGRIFF AUF Süd-Korea und die darin liegende unverhüllte Drohung für die freie Welt beschleunigte von Mitte Juni 1950 an die Bemühungen um den Ausbau der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Im September gelangte der NATO-Rat in New York zu der einstimmigen Auffassung, in Europa müsse eine „vorgeschobene Strategie" angewendet werden, damit ein Angriff soweit wie möglich im Osten zum Stehen gebracht werden könne, um so die Verteidigung aller europäischen Bündnispartner zu sichern. Das bedeutete, daß die Verteidigung Europas auf deutschem Boden zu beginnen hatte, was jedoch ohne die militärische und politische Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland auf die Dauer nicht möglich und den anderen Vertragspartnern nicht zumutbar war.

Eine Lösung dieser Frage wurde 1950 noch nicht gefunden, weil Frankreich sich mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag nicht einverstanden erklären wollte. Später legte die französische Regierung den Plan vor, „eine mit den politischen Institutionen eines vereinten Europas verbundene europäische Armee aufzubauen", der dann die Bundesrepublik Deutschland auch ein Kontingent zur Verfügung stellen sollte. Diese „Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)" scheiterte fast vier Jahre später an der Ablehnung der französischen Nationalversammlung, nachdem die entsprechenden Verträge im deutschen Bundestag genehmigt worden waren.

Die deutsche Frage durfte den Aufbau der NATO nicht hindern. General Eisenhower schlug als erster Alliierter Oberbefehlshaber Europas (SACEUR) in den ersten Monaten des Jahres 1951 sein Hauptquartier in der Nähe von Paris auf; damit war zum erstenmal in der Geschichte schon im Frieden eine einheitliche militärische Führung mehrerer Länder errichtet worden. Der Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO mit Wirkung vom 18. Februar 1952 erhöhte die politische und militärische Verantwortung, die die Gemeinschaft durch die Ausdehnung der Grenzen in das östliche Mittelmeer und an die

Südgrenze der Sowjetunion übernahm. Angesichts der weiteren Verschlechterung der Beziehungen zum Ostblock wurden die Verteidigungspläne auf der Ratstagung in Lissabon vom 20. bis 25. Februar 1952 koordiniert, in der Hauptsache durch eine drastische Reorganisation der zivilen Stellen des Bündnisses. Es wurde ein ständiger Nordatlantikrat eingerichtet, der die Pausen zwischen den Ministertagungen in permanenter Sitzung überbrücken sollte. Außerdem wurde die Stelle des Generalsekretärs der NATO neu geschaffen. Als stellvertretender Vorsitzender sollte ihr Inhaber praktisch den Vorsitz im Ständigen Rat übernehmen. Paris wurde als Sitz der NATO vereinbart.

Außer dem bereits bestehenden Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE)) wurden neue Befehlsbereiche geschaffen: Der Befehlsbereich für den Atlantik (SACLANT) in Norfolk in den Vereinigten Staaten und der Befehlsbereich für die Kriegsmarine und die Marineluftwaffe für den Ärmelkanal und die südliche Nordsee unter dem Oberbefehlshaber Kanal und Südliche Nordsee (CINCHAN). 1952 folgte auf General Eisenhower, der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, als neuer Alliierter Oberbefehlshaber in Europa General Matthew B. Ridgeway, 1953 General M. Gruenther; seit November 1956 bekleidet General Lauris Norstad dieses Amt.

IN DIESER ZEIT STABILISIEREN sich die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa. Auf der Neunmächtekonferenz im Oktober 1954 wurde die Bundesrepublik Deutschland zum Beitritt in die Atlantische Gemeinschaft eingeladen. In den Pariser Verträgen verpflichtete sich Großbritannien, auf dem europäischen Festland Truppen zu unterhalten. Die Ausbildung einer einheitlichen militärischen Struktur durch die Unterstellung sämtlicher Streitkräfte der Mitgliedstaaten im europäischen Befehlsbereich unter den Befehl des Alliierten Oberbefehlshabers Europa wurde beschlossen. Präsident Eisenhower gab am 5. März 1955 öffentlich das Versprechen ab, die amerikanischen Streitkräfte so lange wie möglich auf dem europäischen Festland zu belassen. Die Vereinigten Staaten leisteten damit ein zusätzliches und wesentliches Garantieversprechen für die kollektive Sicherheit. Auf der Ministerratstagung am 9. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland schließlich offiziell als fünfzehntes Mitglied der NATO aufgenommen.

Seitdem sind zwar zahlreiche internationale Verhandlungen über eine allgemeine Abrüstung geführt worden. Nach dem zwanzigsten Kommunistischen Parteikongreß in Moskau im Februar 1956 und in den folgenden Monaten des Tauwetters glaubte man allgemein eine veränderte Haltung der Sowjetunion gegenüber der übrigen Welt feststellen zu können. Die

Entstalinisierung im Inland und eine neue Politik der Koexistenz und friedlicher Beziehungen gegenüber dem Ausland erwiesen sich aber bald als trügerisch; die brutale Unterdrückung der Volkserhebung in Ungarn Ende 1956 und die sowjetischen Versuche, im Nahen Osten Fuß zu fassen, zerstörten alle Illusionen. In der gleichen Zeit wurde die NATO einer schweren Belastungsprobe unterworfen, als anläßlich der Suez-Krise einzelne Mitgliedstaaten politische und auch militärische Alleingänge unternahmen, die die Atlantische Gemeinschaft in ihrem Bestand zeitweise zu gefährden schienen.

Diese Vorgänge bestätigten über das Militärische hinaus die Notwendigkeit einer gemeinsamen politischen Haltung. Im Dezember 1956 billigte der Ministerrat einen Bericht der „Drei Weisen", eines Executivausschusses, dem Averell Harriman (USA), Jean Monnet (Frankreich) und Sir Edwin Plowden (Großbritannien) angehörten. In diesem Bericht heißt es:

● „Gegenseitige Konsultierung bedeutet die gemeinsame Erörterung von Problemen in den ersten Stadien der politischen Willensbildung, ehe die nationale Haltung festgelegt wird. Dieses Verfahren wird bestenfalls zu gemeinsamen Entscheidungen hinsichtlich der Fragen führen, die das Bündnis insgesamt angehen. Mindestens wird dadurch jedoch gewährleistet werden, daß kein Mitgliedstaat in Unkenntnis der Auffassungen seiner Bündnispartner irgendwelche Maßnahmen trifft."

MIT DER BILLIGUNG DIESES Berichtes begann ein neuer Abschnitt im Zusammenwachsen der Gemeinschaft. Was der Vertragstext vorsah, hatte die politische Entwicklung zur Notwendigkeit werden lassen, und die Zusammenarbeit war über die militärischen Fragen hinaus tief in den politischen Bereich der einzelnen Partner und der Gemeinschaft hineingedrungen. Die sich hinschleppende Abrüstungsgespräche, die Verschärfung der Lage im Nahen Osten und die Fortsetzung des sowjetischen Einschüchterungs- und Demoralisierungsfeldzuges führten Ende 1957 zu dem Beschluß der Regierungschefs der Atlantischen Gemeinschaft, Raketen auf europäischem Boden zu stationieren und Atomsprengköpfe bereitzustellen.

Über diese Verstärkung des militärischen Potentials hinaus erfolgte in den Jahren 1957 und 1958 eine stärker werdende außermilitärische Zusammenarbeit. In Westeuropa hatte der aus dem Marshall-Plan hervorgegangene Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) bereits zu einer wesentlichen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen geführt; mit Hilfe der großzügigen amerikanischen Finanzierung war aus dem notleidenden und zerstörten Kontinent Europa eine aufblühende Gemeinschaft geworden. Die Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft (EWG) der sechs Länder Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Bundesrepublik, die Montanunion und das EURATOM-Abkommen haben diese Bemühungen im Geiste der Nordatlantischen Zusammenarbeit verstärkt.

IV. Die Bundesrepublik in der NATO-Strategie

DIE WELTPOLITISCHEN SCHWERGEWICHTE SIND seit Kriegsende neu verteilt. Europa hat seine zentrale Bedeutung an die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion abgeben müssen. In den Büros der NATO-Stäbe hängen strategische Landkarten, die deutlich machen, daß ein Generalstäbler in ganz anderen Dimensionen denken und planen muß als früher. Den Mittelpunkt dieser Karten bildet der Nordpol. Aus dieser Perspektive betrachtet sieht die Welt folgendermaßen aus:

Die beiden Machtblöcke liegen sich im arktischen Raum gegenüber. Der Ostblock hält die sogenannte innere Linie, umgeben von einem ganzen System von Bündnissen der freien Völker, die seinem Expansionsdrang an allen seinen Grenzen Einhalt gebieten.

Die Atlantische Gemeinschaft reicht von Alaska über Kanada, Grönland, Island nach Norwegen, und von dort über Dänemark, Großbritannien, Frankreich und den Mittelmeerraum bis an die Karpathen. Die Türkeit, südöstlichstes Mitglied der NATO, ist gleichzeitig das nordwestlichste Mitglied des sich anschließenden Mittelost-Paktes mit Persien und Pakistan. Pakistan wiederum gehört dem Südost-Asien-Pakt, der SEATO, an, der außerdem Australien, Neuseeland, die Philippinen und Thailand umfaßt. Von den NATO-Ländern sind die USA, Frankreich und Großbritannien Mitglied der SEATO, Großbritannien ist außerdem Mitglied des Mittelost-Paktes. Die Vereinigten Staaten haben mit Australien und Neuseeland den ANZUS-Pakt geschlossen, und weiterhin eine Reihe von Sicherheits- und Verteidigungspakten mit den Philippinen, Japan, Südkorea und National-China. Der Ring schließt sich mit einer Anzahl stark befestigter Stützpunkte auf amerikanischen, britischen, französischen und portugiesischen Besitzungen und mit dem Pakt von Rio, der mit geringen Ausnahmen den ganzen amerikanischen Kontinent umfaßt.

DEMGEGENÜBER HAT DER WARSCHAUER Pakt im Ostblock außer der Sowjetunion die kommunistischen Staaten, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Ungarn und das DDR genannte Stück Mitteldeutschland vereinigt. Rot-China hat diesen Pakt offiziell anerkannt, ohne ihm anzugehören. Man rechnet das Riesenreich jedoch allgemein zum Ostblock, und die politische und militärische Haltung des Landes und sei-

ner Regierung rechtfertigen das. Der Pakt wird von der Sowjetunion geführt, deren militärische Anstrengungen offensiv sind. Die sowjetischen Streitkräfte werden auf 3,5 Millionen Mann geschätzt, zu denen die Armeen der Satelliten in einer Stärke von etwa einer Million kommen. Das Landheer der Sowjetunion ist 1,7 Millionen Mann stark, die Luftwaffe zählt etwa 20 000 Maschinen und die Marine verfügt mit über 500 Booten über die größte U-Boot-Flotte der Welt. Nahezu zwei Drittel der sowjetischen Land- und Luftstreitkräfte sind in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion und im Satellitenvorfeld konzentriert.

EIN VERGLEICH DER KRÄFTEVERHÄLTNISSE zeigt eine wirtschaftliche Überlegenheit des Westens gegenüber dem Ostblock und einen beträchtlichen Vorsprung auf dem Gebiet der Atombewaffnung. Die Sowjetunion ist mit einer nur in Diktaturen möglichen Kräftekonzentration bemüht, diesen Vorsprung aufzuholen. Eine große Schwäche des Westens liegt in der geringen Zahl der Landstreitkräfte. Der zusammengeballten militärischen Kraft in Westrußland und Osteuropa stehen in dem entscheidend wichtigen Mittelabschnitt auf dem Gebiet der Bundesrepublik zur Zeit nur rund zwanzig Divisionen entgegen, während General Norstad dreißig modern ausgerüstete Divisionen als unbedingt notwendig ansieht, um einer Agression aus dem Osten erfolgreich begegnen zu können.

Diese Lage führte zum Ausbau einer NATO-Konzeption, die man als „Schild- und Schwert"-Strategie bezeichnet. Das „Schwert" der NATO bilden die Kern- und Fernwaffen, mit denen bei der fortgeschrittenen technischen Entwicklung durch Raketen oder durch strategische Bomberkommandos in kurzer Zeit das Gebiet des Ostblocks erreicht und empfindlich getroffen werden kann. Diese „Schwert"-Kräfte sind die wirkungsvollsten Waffen des Verteidigers im Kriegsfall. Sie enthalten ein so ungeheueres Potential an Vernichtungskraft, daß ein Angreifer mit seiner Vernichtung rechnen muß. Je stärker die „Schwert"-Waffe ist, desto eher kann ein Krieg verhindert werden.

Das „Schwert" ist jedoch auf die Dauer wirkungslos ohne „Schild". Der „Schild" hat die Basis der „Schwert"-Kräfte zu schützen und damit ihren Einsatz zu ermöglichen. Für die mitteleuropäischen Länder und für die Bundesrepublik ist der „Schild" auch noch aus einem anderen Grunde notwendig. Er schützt ihr Gebiet vor dem unmittelbaren Zugriff durch den möglichen Angreifer; er muß deshalb stark genug sein, lokale Aktionen aus eigener Kraft abwehren zu können. Im wesentlichen wird der „Schild" auch in Zukunft noch aus den sogenannten herkömmlichen Streitkräften bestehen, aus starken Landstreitkräften, der taktischen Luftwaffe und leichten Seestreitkräften.

MIT DIESER DARSTELLUNG DER strategischen Konzeption der NATO zur Verteidigung des Westens ist auch die Aufgabe der Bundesrepublik im Rahmen dieser Gemeinschaft umrissen. Zwar liegt Europa zumindest militärisch nicht mehr wie in früheren Jahrhunderten im Zentrum des Geschehens, es hat jedoch (mit dem Nordpol als Mittelpunkt) als rechter Flügel der NATO im gegenwärtigen Zeitpunkt auf jeden Fall eine überragende Bedeutung, an der auch die Bundesrepublik teilnimmt. Ein erfolgreicher sowjetischer Vorstoß durch das Gebiet der Bundesrepublik an die Atlantikküste und nach Südeuropa könnte den endgültigen Verlust nicht nur Europas, sondern des ganzen afrikanischen Kontinents für den Westen zur Folge haben, verbunden mit einem ungeheuren Kräftezuwachs für den Ostblock. Daß die Sowjetunion eine solche Strategie verfolgt, beweisen die ununterbrochenen Versuche, im Nahen Osten Fuß zu fassen und dadurch einen Zugang nach Afrika zu erhalten. Der Nahe Osten, die italienische Nordgrenze und die Bundesrepublik sind die Schlüsselstellungen in der Verteidigungsstrategie der NATO.

Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht allein. Auf ihrem Boden sind amerikanische, britische, kanadische, französische und belgische Streitkräfte stationiert. Das westeuropäische Hinterland, Frankreich und die Beneluxstaaten, stellt die zweite Linie und die Nachschubbasis. Wenn eine bewaffnete Macht das Gebiet der Bundesrepublik angreifen sollte, hat sie 14 Verbündete, darunter viele, die im letzten Krieg noch auf der anderen Seite standen.

JEDER DIESER VERBÜNDETEN HAT außer der großen gemeinsamen Sorge um die Erhaltung von Frieden, Freiheit und sozialer Sicherheit auch seine eigenen Sorgen. Die folgenden Seiten berichten darüber, wie die großen und kleinen NATO-Partner damit fertig werden.

Anführer der freien Welt

IN ZWEI WELTKRIEGEN SIND die Vereinigten Staaten von Amerika in die Rolle des mächtigsten Landes der Welt gedrängt worden. Amerikanische Truppen entschieden durch ihr Eingreifen auf dem französischen Kriegsschauplatz 1917 den ersten Weltkrieg, und der Ausgang des zweiten Krieges war nicht mehr ungewiß, als der deutsch-japanische Angriff 1941 Amerika endgültig in den Krieg zwang.

Nach beiden Kriegen kamen auf das Land Aufgaben zu, die es nicht gesucht hatte. Nach 1918 kehrte es schnell wieder zur traditionellen Neutralitäts- und Nichteinmischungs-Politik zurück und erhielt diesen „Isolationismus“ so lange aufrecht, wie es ging. Nach 1945 änderte sich sein Verhältnis zur übrigen Welt, teilweise unter dem Druck der Sowjetunion, grundlegend – und wohl endgültig. Heute stehen die Vereinigten Staaten in dem weltumfassenden Kampf um die Erhaltung von Frieden und Freiheit an der Spitze des Westens. Sie haben die stärkste Militärmacht unter Waffen, die ein freiheitliches Volk je in Friedenszeiten unterhielt, und sie unterstützten darüber hinaus die freien Völker der westlichen Welt, so weit sie können.

Präsident Dwight D. Eisenhower hat dem Kongreß seines Landes zu Beginn des Jahres 1959 einen Haushaltsplan vorgelegt, der insgesamt 77 Milliarden Dollar – rund 323 Milliarden DM – umfaßt. 62,3 Prozent dieser Rekordsumme, 47,9 Milliarden Dollar, sind allein für die Sicherheit des Landes und für internationale Aufgaben vorgesehen. „Wir wissen“, sagte der Präsident in seiner Botschaft an die Nation, „daß wir ausschließlich einen gerechten Frieden für alle anstreben, wobei keine aggressiven Absichten gegen irgendjemanden bestehen . . . Die Erhaltung des Friedens in der heutigen Welt fordert mehr denn je von der Nation das Äußerste an Entschlossenheit, Klugheit, Stetigkeit und unermüdlichen Anstrengungen“.

Diese unermüdlichen Anstrengungen wuchsen in den vergangenen Jahren mit der Gefahr, die vom Ostblock ausging. Nach einer kurzen Zeit der Friedenshoffnung im Anschluß an die Niederwerfung Deutschlands begannen die Vereinigten Staaten, ein Bündnissystem zu organisieren, das die ganze Welt überzieht. Heute versuchen die Mächtigen des Ostblocks

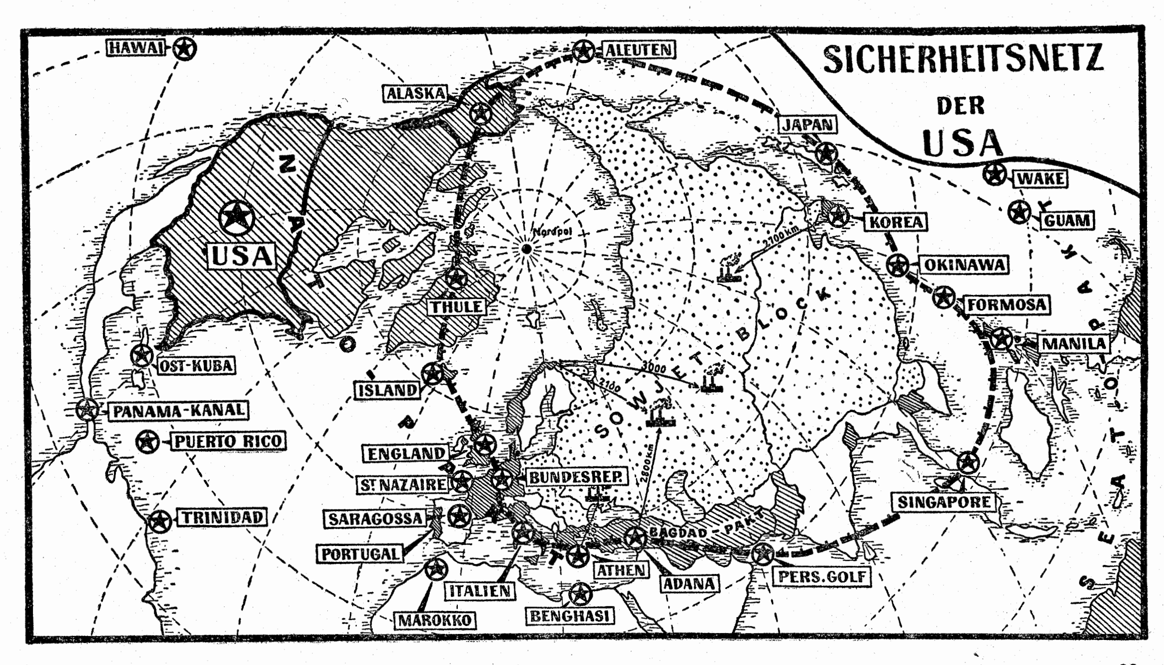
die nächsten Schritte abzuschätzen, die am Ufer des Potomac zur Sicherung des Westens beschlossen werden; die Neutralen erhoffen vom Weißen Haus eine Politik, die ihnen die erwünschte Freiheit der Entscheidung erhält; und die Verbündeten in allen Teilen der Welt sehen in den Vereinigten Staaten den Garanten eines geschützten Friedens.

IN WASHINGTON LAUFEN DIE Fäden des Bündnissystems zusammen, das nach nun fast vierzehn Friedensjahren das Rückgrat der westlichen Sicherheit bildet. Die gegenseitige Unterstützung ist innerhalb dieser Bündnissysteme von den rein militärischen Fragen auf kulturelle, wirtschaftliche und politische Fragen ausgedehnt worden; die Absichten der einzelnen Paktpartner werden in regelmäßigen Konferenzen aufeinander abgestimmt. Auf diese Weise kommen jedem einzelnen Verbündeten die astronomischen Summen zugute, die das amerikanische Forschungs- und Entwicklungsprogramm alljährlich verschlingt. Modernstes amerikanisches Rüstungsgerät steht überall in der Welt im Dienste der westlichen Verteidigung.

Doch die Vereinigten Staaten sind nicht nur Waffenschmiede und Reservistenkaserne. Fast eintausend geschützte und gerüstete Stützpunkte liegen entlang der verschiedenen großen Verbindungslinien der Paktorganisationen und in der Nähe der Krisenherde der Erde. Diese Außensicherung beginnt bereits vor den beiden amerikanischen Küsten mit Kriegshäfen, Versorgungszentren, Versuchsfeldern und Übungsplätzen.

Puerto Rico und die Jungferninseln sichern mit ihren Flugplätzen und Marinestützpunkten das Karabische Meer und damit den Zufahrtsweg zum Panama-Kanal, der ebenfalls stark gesichert ist. In Thule auf Grönland entstand im ewigen Eis ein großer und im Hinblick auf die strategische Bedeutung der Arktis wichtiger Luftstützpunkt, der durch gemeinsame amerikanisch-kanadische Anlagen an der Nordküste Kanadas und die Flugplätze und Häfen in Alaska ergänzt wird. Die Alëuten nach Westen und Keflavik auf Island nach Osten, sind die Flankensicherungen dieser nördlichen Verteidigungslinie.

ALASKA KOMMT IN DIESER Region besondere Bedeutung zu. Nirgendwo sind sich die beiden Weltmächte mit ihren eigenen Territorien so nahe wie an der Beringstraße, die nur achtzig Kilometer breit ist. Von den Flugplätzen des Riesenlandes – es ist mit 1,5 Millionen Quadratkilometern größer als Texas, der bisher größte Staat der Union – starten in fast ununterbrochener Folge schwere Maschinen zum Flug über den Pol nach Europa. Die arktische Luftaufklärung ist hier stationiert, ein Radarring liegt rings um die langgezogene Küste, und die Flottenbasen auf den Alëuten und an der Südküste sind seit 1945, dem Ende der japanischen Bedrohung, weiter ausgebaut



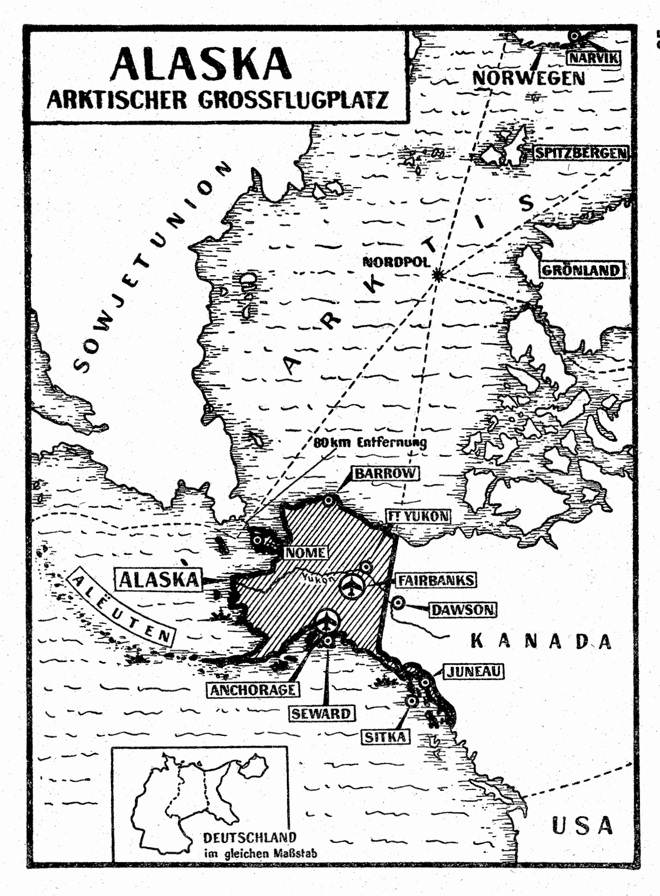
SICHERHEITSNETZ
DER
USA
HAWAI
ALEUTEN
ALASKA
JAPAN
WAKE
GUAM
KOREA
OKINAWA
FORMOSA
MANILA
USA
NATO
THULE
Nordpol
OST-KUBA
ISLAND
PANAMA-KANAL
PUERTO RICO
ENGLAND
St NAZAIRE
BUNDESREP.
TRINIDAD
SARAGOSSA
PORTUGAL
MAROKKO
ITALIEN
BENGHASI
ATHEN
ADANA
PERS.GOLF
SINGAPORE
BAGDAD-PAKT
SOWJET-BLOCK
SEATO-PAKT
3000
2100
2800 km

Außer Island dienen der Überwachung und Sicherung des Atlantik auch die Stützpunkte auf den Azoren, den Bermudas und in Marokko. In Europa sind die amerikanischen Verbände in der Hauptsache auf die Bundesrepublik konzentriert, besonders auf das linksrheinische Verteidigungsdreieck. Vom Ölhafen Saint-Nazaire mit zahlreichen Nachschubdepots im unteren Loiretal führt eine Pipeline direkt bis an den Rhein. Eine ähnliche Versorgungsbasis ist in Italien rings um den Hafen Livorno entstanden. Als Gegengewicht zu den Sowjetdivisionen in Ungarn und zu der Militärmacht der Tschechoslowakei haben Einheiten der ehemaligen Besatzungstruppen in Österreich Stellungen im norditalienischen Raum zur Unterstützung der italienischen Verbände bezogen. Neapel, Malta, Biserta und der Piräus sind die Stützpunkte der 6. Flotte, der kampfkräftigen amerikanischen Alarmeinheit im Mittelmeer. Außer eigenen Flugfeldern auf marokkanischem und spanischem Boden stehen der amerikanischen Luftwaffe die britischen Plätze in Libyen zur Verfügung. Die NATO-Stadt Adana in der südlichen Türkei ist die Basis für den Nahen Osten. Ein kleiner, aber kampfkräftiger Flottenverband liegt ständig im Persischen Golf, und in Addis Abeba sind seit längerer Zeit Besprechungen im Gange, weil die USA einige Sicherungsstützpunkte im Äthiopischen Hochland und an der Küste des Roten Meeres anlegen wollen.

Im Fernen Osten schließt sich der Ring. Starke amerikanische Truppenverbände sind in dem ehemals besetzten Japan stationiert. Wichtige Stützpunkte sind südlich von Japan die Philippinen, Okinawa, Formosa, Rabaul auf Neu-Pommern und Port Darwin in Nordaustralien. Auf der Nachschublinie von Amerika zu den Stützpunkten und den Verbündeten in Asien ist Pearl Harbour auf Hawaii nach wie vor die wichtigste Etappe. Außerdem würden Guam, Wake und einige andere Inseln im Stillen Ozean zu starken Befestigungen ausgebaut.

RUND DREI MILLIONEN MANN haben die Vereinigten Staaten unter den Waffen; sie stehen in allen Kontinenten auf Wacht, unterstützt von den Partnern der verschiedenen Bündnisse. Jährlich werden fast 900 000 Amerikaner eingezogen; das Kriegsheer kann eine Stärke von fünfzehn Millionen Mann erreichen. Damit haben die amerikanischen Anstrengungen zur Verteidigung der westlichen Welt ein Ausmaß, das jeden Angreifer abschrecken muß.

Das Heer ist mit rund einer Million Soldaten das stärkste der westlichen Welt. Es ist mit den modernsten Mitteln, Waffen und Spezialgeräten ausgerüstet, verfügt über erprobte Ausbilder, großzügig ausgestattete Ausbildungseinrichtungen, und eine moderne Kriegserfahrung. Viele Länder des Westens haben Organisation, Ausbildung und Bewaffnung von den Amerikanern übernommen. Die Divisionen wurden ergänzt durch selbständige Kampfgruppen, Flugabwehr-Abteilungen,



Arktischer Großflugplatz:
ALASKA

zahlreiche Verfügungstruppen, Spezialverbände für atomare und taktische Kriegsführung, Luftlande- und Fallschirmjägerverbände und durch die Heeresfliegertruppe. Zusätzlich steht die National Guard, eine Miliz als Reserveheer und zur Heimatverteidigung mit rund 350 000 Mann zur Verfügung. Sie ist über 2400 Städte und Ortschaften verteilt.

Die Luftwaffe der Vereinigten Staaten wurde nach dem zweiten Weltkrieg als selbständiger Wehrmachtsteil aus der Armee-Luftwaffe und Teilen der Marine-Luftwaffe gebildet. Ihr kommt in einem modernen Krieg eine besondere Bedeutung zu. Sie hat eine Stärke von ebenfalls einer Million Mann, die über modernste, schnell und weitreichende Maschinen verfügen. Der Etat der Luftwaffe verschlingt fast die Hälfte des ganzen Wehretats. Die Entwicklung neuer Modelle wird durch die Luftwaffe vorwärtsgetrieben – ein großer Teil der Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Raketen zusammen mit der Marine. Im Gegensatz zum Heer wurde die Luftwaffe, deren Bedeutung mit dem technischen Fortschritt ständig zunimmt, in den vergangenen Jahren verstärkt. Verbände der „Taktischen Luftflotte" sind Tag und Nacht im Einsatz; sie überfliegen ununterbrochen die gefährdeten Gebiete – besonders im hohen Norden – und sind in jeder Minute zu einem Gegenschlag bereit. Die Zahl der einsatzfähigen modernen Maschinen wird auf insgesamt 10 000 geschätzt.

Die Marine der Vereinigten Staaten hat eine Stärke von rund 700 000 Mann. Die amerikanische Flotte hat in den letzten vierzig Jahren seit dem ersten Weltkrieg die Rolle der britischen Flotte als Beherrscherin der Meere übernommen. Sie ist jetzt die stärkste der Welt. Weit über einhundert Flugzeugträger bilden den Kern. Sie kreuzen einsatzbereit in allen Meeren der Welt. 16 Schlachtschiffe, rund achtzig leichte und schwere Kreuzer, 250 U-Boote (der einzige Flottenteil, in dem die Sowjetunion überlegen ist), 430 Zerstörer und eine große Zahl kleinerer Schiffe haben die Aufgabe, die Seewege vom amerikanischen Kontinent nach Westen und nach Osten zu sichern und den Gegner von einem bewaffneten Angriff auf die eigenen Besitzungen und die Gebiete der verbündeten Nationen abzuhalten. Entsprechend der Gesamtkonzeption der amerikanischen Verteidigungsmaßnahmen hat die amerikanische Marine starke Flottenverbönde in europäische Gewässern. Diese Verbände werden unterstützt durch Teile der Marine-Luftwaffe, die insgesamt etwa 150 000 Mann umfaßt.

Die vielfältigen Aufgaben, die Amerika in der freien Welt übernommen hat, haben auch die Truppe geformt. Bei den Besatzungen der „Feuerwachen" in aller Welt handelt es sich in den meisten Fällen um Spezialtruppen wie die „Ledernacken" (die Marineinfanterie), um Fallschirmjäger, Fliegertruppen mit den modernsten Maschinen und Flottenverbände mit Großflug-

zeugträgern und Raketenkreuzern. Aus der Tradition der amerikanischen Kolonisationszeit mit seinen Forts entstanden Stützpunkte, die auch auf sich allein gestellt lange Zeit einem Angreifer trotzen können, die aber im Fall eines Krieges als Basis für eigene Aktionen unentbehrlich sind. Der pazifische Krieg der Jahre 1941 bis 1945 brachte die Entwicklung eines neuen Kampfverbandes, der „Task-Force". Darunter verstand man eine aus verschiedenen Verbänden zusammengestellte Einheit, die bestimmte Aufgaben zu lösen hatte. Diese Einrichtung ist seitdem zu einem starken System ausgebaut worden. Starke „Task-Forces" stehen in allen Teilen der Welt.

Die Strategie der Vereinigten Staaten bezieht die ganze Welt in ihre Überlegungen und Planungen ein. Wo auch immer ein gegnerischer Schlag erfolgen sollte, werden amerikanische Einheiten in Kürze zur Stelle sein, um den Brand zu löschen und den Gegenschlag zu führen. Diese Strategie findet ihren Ausdruck in überzeugenden Zahlen:

- Der Versorgungsschiffsraum der amerikanischen Flotte erreichte mit 3,8 Millionen Bruttoregistertonnen eine Größenordnung wie die etwa der deutschen Handelsmarine vor dem letzten Krieg.
- Alle Truppentransporter zusammen können rund 400 000 Soldaten befördern, während gleichzeitig Spezialfahrzeuge den Transport der dazugehörigen Waffen und des Gerätes übernehmen.
- Die Ladefähigkeit der Öltanker beträgt zusammen etwa zwei Millionen Tonnen.

DIESE STRATEGIE KOSTET SEHR viel Geld. Bei einem Gesamtetat von rund neun Milliarden Dollar im Vorkriegsjahr 1939/40 haben die Vereinigten Staaten eine Milliarde für die Verteidigung ausgegeben. Während des zweiten Weltkrieges, auf den das Land nicht vorbereitet war, erhöhten sich die Ausgaben bis 1945 auf zusammen rund 100 Milliarden Dollar und auf 87 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben. Die tatsächliche Abrüstung nach Kriegsende ist aus dem steilen Abfallen der Ausgabenkurve für die nationale Verteidigung auf jährlich rund elf Milliarden Dollar (zur Unterhaltung der bestehenden Truppen in den besetzten Gebieten) zu erkennen. Erst als die Sowjetunion von sich aus den Kalten Krieg anfing, begannen die Vereinigten Staaten, ihre Armeen zu reorganisieren und das jetzt bestehende Stützpunktsystem auszubauen. Die Ausgaben für die nationale Verteidigung und die Auswärtige Wirtschaftshilfe betrugen 1950 bereits rund 26 Milliarden Dollar und stiegen auf 51 Milliarden Dollar im Jahr des Ungarnaufstandes, 1953, an. Seitdem schwanken sie zwischen 40 und 50 Milliarden Dollar.

Daß das amerikanische Volk trotz dieser großen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen für Rüstung und Verteidigung dennoch nach wie vor das Volk mit dem höchsten Lebensstandard und dem größten Wohlstand ist, wird in diesem Zusammenhang nur selten vermerkt. In seiner Botschaft an den Kongreß Anfang 1959 konnte der amerikanische Präsident außer der Stärkung der Streitkräfte für die kommenden Jahre einen weiteren Aufstieg ankündigen. Seine elf Punkte enthielten unter anderem:

- Unterstützung der freien Nationen bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung,
- Förderung der Wissenschaftlichen Forschung und der Erforschung des Weltraumes.

Aber auch:

- Umfassende Programme zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes in den USA.

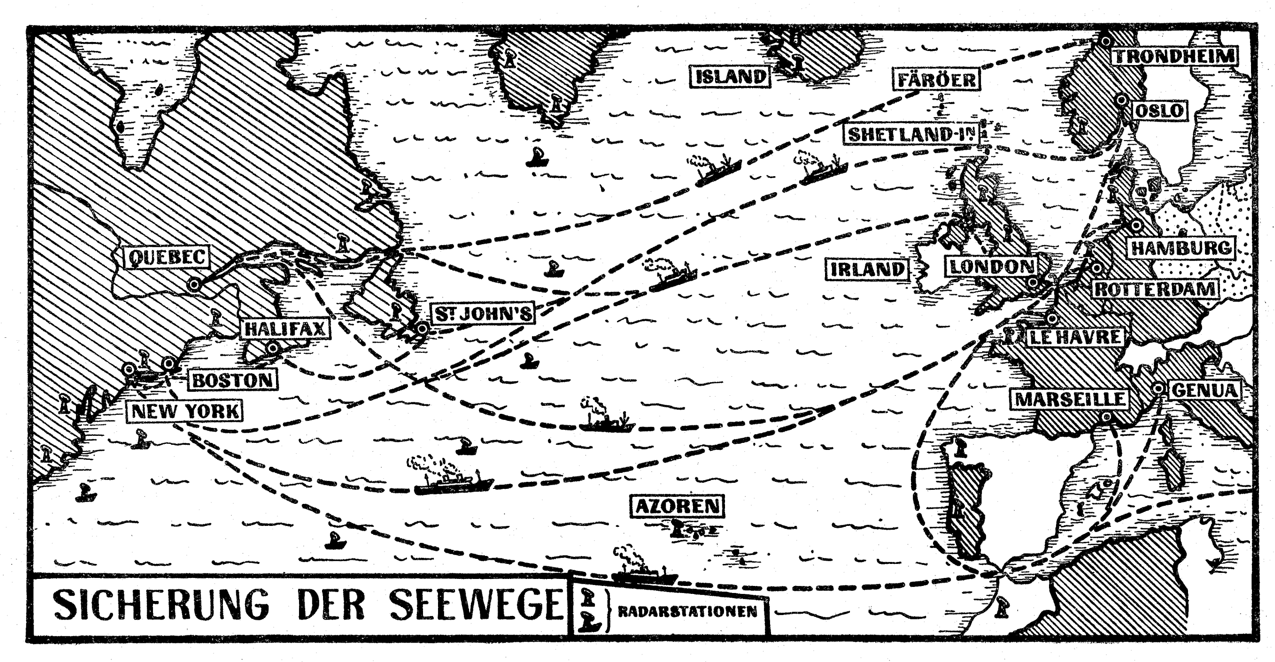
Die Aufwärtsentwicklung, deren Fortsetzung der amerikanische Präsident in Aussicht stellte, begann fast unmittelbar nach Kriegsende. In den folgenden zehn Jahren bis 1956 wuchs die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um zwanzig Prozent auf 168 Millionen an.

- die Zahl der Beschäftigten stieg von 112 auf 132 Millionen;
- die Produktion von 290 Milliarden Dollar auf 412 Milliarden, das sind rund 42 Prozent;
- um 38 Prozent stieg die Zahl der Hauseigentümer auf 29,3 Millionen oder rund 60 Prozent aller Familien;
- 73 Prozent aller Familien besaßen nach diesen ersten zehn Nachkriegsjahren ein eigenes Auto.

Parallel dazu stieg das Einkommen der Familien:

- 1946 verdienten nur 9,1 Millionen oder 21 Prozent aller Familien mehr als 5000 Dollar brutto im Jahr;
- 1956 war diese Zahl um 153 Prozent auf 23 Millionen oder 44,1 Prozent aller Familien gestiegen.

DIE POLITIK DES RIESENLANDES, das bis zum Jahr 1975 rund 228 Millionen Einwohner haben wird, steht seit über einem Jahrzehnt unter einem klaren Leitgedanken. Mit der Erkenntnis von der Gefahr, die vom Ostblock her droht, ist der Wille zur Verteidigung der eigenen Sicherheit gewachsen und damit auch der Wille zur Hilfeleistung an die freien Völker der Welt. Amerika weiß, daß Isolationismus heute unmöglich ist, und daß eine Verteidigung mit neuzeitlichen Waffen nur noch für Großmächte oder für Mächtegruppen finanziell und wirtschaftlich möglich ist. Jeder Einbruch der kommunistischen Mächte in irgendeine westliche Position ist heute gleichbedeutend mit



TRONDHEIM
ISLAND
FÄRÖER
OSLO
SHETLAND-IN.
HAMBURG
QUEBEC
IRLAND
LONDON
ROTTERDAM
ST JOHN'S
HALIFAX
LE HAVRE
BOSTON
NEW YORK
MARSEILLE
GENUA
AZOREN
SICHERUNG DER SEEWEGE
RADARSTATIONEN

einem Einbruch in eine amerikanische Position. Die NATO, deren stärkster Partner Amerika und deren jüngstes Mitglied die Bundesrepublik ist, hat den Zweck, einen solchen Einbruch im atlantischen Raum zu verhindern. Das bedingt einen großen Einsatz an politischer und wirtschaftlicher Macht, wie der Wehretat der Vereinigten Staaten zeigt. Die Stärke der westlichen Welt aber liegt unter anderem darin begründet, daß dieser Einsatz ohne diktatorischen Zwang erfolgt.

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA · UNITED STATES OF AMERICA – USA

sind ein Bundesfreistaat, der aus 49 Bundesstaaten, dem Bundesdistrikt von Washington und Außenbesitzungen in der Panamakanalzone, in Puerto Rico, den Jungfern-Inseln, Guam und US-Samoa besteht. Die Hawaii-Inseln sollen im Lauf des Jahres 1959 als 50. Bundesstaaat eingegliedert werden. Die Bevölkerung ist in den Jahren von 1790 bis 1956 von vier auf 165 Millionen angewachsen. Der Anteil der Neger, die zu 68 Prozent in den Südstaaten wohnen, beträgt gemessen an der Gesamtbevölkerung fast zehn Prozent. Die Zahl der meist in Reservaten lebenden Indianer beträgt rund 345 000. In den Jahren von 1820 bis 1952 sind insgesamt rund 40 Millionen Menschen nach Amerika eingewandert, davon allein neun Millionen Engländer und Iren, 6,4 Millionen Deutsche, 4,8 Millionen Italiener, 3,3 Millionen Russen und fast eine Million Asiaten. Seit 1921 ist die Einwanderung beschränkt, zunächst auf 153 900 Personen jährlich und seit 1932 auf 123 000. Die Verteilung der Quoten begünstigt Irland, England, Deutschland und die nordeuropäischen Länder. Die asiatische Einwanderung ist – bis auf symbolische Quoten von 100 Personen für einige Länder – verboten. Aus dem sprichwörtlichen „Schmelztiegel der Völker" ist eine politisch homogene amerikanische Nation hervorgegangen.

Trotz der gewaltigen Industrialisierung der Vereinigten Staaten gilt noch immer die Landwirtschaft als wichtigste Grundlage des Wirtschaftslebens. Die Zahl und Menge der Bodenschätze nimmt zwar ab, ist aber immer noch so groß, daß die USA sich mit den wichtigsten Rohstoffen selbst versorgen können. Mit Ausnahme einiger tropischer Produkte erzeugen die Vereinigten Staaten ihren gesamten Bedarf an Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigprodukten selbst. Die Stahlkapazität beträgt über 100 Millionen Tonnen jährlich, die Kohlengewinnung 700 Millionen Tonnen, die Ölgewinnung 180 Millionen Tonnen. Das Verkehrsnetz umfaßt rund 5,3 Millionen Kilometer Straßen und 381 500 Kilometer Eisenbahnen. Die Zahl der Flugplätze beträgt rund 6000.

Die Vereinigten Staaten entstanden durch die Erhebung der britischen Kolonien gegen das Mutterland: die Unabhängigkeitserklärung vom 4. 7. 1776 und den Unabhängigkeitskrieg zwischen 1776 und 1783. Der erste Präsident war George Washington. Er und seine Nachfolger Adams und Jefferson machten aus Kolonien ein Staatswesen. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde der Kontinent bis zum Pazifik kolonisiert. Wegen der Sklavenfrage kam es zum Austritt der Südstaaten aus der Union und zum Sezessionskrieg 1861 bis 1865, in dem die Südstaaten besiegt wurden. Alaska, das 1958 als 49. Staat in die Union aufgenommen wurde, war 1867 den Russen abgekauft worden. Die Entwicklung zur Großmacht wurde unter dem Präsidenten Theodore Roosevelt nach der Jahrhundertwende sichtbar. Seit dem ersten Weltkrieg, den die Vereinig-

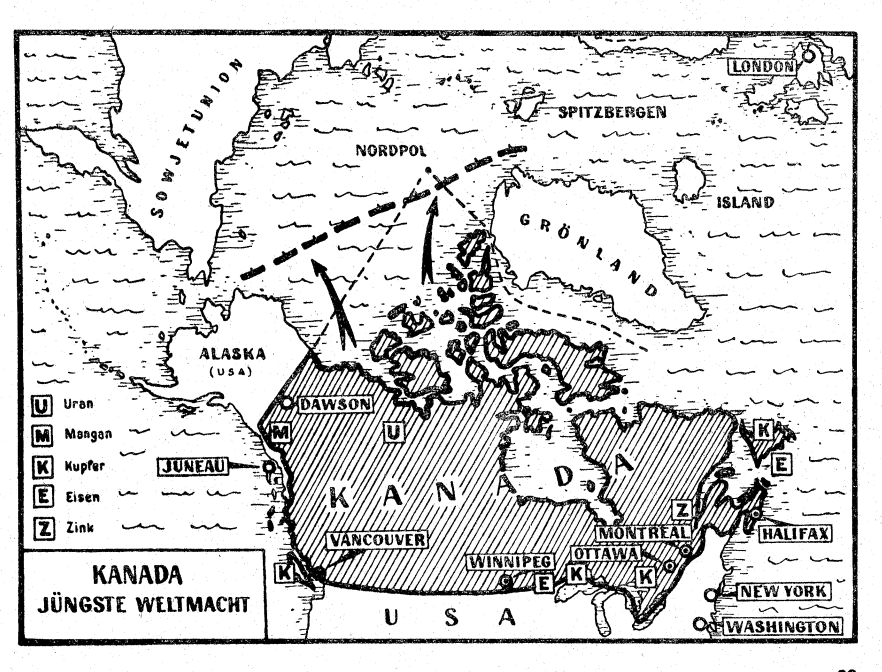
ten Staaten durch ihren Eintritt an der Seite der Entente entschieden, sind sie das mächtigste Land der Welt. Bis 1939 beruhte die amerikanische Außenpolitik traditionell auf der Monroe-Doktrin (Amerika den Amerikanern) und der Vermeidung von Bündnissen mit europäischen Mächten. Aus diesem Grund blieb Amerika nach dem 1. Weltkrieg dem Völkerbund fern. Dieser „Isolationismus" ist heute tot. Er setzte noch 1935 Neutralitätsgesetze durch, die in der Praxis auf eine Förderung, auf jeden Fall auf eine Duldung der europäischen Diktatoren hinausliefen und den Kriegseintritt verzögerten, bis die Japaner 1941 Pearl Harbour angriffen. Der zweite Weltkrieg änderte Amerikas weltpolitische Stellung endgültig. Durch den Aufstieg der Sowjetunion als Gegenspieler im Kampf um die Weltherrschaft wurde Amerika schon bald nach Kriegsende gezwungen, die Führung der freien Welt zu übernehmen. Zunächst leitete es 1947 den Marshall-Plan in die Wege, um dem Kommunismus durch eine Verbesserung der Wirtschaftslage in Westeuropa entgegenzuarbeiten. Dann begann der Aufbau eines umfassenden Paktsystems, in dessen Rahmen auch die Bundesrepublik mit Amerika verbündet ist, und der Ausbau der nationalen Verteidigung. Heute sind die Vereinigten Staaten der stärkste Machtfaktor der westlichen Welt. Im Kriegsfall können sie bei Allgemeiner Wehrpflicht vom 18. Lebensjahr an und einer aktiven Dienstzeit von zwei Jahren mehr als 15 Millionen Männer unter die Waffen rufen. Jährlich werden rund 900 000 Männer eingezogen.

Der Schulplatz Europas

ZWISCHEN DEN VEREINIGTEN STAATEN von Amerika und ihrem 49. Bundesstaat Alaska im hohen Norden erstreckt sich auf der nördlichen Hälfte des nordamerikanischen Kontinents ein Gebiet, das etwa die Größe ganz Europas umfaßt – rund zehn Millionen Quadratkilometer – aber nur von 16 Millionen Menschen bewohnt wird: Kanada, das seit dem amerikanisch-englischen Krieg in den Jahren 1812 bis 1814 immer im Schatten der aufwärtsstrebenden Vereinigten Staaten stand, ein britisches Dominion. Es zählt zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dem englischen Mutterland und Frankreich zu den vier Großmächten in der NATO. Im britischen Reich wird Kanada das „senior dominion" genannt. Zusammen mit den anderen Großmächten ist es in den wichtigsten Gremien der Vereinten Nationen und der NATO ständig vertreten, und kanadische Offiziere sind bei allen internationalen Verwicklungen der Nachkriegszeit als Schlichter besonders erfolgreich gewesen.

1958 hat Bundespräsident Professor Theodor Heuss Kanada einen Staatsbesuch abgestattet, und als der kanadische Premierminister John Diefenbaker wenige Monate später die Bundesrepublik besuchte, wurde das traditionelle gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten unterstrichen. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer sagte anläßlich dieses Besuches: „Zwischen unseren Ländern hat sich ein Verhältnis herausgebildet, das weit über das hinausgeht, was man gemeinhin als „gute Beziehungen" bezeichnet. Aus dem Zwang zur Abwehr einer uns gemeinsam drohenden Gefahr hat sich das Bewußtsein entwickelt, in dem anderen Volk einen Freund und Verbündeten gefunden zu haben, auf den man sich in guten und in bösen Tagen verlassen kann."

NICHT NUR DIE GEMEINSAME Bedrohung hat dieses gute Einvernehmen herbeigeführt. Seit zweihundert Jahren haben deutsche Einwanderer zusammen mit Briten und Franzosen, die der Herkunft nach den größten Teil stellen, das Schicksal Kanadas mitgestaltet. Allein in den letzten zehn Jahren sind nahezu zweihunderttausend Deutsche in Kanada aufgenommen worden. Sie haben dort eine große deutsche Kolonie mit deutschsprachigen Zeitungen in allen Teilen des Landes vorgefunden, und sie haben eine gute Chance, auf allen Gebieten des beruflichen und gesellschaftlichen Lebens vorwärtszukommen.



KANADA
JÜNGSTE WELTMACHT
U Uran
M Mangan
K Kupfer
E Eisen
Z Zink
SOWJETUNION
NORDPOL
SPITZBERGEN
LONDON
ISLAND
GRÖNLAND
ALASKA (USA)
DAWSON
JUNEAU
VANCOUVER
WINNIPEG
OTTAWA
MONTREAL
HALIFAX
NEW YORK
WASHINGTON
KANADA
USA

Kanada ist noch in großem Maße ein „Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Dank seiner Bodenschätze – sogar das begehrte Uran befindet sich darunter –, dank seiner riesigen Wälder und seiner großen Weizengebiete steht sein Wirtschaftspotential an führender Stelle in der westlichen Welt, und die immer zahlreicher werdenden Rüstungsaufträge an die kanadische Industrie bestätigen, daß Qualitätsarbeit geleistet wird.

Die Rolle, die Kanada in zunehmenden Maße innerhalb des westlichen Bündnissystems spielt, wird von Jahr zu Jahr größer. Das Land leistet einen vielfältigen Beitrag zur Sicherung der freien Welt, nachdem es schon im ersten und im zweiten Weltkrieg das englische Mutterland und die Vereinigten Staaten mit allen Kräften und ohne zu zögern unterstützt hatte. Heute stehen kanadische Kontingente in Nordrhein-Westfalen. Sie bestehen nur aus Berufssoldaten, denn eine allgemeine Wehrpflicht gibt es in Kanada nicht. Aus zwei Gründen sind die kanadischen Soldaten besonders beliebt: Ihr Verhalten ist im allgemeinen vorzüglich, und außerdem stellen sie keine finanziellen Forderungen an die Bundesrepublik. Im deutsch-französischen Grenzgebiet im Südwesten der Bundesrepublik sind vier kanadische Jagdgeschwader stationiert. In Marville, Grostenquin, Zweibrücken und Söllingen (Baden) starten und landen täglich moderne Düsenmaschinen, die aus kanadischer Produktion nach amerikanischen Lizenzen stammen. Sie sind in die Luftverteidigung Europas eingebaut. Die kanadische Flotte ist mit zwei Flugzeugträgern, zwei Kreuzern, elf Zerstörern, mit Geleitbooten, Minensuchbooten und rund 50 Fregatten in den Schutz der nordatlantischen Verbindungswege eingeschaltet. Nach der australischen ist sie die stärkste der Dominien-Marinen. Sie ist eng mit der britischen Marine verbunden; in der Arktis, beim Schutz und bei der Sicherung der Seeverbindungen nach Europa arbeitet sie eng mit der Flotte der Vereinigten Staaten zusammen.

BESONDERE AUFMERKSAMKEIT WIDMET DAS Verteidigungsministerium in Ottawa dem fast unbesiedelten Norden des Landes: Nur einen Menschen trifft man auf je zehn Quadratkilometer in diesen Regionen, die im Zeitalter der polaren Strategie für die Verteidigung des amerikanischen Kontinents entscheidend wichtig sein können; sie liegen frontal der russischen Nordküste gegenüber. Ein Luftwarnsystem zieht sich deshalb in drei breiten Gürteln quer durch das Land. Über achtzig Radarstationen und eine ständige Luftaufklärung sorgen für eine lückenlose Überwachung und Sicherung gegen Überraschungsangriffe.

Und noch eine andere Bedeutung hat dieses Land für die Verteidigung des Westens. In allen Länderluftwaffen fliegen heute schon Piloten, die in Kanada ausgebildet worden sind.

Im kanadischen Haushaltsplan werden alljährlich vierhundert Millionen Dollar für die Ausbildung von NATO-Piloten ausgeworfen. Die Kurse dauern etwa zehn Monate; sie werden auf vier verschiedenen Schulen stufenweise durchgeführt. Daß Kanada so zum Schulplatz der NATO wurde, hat seinen besonderen Grund. Moderne Düsenjäger fliegen so schnell, daß in Westeuropa binnen weniger Minuten nicht nur die Landesgrenzen, sondern unter Umständen sogar die Grenzen zum Ostblock überquert sind.

Kanada, das nicht nur durch die Krone mit England und damit mit dem europäischen Schicksal verbunden ist, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftlich und kulturell eng an die Vereinigten Staaten angeschlossen, und auf dem Gebiet der Verteidigung sind die Grenzen zwischen diesen beiden großen nordamerikanischen Staaten praktisch ohne Bedeutung. Schon lange sind Pläne ausgearbeitet, nach denen im Ernstfall sofort der ganze nordamerikanische Kontinent unter einem gemeinsamen Kommando verteidigt wird.

KANADA · CANADA

ist ein selbständiges Mitglied, ein Dominion, der britischen Völkerfamilie. Im nördlichen Nordamerika zwischen den Vereinigten Staaten und dem nördlichen Eismeer gelegen, umfaßt das Land rund 9,9 Millionen Quadratkilometer (mit der Süßwasserfläche rund 10,6). Die rund sechzehn Millionen Einwohner des Landes verteilen sich, bedingt durch die zum Teil subpolare bis arktische Witterung, sehr ungleichmäßig auf die zehn Provinzen und zwei Territorien. Sie konzentrieren sich zu neunzig Prozent im Gebiet des St. Lorenzstromes, das schon im 17. Jahrhundert vor allem von Franzosen kolonisiert wurde. Der seit der ersten Besiedlung fortdauernde Einwandererstrom verteilte sich in der Hauptsache auf Briten (47,9 Prozent) und Franzosen (30,8 Prozent). Rund fünf Prozent der Bevölkerung waren im Jahre 1951 deutscher Abkunft. Die seitdem wieder stark geförderte Einwanderung hat dieses Verhältnis etwas verschoben. Diese Einwanderer werden zum großen Teil in die westlichen Präriegebiete geleitet. Die Urbevölkerung – rund 136 000 Indianer und Eskimos – ist in Reservaten zusammengeschlossen oder hat sich in den dünnbesiedelten Norden zurückgezogen. Jeweils über vier Millionen Menschen wohnen in der Provinz Quebeck und in der Provinz Ontario. In den rund vier Millionen Quadratkilometer großen Territorien Jukon und Nordwestgebiete siedeln bisher nur 25 000 Menschen.

Die Grundlagen der Wirtschaft Kanadas sind die Landwirtschaft, die Waldnutzung und der Bergbau. Obwohl nur acht Prozent der Fläche des Landes überhaupt bebaut werden können, ist Kanada die größte Weizenkammer der Welt – rund 75 Prozent werden ausgeführt. Die riesigen Waldgebiete liefern Nutzholz und machen Kanada zum größten Rohstofflieferanten der Papierindustrie der Erde. Die Bodenschätze – Nickel, Zinn, Kupfer, Eisen, Asbest, Platin, Uran, Gold, Silber und Erdöl – haben die Industriealisierung des Landes in den letzten Jahrzehnten

beschleunigt. Der wichtigste Handels- und Fremdenverkehrspartner sind die Vereinigten Staaten; so kommt es unter anderem, daß das Verkehrsnetz nur im Süden dicht ist. Zwei Transkontinentalbahnen verbinden die Ost- und die Westküste. Die Geschichte Kanadas ist bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts bestimmt durch Auseinandersetzungen und Kriege zwischen Engländern, Franzosen und Amerikanern. Das politische und wirtschaftliche Leben wird maßgebend durch die Nachbarschaft der Vereinigten Staaten beeinflußt.

Der Beitrag Kanadas zur westlichen Verteidigung wird im Kriegsfall etwa eine halbe Million Mann betragen. Die Truppe besteht aus Freiwilligen. Die geographische Lage zwingt Kanada zu besonderen Maßnahmen der Landesverteidigung in der Luft. Eine qualifizierte Fliegertruppe, ein in Zusammenarbeit mit den USA aufgebautes Luftwarnsystem und eine leistungsfähige Luftfahrtindustrie sind wesentliche Stützen der Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents. Im Rahmen der NATO werden kanadische Streitkräfte den Abschnitt Zentraleuropas verstärken.

Auf halbem Wege

IN DER ATLANTISCHEN VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT nimmt die Republik Island, nach England die zweitgrößte europäische Insel, eine Sonderstellung in zweifacher Hinsicht ein:

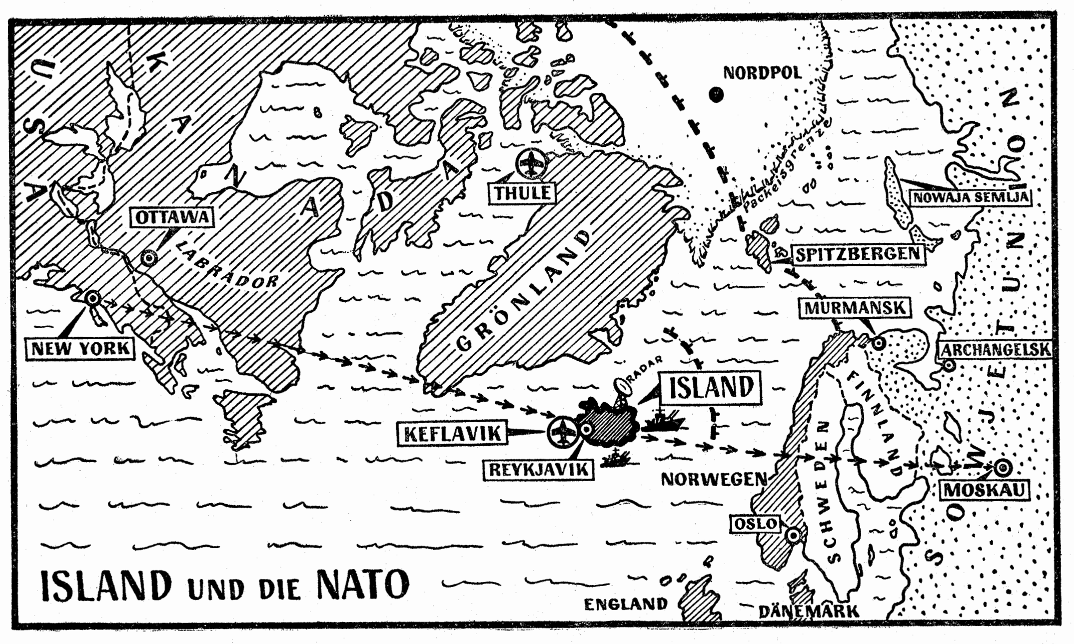
- Das rund 150 000 Einwohner zählende Land ist zwar Mitglied der NATO, verfügt aber über keine eigenen Streitkräfte.
- Im isländischen Parlament sind die Kommunisten mit einem knappen Drittel der Stimmen die zweitstärkste Partei; die isländische Regierung ist die einzige innerhalb der NATO, in der ein Kommunist lange Zeit ein wichtiges Ministeramt bekleidete.

Besonders die letzte Tatsache macht der NATO zu schaffen. Island, ein Riesenflugzeugträger im Norden zwischen Europa und Amerika, gehört zu den wichtigsten Stützpunkten im nördlichen Verteidigungsbereich. Als die letzten Wahlen zum isländischen Parlament, dem Folkething, vor mehr als drei Jahren den Kommunisten diesen unerwarteten Stimmenzuwachs brachten, schien es sogar möglich, daß ein Kommunist Verteidigungsminister wurde. Dieser Kelch ist an der NATO vorübergegangen. Immerhin wurde das für Island besonders wichtige Fischereiministerium kommunistisch besetzt – die Folge war der englisch-isländische „Fischereikrieg" der Jahre 1958 und 1959. Island dehnte seine Hoheitsgewässer auf zwölf Meilen aus, ohne sich um geltende internationale Regelungen zu kümmern. Es erreichte damit, daß große, vornehmlich von englischen Fischern aufgesuchte Fanggründe nun innerhalb seines Hoheitsgebiets lagen. In diesem Streit blieb der isländische Minister zunächst Sieger.

DIE ISLÄNDER LIESSEN SICH nach diesen Wahlen zusichern, daß über die zur Zeit bestehenden Stützpunkte hinaus keine weiteren mehr angelegt, und daß keine Raketenbasen gebaut würden, daß schließlich die amerikanischen Truppen Island räumen würden, sobald es die Weltlage erlaube. Seitdem ist es im hohen Norden ruhig. Die amerikanischen Streitkräfte aller Waffengattungen, etwa 10 000 Mann, versehen ihren für die Verteidigung des Westens wichtigen Dienst wie schon immer seit 1941.

Island liegt genau auf der Mitte der Strecke zwischen Moskau und Washington, und das ist natürlich von großer strategischer Bedeutung. Eine Sicherung des Polarraums und des Nordatlantiks ist trotz der amerikanischen Eisfestung Thule auf Grönland und trotz der sensationellen Polunterquerung durch das Atom-U-Boot „Nautilus" ohne den Eckpfeiler Island kaum möglich. Die NATO braucht diese Basis für die Geleitsicherung von Amerika nach Europa, für die Rückendeckung der europäischen und für den Schutz der amerikanischen Küsten. Von hier aus starten die Wetterflieger und erkunden die Großwetterlage; ihre Kenntnis ist für die moderne Strategie lebensnotwendig. Radarstationen kontrollieren den Luftraum in einem Maße, wie das von Spezialschiffen aus nicht möglich ist, und Flottenverbände können hier jederzeit vor Anker gehen und ihre Vorräte ergänzen.

DIESE WICHTIGE STRATEGISCHE POSITION hat Island seit 1940, als die Engländer als Gegenmaßnahme nach dem deutschen Angriff auf Dänemark und Norwegen die Insel besetzten. 1941 lösten die Amerikaner die englischen Truppen ab und begannen mit dem Ausbau ihrer Stützpunkte. Die seitdem von der Besatzung gezahlten Pachtsummen und die Arbeitslöhne an isländisches Personal reichten aus, um unter anderem eine Fernheizung aus den Geysiren für ganz Reykjavik, die 60 000 Einwohner zählende Landeshauptstadt anzulegen. Die Isländer zahlen im Vergleich zu anderen europäischen Staaten nur geringe Steuern, und die vorgesehene Kündigung des Stützpunktes Keflavik mit rund zehn kleineren Außenpositionen hätte den isländischen Staatshaushalt direkt oder indirekt um fast die Hälfte geschmälert. Auch das ist wohl ein Grund dafür, daß die starke kommunistische Flanke im Folkething bisher nicht zum Zuge kam. Das hindert jedoch nicht festzustellen, daß Island, so wichtig es ist, im Augenblick nicht zu den starken Positionen der NATO gezählt werden kann.



ISLAND UND DIE NATO

ISLAND · LYDVELDID ISLAND

ist eine politisch unabhängige, rund 103 000 Quadratkilometer große Insel im nördlichen Atlantischen Ozean, südlich des Polarkreises und zwischen den Britischen Inseln und Grönland gelegen. Die mit den Skandinaviern verwandte, überwiegend lutheranische Bevölkerung lebt zum größten Teil im Küstengebiet, gut ein Drittel allein in der Haupt- und Universitätsstadt Reykjavik. Island hat 150 000 Einwohner.

Hauptzweige der Landschaft sind Viehzucht und Küstenfischerei. Der Anbau von Kartoffeln, Rüben und Kohl ist nur in geringem Umfang möglich; Getreide wächst nicht. Die Industrie erzeugt Fisch- und Fleischkonserven. Der Verkehr ist auf Pferde, Autos und Flugzeuge angewiesen; eine Eisenbahn gibt es nicht.

Die isländische Geschichte ist eng mit Norwegen und Dänemark verbunden. Die Insel wurde von Norwegen her besiedelt. Zunächst entstand ein Freistaat, der sich 1262 dem norwegischen König unterwarf und 1381 durch die Personalunion der drei nordischen Reiche an den dänischen König fiel. Im ersten Weltkrieg wurde Island souverän, blieb aber zunächst weiterhin von Dänemark abhängig, mit dem es durch die gemeinsame Krone verbunden war. Erst 1944 erklärte das Land sich selbständig, bestellte einen Reichsverweser und wählte schließlich einen Staatspräsidenten.

Als Brückenpfeiler zwischen Amerika und Europa hat Island, der einzige NATO-Partner ohne eigene Streitkräfte, erhebliche strategische Bedeutung. Die Vereinigten Staaten haben Stützpunkte eingerichtet, darunter vor allem den Flugstützpunkt Keflavik.

Die nördliche Flanke

Der nördliche Verteidigungsring der Atlantischen Gemeinschaft zieht sich von der befestigten Beringstraße an der Westküste Alaskas über die Radargürtel im Norden Kanadas, die Festung Thule auf Grönland und die Stützpunkte auf der Insel Island bis zur Skandinavischen Halbinsel; hier endet er an der Ostgrenze des Königreichs Norwegen. Nördlich des Polarkreises, im Land der Mitternachtssonne, hat Finnland im sowjetisch-finnischen Friedensvertrag den Hafen Petsamo und damit den Zugang zum Eismeer an die Sowjetunion abtreten müssen. Norwegen bekam auf eine Länge von über hundert Kilometern eine „Rote Grenze". Das meinte der derzeitige norwegische Außenminister Halvard Lange, als er sagte: „Norwegen hat den Krieg gewonnen, aber einen guten Nachbarn verloren."

NUR AUS DIESER SITUATION heraus sind verschiedene Entscheidungen zu verstehen, die in den letzten Jahren, seit dem Aufbau der westlichen Verteidigungsgemeinschaft, im Norden Europas getroffen wurden. Die Rücksichtnahme auf das bedrängte und ständig dem russischen Druck ausgelieferte Finnland veranlaßte Schweden, nicht der NATO beizutreten, obwohl es doch ganz zum Westen gehört. Das Königreich Norwegen ist Mitglied der NATO von Anfang an.

Die Rücksicht auf Schweden und damit auf Finnland stand wieder zwischen den Zeilen der Tagesordnung, als es im norwegischen Parlament um den Ausbau von Stützpunkten für Atomraketen ging. Die sozialdemokratische Mehrheit und die sozialdemokratische Regierung sprachen sich zwar gegen solche Anlagen aus; aber in den Zeitungen war zu lesen, daß ihre Argumente bei weitem nicht die gleichen waren wie die der sozialdemokratischen Opposition in der Bundesrepublik. In Norwegen ging man im Hinblick auf die gefährliche Situation Finnlands von der Überzeugung aus, daß Druck Gegendruck erzeugen könne: Eine Atombewaffnung in diesen Regionen könnte dem russischen Koloß die langerwünschte politische Handhabe bieten, Finnland in seine Militärgrenze mit einzubeziehen und damit endgültig zu einem Satelliten zu machen. Die Gesamtheit der NATO muß solche Überlegungen respek-

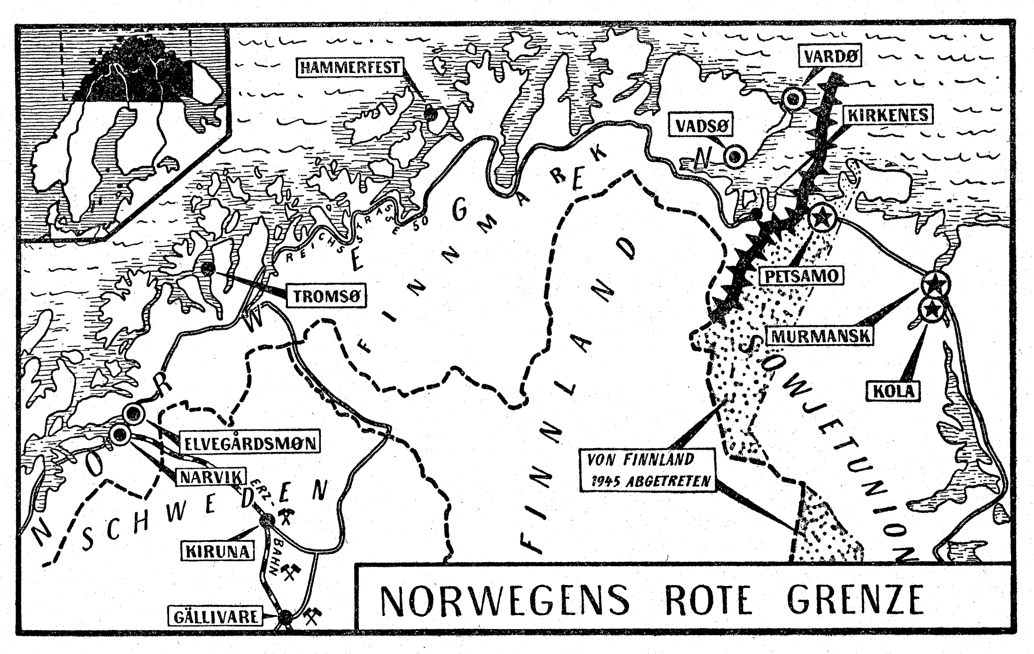
tieren, zumal kein Zweifel daran besteht, daß Norwegen im Ernstfall jederzeit das Äußerste tun wird, um die nördliche Flanke Europas zu verteidigen.

DIE NÖRDLICHE FLANKENSICHERUNG STELLT Norwegen vor schwierige Aufgaben. Die „neue" Grenze verläuft durch Finnmarken, eine Provinz, in der es mehr Quadratkilometer als Menschen gibt. Es ist das gleiche Gebiet, das das deutsche Oberkommando evakuieren und niederbrennen ließ, als die deutsche Lapplandarmee 1944 Finnland in endlosen Märschen verließ: Es war das der einzige Fall im zweiten Weltkrieg, in dem die Taktik der „verbrannten Erde" von nachhaltigem Erfolg begleitet war. Drei Monate nach der Räumung fand ein Fernspähtrup der Gebirgsjäger die Ruinen des Erzhafens Kirkenes, rund vierhundert Kilometer vor den neuen deutschen Linien, feindfrei.

Die geringe Anzahl norwegischer Truppen in diesem unwirtlichen Gebiet deutet darauf hin, daß heute die gleichen strategischen Pläne verfolgt werden. Die nordnorwegische Einöde macht das Land für einen Angriff mit konventionellen Waffen uneinnehmbar. Wenige, gut postierte Verteidiger können zahlenmäßig stark überlegene, modern bewaffnete Einheiten festhalten, zumal die von den Deutschen angelegten Befestigungen an den wichtigsten Punkten der zerrissenen Küste nach wie vor intakt sind – Befestigungen, die zum Teil Hunderte von Metern in den gewachsenen Fels geschlagen wurden.

EINE ANDERE AUFGABE NORWEGENS ist die Sicherung der weitläufigen, wildzerklüfteten Küste des Landes mit ihrem vorgelagerten, aus Tausenden von Inseln bestehenden Schärengürtel gegen überraschende Landungsoperationen von der See her und aus der Luft. Außerdem hat von hier aus in Gefahrenzeiten die westliche U-Abwehr gegen die Eismeerflotte der Sowjets einzusetzen. Zahlreiche Radarstationen beobachten den Luft- und den Seeraum.

Die norwegische Flotte ist vor allem auf die Abwehr von Unterwasserfahrzeugen ausgerüstet. Sie besteht aus neun U-Booten – zum Teil aus deutscher und britischer Kriegsproduktion –, zehn Zerstörern, 19 kleineren Einheiten und 44 Booten verschiedener Verwendung. Sechs bereits auf Kiel liegende Schiffsneubauten lassen den Zweck noch deutlicher werden. Die NATO-Marinebasis Haakonsvern bei Bergen wird erheblich ausgebaut, außerdem bieten Oslo, Horten, Larvik, Stavanger, Narvik und Trondheim Reparaturwerften mit modernen Einrichtungen für die eigenen und die verbündeten Einheiten, sowie für Handelsschiffe. Mit Spitzbergen, das nach dem 1920 geschlossenen „Spitzbergen-Vertrag" zwar norwegischer Besitz, aber vertragsmäßig neutralisiert ist und von jedermann ausge-



NORWEGENS ROTE GRENZE

beutet werden kann, greift Norwegen außerdem weit in den strategischen Bereich der Polarkappe hinein.

Das Land im Norden hat aus der unvergessenen deutschen Invasion des Jahres 1940 eine für die Gegenwart wichtige Erkenntnis gewonnen, die zwar alt ist, aber in ruhigen Zeiten gern vergessen wird: Ein kleines Volk ist hilflos jedem mächtigen Nachbarn ausgeliefert, wenn es sich nicht zur entschlossenen Verteidigung seiner Freiheit zusammenfindet und mit gleichgesinnten Nationen verbindet. Diese Erkenntnis geht quer durch die Parteien. So kam es, daß unter einer sozialdemokratischen Regierung die Verteidigung Sache des ganzen Volkes wurde. Es gibt in Norwegen eine private Vereinigung mit dem Namen „Volk und Verteidigung" – ähnlich übrigens auch in Schweden und in Dänemark – in der sich alles zusammenfindet, was an der Landesverteidigung interessiert ist: Die freiwilligen Heimwehren, das Rote Kreuz, Offiziers- und Unteroffiziersvereinigungen, die Jugendgruppen der politischen Parteien, die Gewerkschaften und Genossenschaften. Die gemeinsamen Ziele dieser Gruppen könnten beispielgebend für andere Mitgliedländer der NATO sein. Es geht darum:

- den bestmöglichen Kontakt zwischen der Armee und den freien zivilen Organisationen herzustellen,
- die Verteidigungskraft des Landes durch sachliche Aufklärung zu stärken und
- die demokratische Gesinnung sowohl in der Armee als auch im Volke zu fördern.

Der Sinn dieser Bestrebungen ist es, dafür zu sorgen, daß die Soldaten Teil des ganzen Volkes bleiben und geachtete Bürger in Uniform mit allen Rechten und Pflichten. Der Erfolg ist sichtbar. Norwegen ist das einzige Land innerhalb der NATO, das ein Evakuierungssystem für den Ernstfall ausgearbeitet hat. Ein unpopuläres Problem. Aber in Norwegen weiß heute jeder Erwachsene genau, was er zu tun hat, wenn Rundfunk und Fernsehen zum Verlassen der Wohnungen auffordern.

*

ES IST SCHWIERIG, die Bedeutung des NATO-Partners Norwegen für die westliche Verteidigung zu schildern, ohne einige Angaben über das neutrale Königreich Schweden zu machen. Schweden verfügt ähnlich wie die ebenfalls neutrale Schweiz über eine modern ausgerüstete Armee; die schwedische Neutralität ist von Pazifismus weit entfernt. Schweden nennt sich auch nicht „neutral", sondern „bündnisfrei", eine Bezeichnung, die verschiedene Deutungen zuläßt. Entscheidend für die Ableh-

nung des Beitritts zur NATO war, wie bereits geschildert, die Rücksichtnahme auf Finnland.

Schweden hat – nach dem Scheitern der Bemühungen um eine nordische Union mit Dänemark und Norwegen außerhalb der NATO – mit dem Aufbau seiner eigenen Verteidigung nach den modernsten Erkenntnissen der Strategie begonnen. Die ersten Sicherheitsvorkehrungen galten der offenen Flanke gegenüber dem Ostblock, der Ostseeküste mit ihren vielen Buchten und Tausenden vorgelagerter Schären und Inseln. Ortsfeste Artillerie-, Torpedo- und neuerdings auch Raketenbatterien bilden ein dichtes Netz vor dem empfindlichen Festland. Motorisierte Kleinkampfeinheiten, Kleinst-U-Boote und schnelle Heeresreserven können innerhalb weniger Stunden von einem Abschnitt zu einem anderen geworfen werden. Die Luftwaffe wurde mit einem erheblichen Kostenaufwand reorganisiert. Der Atomschutz ist in Schweden entwickelt wie in keinem anderen Land Europas. Flugplätze und U-Boothäfen, ganze Kasernen und Radarstationen, Fabriken, Lebensmittelvorräte und Aufnahmekasernen für die Zivilbevölkerung werden in die Granitfelsen des steinigen Landes eingebaut. Es heißt, daß schon heute atombombensichere Unterkünfte für anderthalb Millionen Schweden bestünden. Die Marine, auf die das Land traditionsgemäß besonders Wert legt, ist auf die Abschirmung gegen einen mehrfach überlegenen Gegner eingestellt. Raketenbewaffnete Zerstörer, neue Raketenboote und zahlreiche Schnellboote sind der Kern dieser Marine.

SCHWEDENS RÜSTUNGSZENTRUM BOFORS LIEFERT wie die Schweizer Firma Oerlikon Waffen und Ausrüstungen an alle NATO-Staaten. Darüber hinaus besteht zwischen den nordischen Generalstäben ein enger und reger Gedankenaustausch, und kürzlich wurde ohne viel Aufhebens auch der Versorgungsanschluß Schwedens an die freie Welt durch eine Autobahn vollzogen, die von Muruvik, einem neuen, mit schwedischem Kapital erbauten Ölhafen in der Nähe von Trondheim an der norwegischen Atlantikküste bis nach Stockholm führen soll. Norwegen übernahm den militärischen Schutz dieser Anlagen, deren erste 240 Kilometer von beiden Königen gemeinsam dem Verkehr übergeben wurden. Parallel zu dieser Straße werden leistungsfähige Bahnlinien und Pipelines gebaut. Damit entsteht in gemeinsamer Anstrengung eine Lebensader für Mittelschweden, das im Winter durch das Eis der Ostsee blockiert ist und durch eine entsprechende Verminung restlos abgeschnitten werden kann. Das neutrale Schweden ist durch diese Straße, dieses Beispiel friedlicher Zusammenarbeit, die niemand bedroht und dennoch der gemeinsamen Verteidigung dient, mit den nordischen Mitgliedern der Atlantischen Gemeinschaft verbunden.

erstreckt sich vom Skagerrak bis zum Nordkap auf der westlichen Hälfte der skandinavischen Halbinsel über eine Länge von rund 1700 Kilometern. Es umfaßt mit seinen zwanzig Ämtern (Fylker) 324 000 Quadratkilometer mit 3,3 Millionen Einwohnern, die sich an der reich gegliederten Fjordküste, zu einem Drittel im Süden des Landes, vor allem rund um den Oslo-Fjord, konzentrieren. 98 Prozent der Bevölkerung gehören der lutherischen Staatsreligion an. Die Hauptstadt ist Oslo. Der größte Teil des Festlandes wird von einer öden, menschenleeren, stark vergletscherten Hochfläche eingenommen. Nur rund 28 Prozent der Landesfläche können bebaut werden.

31 Prozent der Bevölkerung leben von Industrie und Handwerk, 25 Prozent von Forst- und Landwirtschaft, 19 Prozent von Handel und Verkehr und 6 Prozent von Fisch- und Walfang. Eine wirtschaftlich große Rolle spielen Seefischerei und Waldnutzung. Das durch den gebirgigen Landescharakter sehr behinderte Verkehrsnetz umfaßt 4472 Bahn- und rund 45 500 Straßenkilometer. Die Handelsflotte, die im zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde, zählt über 2300 Schiffe mit rund 6,3 Millionen Bruttoregistertonnen.

Norwegen, dessen Küstenklima trotz der hohen Breitengrade dank der Nähe des Golfstromes mild ist, war schon um 2200 vor Christus von Germanen besiedelt. Mächtige Adelsbauern hinderten bis um die Jahrtausendwende nach Christus die Ausbildung einer staatlichen Einheit, und das norwegische Königtum saß erst um 1300 fest im Sattel. Die sogenannte Kalmarer Union aus dem Jahr 1397 vereinigte Norwegen, Schweden und Dänemark in Personalunion unter der dänischen Krone. Ein skandinavischer Einheitsstaat ist aus dieser Union jedoch nie entstanden: Während Schweden sich 1523 losriß, wurde Norwegen vielmehr dänische Provinz und blieb es bis zum Jahr 1814. Auch die dann folgende Personalunion mit Schweden nahm für Norwegen keinen glücklichen Verlauf. Erst seit dem Jahre 1905, als nach schweren Auseinandersetzungen das norwegische Parlament den schwedischen König absetzte und den Dänen-Prinzen Karl zum König Haakon VII. erkor, ist Norwegen selbständig. Im zweiten Weltkrieg hat das Land durch die deutsche Besatzung schwer gelitten. Die Zwangsjacke des Nationalsozialismus war diesem freien Volk unerträglich. Die Erinnerung an diese Jahre erschwert die – militärisch und politisch als durchaus notwendig erkannte – Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Gegner Deutschland. Der Kriegsausgang hat die internationale Stellung Norwegens besonders durch den sowjetisch-finnischen Frieden verschlechtert; das Land hat jetzt eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion.

Die norwegischen Streitkräfte zählen bei allgemeiner Wehrpflicht vom 18. bis 55. Lebensjahr und bei einer Dienstzeit von 16 Monaten (vier Monate Ausbildung, 12 Monate Feldtruppe) rund 33 000 Mann unter Waffen. Im Kriegsfall kann eine Truppenstärke bis zu 250 000 Mann erreicht werden. Die Aufgaben dieser Streitkräfte im Rahmen der NATO sind die Abwehr feindlicher Lande- und Landungsaktionen an den Küsten, die Abwehr von Vorstößen aus dem Norden, der Schutz der zahlreichen NATO-Stützpunkte und – durch die Marine – die Behinderung des feindlichen Schiffsverkehrs.

Der Schlüssel zur Ostsee

Von den nordischen Ländern der Atlantischen Gemeinschaft hat das rund 4,4 Millionen Einwohner zählende Königreich Dänemark eine durch seine geographische Lage bedingte zweiseitige Aufgabe: Es ist Brücke und Schranke zugleich, Landbrücke zwischen Mittel- und Nordeuropa, zwischen der Bundesrepublik und Skandinavien, und Landschranke zwischen der Nordsee und der Ostsee. Strategisch ist diese Lage von großer Bedeutung, wirtschaftlich- und verkehrsmäßig wirkt sie sich außerordentlich günstig aus. So zählt das am dichtesten besiedelte Land Nordeuropas, das kaum die Größe Niedersachsens erreicht, zu den wirtschaftlich gesündesten der freien Welt.

HANDEL UND WANDEL BLÜHTEN in den vergangenen Jahrzehnten, nur unterbrochen durch die deutsche Besetzung des zweiten Weltkrieges, und die ersten Nachkriegsjahre brachten eine erneute Steigerung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse in fast alle westeuropäischen Länder. Der mit wesentlich höheren Verteidigungsausgaben verbundene Beitritt zur NATO im Jahr 1949 bedeutete deshalb einen Eingriff in die gerade erst wieder angelaufene staatliche und private Planung; er fiel der dänischen Sozialdemokratie ausgesprochen schwer. Seit einem Menschenalter trägt sie die Verantwortung für die Politik Kopenhagens, und immer schon hieß eines ihrer Hauptziele Abrüstung. Als das Parlament schließlich mit 119 gegen 23 Stimmen den Beitritt zur NATO beschloß, waren lange Diskussionen innerhalb der Partei, waren aber auch die ergebnislosen Verhandlungen mit Norwegen und Schweden über die Bildung einer nordischen Verteidigungsallianz vorangegangen.

Die massierten Drohungen aus dem Osten, die ständige Aufrüstung Sowjetrußlands und die Nähe der sowjetischen Ostsee-Flotte waren schließlich auch für die Regierung des Sozialdemokraten Hans Hedtoft deutlich genug. Dänemark zog die Konsequenzen, obwohl (nach einer Gallup-Umfrage) zu dieser Zeit nur 46 Prozent der Dänen den Beitritt zur NATO guthießen. Erst nach dem blutig niedergeschlagenen ungarischen Aufstand, sieben Jahre später, änderte sich diese Ziffer. Bei der letzten Umfrage sprachen sich 67 Prozent für eine gemeinsame Verteidigung aus; inzwischen war zwar das Militärbudget von knapp 300 Millionen Kronen (die Krone zu 61 Pfennig) auf über

eine Milliarde angestiegen, gleichzeitig war aber auch die Einsicht gewachsen, daß die Landesverteidigung unter den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen eine bittere Notwendigkeit sei.

DÄNEMARKS HISTORISCHE AUFGABE IST der Schutz der Ostseezugänge, und diese Aufgabe hat das Land zusammen mit der noch relativ kleinen Flotte der Bundesrepublik und mit den im Aufbau befindlichen Streitkräften in Schleswig-Holstein wieder übernommen. Während Schweden seine eigene, langgestreckte Küste zu sichern hat, müssen die dänische und die westdeutsche Ostsee-Flotte gerüstet sein, die Verbindungen zwischen Mitteleuropa und Skandinavien zu schützen und gleichzeitig Ausbruchsversuche aus der Ostsee zu verhindern – eine schwierige Aufgabe, da der sowjetische Machtbereich erst mitten in Deutschland aufhört und nur noch ein kleines Stück westdeutscher Ostseeküste der dänischen Halbinsel vorgelagert ist.

Die dänische Marine ist dementsprechend verhältnismäßig schlagkräftig. Ihr Kern besteht aus acht Zerstörern, sechs U-Booten und 24 Schnellbooten. Hinzu kommen 34 Minenräumboote, sechs Minenleger und sechs Geleitboote, außerdem eine starke Küstenartillerie am Sund und an den beiden Belten, und eine ebenfalls starke Sicherung der großen Brücken und Fährwege, ohne die Dänemarks Verkehr mit seinen vielen Inseln sofort lahmgelegt wäre.

Das Heer und die Luftabwehr sind rund 30 000 Mann stark, und auf Jütland stehen nach den letzten Angaben rund 200 Maschinen modernsten Typs startbereit. Oberbefehlshaber über alle dänischen Streitkräfte ist König Friedrich, der allseits beliebte und geachtete Monarch.

Bei einer Mobilisierung unterstehen alle dänischen Verbände sofort dem NATO-Hauptquartier Nord in Oslo; dazu gehören auch die zur Landverteidigung bereitstehenden Kräfte im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Diese Tatsache war im Jahr 1958 der Anlaß zu Überlegungen strategischer Art. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß regte an, eine Konzentration durch die Unterstellung dieser Verbände unter das NATO-Hauptquartier Europa Mitte zu erreichen.

Dänemarks Soldaten sind nach einem NATO-Fachausdruck „earmarked", sie tragen unsichtbare Marken am Ohr, die sie als Mobilisierungstruppen der NATO kennzeichnen. 60 000 Mann Heimwehr bilden die erste Reserve. Die dänischen Reservisten haben wie die Schweizer ihre Waffen und Uniformen im Schrank zu Hause, machen eine jährliche Übung und gehen Sonntags zum Schießplatz. Diese Heimwehr ist jedoch keine Pflichtmiliz nach Schweizer Art, sondern freiwillig. Besondere Aufmerksamkeit widmen alle Kommandostellen der Offiziersausbildung; Voraussetzung für das Leutnantspatent ist ein drei- bis vierjähriger Besuch der Verteidigungsakademie.



Schlüssel zur Ostsee:
DÄNEMARK

ist ein in Inseln und Halbinseln gegliedertes Gebiet von rund 43 000 Quadratkilometern, das in günstiger Verkehrslage zwischen Deutschland und Skandinavien einerseits, und zwischen Nord- und Ostsee andererseits liegt. Außen-Besitzungen sind die Färöer-Inseln und – als gleichberechtigter Teil Dänemarks – das über zwei Millionen Quadratkilometer große Grönland mit rund 24 000 Einwohner, das auf Grund eines dänisch-amerikanischen Abkommens aus dem Jahr 1951 den amerikanischen Streitkräften als Stützpunktbasis im Rahmen der arktischen Luftverteidigung zur Verfügung steht (Thule).

Dänemark zählt rund 4,4 Millionen Einwohner, die überwiegend der protestantischen Staatskirche angehören, zu 58 Prozent auf dem Land und zu 42 Prozent in den Städten wohnen. Hauptstadt ist Kopenhagen mit einer Million Einwohner. Entsprechend der Lage hat Dänemark ein ausgeglichenes, mildes und feuchtes Klima. Schwerpunkt der intensiv betriebenen Landwirtschaft ist seit der Weltagrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts die Viehzucht, deren hochwertige Erzeugnisse krisenfest sind und in den dichtbevölkerten Nachbarländern – besonders England und Deutschland – guten Absatz finden. Die verhältnismäßig unbedeutende Industrie sitzt, da sie auf Kohlenimporte angewiesen ist, in der Hauptsache in den Hafenstädten.

Die dänische Geschichte ist eng mit der See verbunden. Dänische Wikinger eroberten um die Jahrtausendwende England und Norwegen und beherrschten die Länder kurze Zeit. Zweihundert Jahre später errichteten dänische Könige sogar ein (kurzlebiges) Ostseereich, und 1397 wurden unter der Königin Margarete in der Kalmarer Union die drei nordischen Länder zusammengeschlossen. Im dreißigjährigen Krieg ging diese Vorherrschaft endgültig an Schweden verloren. 1848 wurde Dänemark konstitutionelle Monarchie. Das deutsch-dänische Verhältnis hat lange Zeit unter den dänischen Bestrebungen gelitten, Nordschleswig Dänemark anzugliedern. Nach dem ersten Weltkrieg hatten diese Bemühungen Erfolg. In diesem Gebiet wohnen rund 40 000 Deutsche. Der deutsche Einmarsch 1940, gleichzeitig mit der Invasion in Norwegen, stieß auf keinen Widerstand; die Besetzung Dänemarks durch die deutschen Truppen hinterließ aber psychologisch-politische Hypotheken, die nach dem Krieg nur schwer abzutragen waren, und die auch heute noch das deutsch-dänische Verhältnis gelegentlich belasten. Bei der letzten Verfassungsänderung im Jahr 1953 wurde Grönland gleichberechtigt, die weibliche Thronfolge anerkannt und bei Abschaffung der Landsthings das Einkammersystem eingeführt.

Dänemark hat bei allgemeiner Wehrpflicht vom 17. Lebensjahr an 42 000 Mann unter Waffen. Im Kriegsfall kann eine Stärke von 200 000 Mann erreicht werden. Außerdem besteht als Heimatverteidigungsorganisation die Heimwehr von etwa 65 000 Freiwilligen, die für den Dienst in den Streitkräften nicht in Frage kommen oder noch nicht gedient haben; auch Frauen werden für Sonderdienste in dieser Heimwehr herangezogen. Im Rahmen der NATO haben die dänischen Streitkräfte die Ausgänge der Ostsee gegen feindliche Aktionen zu sperren und die Verteidigung der dänischen und schleswig-holsteinischen Gebiete zu unterstützen.

Sparen und Rüsten

Großbritannien ist der einzige moderne Staat, der keine geschriebene Verfassung kennt. Die Magna Charta von 1215, die Habeas Corpus Akte von 1679 und die Bill of Rights von 1689 genügten bis heute, um die Rechte des Herrschers gegenüber dem einzelnen Staatsbürger abzugrenzen und die Freiheit des Individiums zu schützen. Die britische Verfassung ist Gewohnheitsrecht. Sie wird durch sogenannte „Conventions" geregelt und räumt den Gerichten einen großen Einfluß auf das Verfassungsleben ein.

ÄHNLICHE „UNVERBINDLICHE" BINDUNGEN HALTEN das über die ganze Erde verstreute Commonwealth zusammen, das in einer dreihundertjährigen Geschichte und in einem ständigen Kampf um die Beherrschung der Meere errichtet wurde. Noch heute verbindet die gemeinsame Krone (oder im Falle der Republik Indien das gemeinsame Oberhaupt) rund 650 Millionen Menschen zu einem gewaltigen Reich, das 135mal so groß ist wie das Mutterland, fast zweimal so groß wie die Sowjetunion und viermal so groß wie die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die immer stärker werdenden Selbständigkeitsbestrebungen in vielen abhängigen Völkern Asiens und Afrikas haben die britische Stellung zwar in den letzten fünfzig Jahren, besonders in der Folgezeit des zweiten Weltkrieges zu schwächen vermocht. Die verschiedenen britischen Regierungen erkannten jedoch rechtzeitig den Strukturwandel und trugen ihm in einer Empire-Konferenz im Jahre 1926 Rechnung. Damals löste Großbritannien den Kolonialstatus mit den großen Kolonien Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union und dem (1949 wieder ausgetretenen) Irischen Freistaat und verband sich mit ihnen zu einem „Bund der Britischen Staaten" – dem British Commonwealth of Nations.

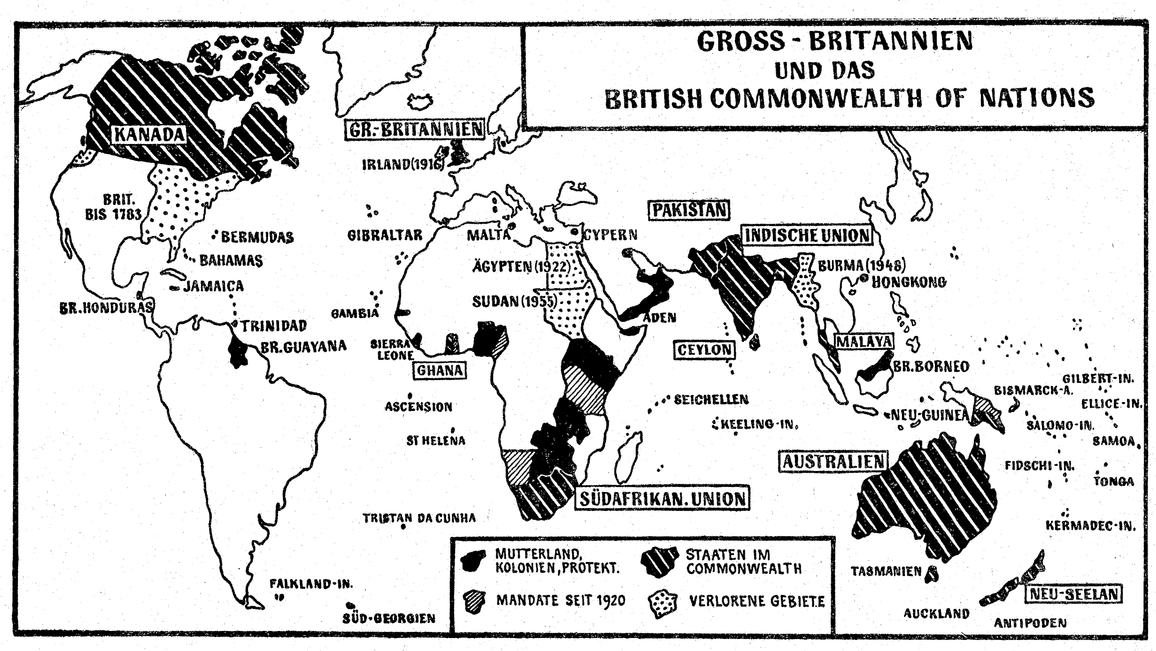
Die Mitglieder wurden „autonome Staatswesen im britischen Weltreich, gleich in ihrem Rechtsstand, in keiner Weise das eine dem anderen untergeordnet, sei es in äußeren oder inneren Angelegenheiten, wenngleich geeint durch gemeinsame Lehnstreue gegenüber der Krone und frei miteinander verbunden". Im Lauf der Zeit traten diesem Staatenbund die Indische Union, Pakistan, Ceylon, Malaya und Ghana bei, während außer Irland nach 1945 auch Ägypten und der Sudan selbständig und unab-

hängig geworden sind und sich in der Folgezeit politisch wie militärisch zum Teil gegen Großbritannien stellten, wie der Suez-Konflikt des Jahres 1957 bewies.

So zeigt sich das britische Weltreich in einer Zeit, in der Afrika und Asien in Bewegung geraten sind, noch in einer imposanten Größe und Stärke: Es besteht aus dem Vereinigten Königreich und nicht weniger als 46 Kronkolonien, Schutzgebieten, Protektoratsstaaten, Treuhandschaften, Kondominien, Dominien und den von Dominien treuhänderisch verwalteten Gebieten. Zumindest in den sogenannten „weißen Dominien" – Kanada, Australien, die Südafrikanische Union – sind die gemeinsame Lebensform, die parlamentarische Demokratie britischer Prägung, die Achtung vor dem Recht, der Grundsatz der Gewaltenteilung, der Respekt vor der Freiheit der Person, der Rede und der Presse diejenigen Bande, die mehr verbinden als Verträge und Gesetze. Bis jetzt ist Großbritannien freilich die Probe erspart geblieben, wie die „braunen" Dominien – Indien, Pakistan und Ceylon – sich im Ernstfall dem Mutterland gegenüber verhalten würden.

England hat im zweiten Weltkrieg einen hohen Blutzoll an den europäischen Fronten, in Nordafrika und im eigenen Land leisten müssen. Die „Ausradierung" Coventrys und anderer englischer Städte durch Bombenangriffe und durch den „Blitz", die Angriffe mit der V 1 und V 2, haben die Illusion vom Schutz durch die Insellage auf eine schreckliche Weise zerstört. Gerade im zweiten Weltkrieg hat Großbritannien gezeigt, welches Opfer seine Bevölkerung auf sich nimmt, um seine Freiheit zu verteidigen. Der Kriegspremier Winston Churchill konnte damals nichts anderes als ein „Meer von Blut und Tränen" in Aussicht stellen, als die deutschen Divisionen Frankreich unterwarfen und die britische Armee bei Dünkirchen vernichtend geschlagen war, als der Ärmelkanal ein leichtes Hindernis schien und die Insel ungeschützt und ungerüstet war. Die Engländer haben es in einer bewunderungswürdigen Disziplin auf sich genommen und durchgestanden – wie sie auch noch lange nach Kriegsende Not und Mangel durchstanden, um nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika zu geraten. Auch heute wieder fällt Großbritannien eine führende Rolle bei der Verteidigung der westlichen Welt zu.

REGIERUNG UND OPPOSITION BLEIBEN in Großbritannien aus Tradition auch nach einem Regierungswechsel in einem ständigen Gespräch; so ist sichergestellt, daß sich die Politik der jeweiligen Regierung Ihrer Majestät organisch fortentwikkelt. Diesem Brauch ist auch der derzeitige Verteidigungsminister, der konservative Duncan Sandys, treu geblieben, als er die Politik des sozialistischen Kabinetts Attlee für sein Ressort fortsetzte. Rücksichtslos, wie es zunächst schien, begann er mit


GROSS - BRITANNIEN
UND DAS
BRITISH COMMONWEALTH OF NATIONS
KANADA
GR.-BRITANNIEN
IRLAND(1916)
BRIT.
BIS 1783
BERMUDAS
BAHAMAS
JAMAICA
BR.HONDURAS
TRINIDAD
BR.GUAYANA
GIBRALTAR
MALTA
CYPERN
ÄGYPTEN (1922)
SUDAN (1955)
GAMBIA
SIERRA
LEONE
GHANA
ADEN
PAKISTAN
INDISCHE UNION
BURMA (1948)
HONGKONG
CEYLON
MALAYA
BR.BORNEO
ASCENSION
ST HELENA
SEICHELLEN
KEELING-IN.
NEU-GUINEA
BISMARCK-A.
GILBERT-IN.
ELLICE-IN.
SALOMO-IN.
SAMOA
FIDSCHI-IN.
TONGA
AUSTRALIEN
SÜDAFRIKAN. UNION
TRISTAN DA CUNHA
KERMADEC-IN.
MUTTERLAND,
KOLONIEN, PROTEKT.
STAATEN IM
COMMONWEALTH
MANDATE SEIT 1920
VERLORENE GEBIETE
TASMANIEN
FALKLAND-IN.
SÜD-GEORGIEN
AUCKLAND
ANTIPODEN
NEU-SEELAN

seinen Sparmaßnahmen, die zur Auflösung von rund 140 militärischen Dienststellen mit über 24 000 Beamten und Angestellten führten.

Sandys versprach seinem Parlament und den anderen NATO-Partnern, mit weniger Geld eine bessere Waffe zu schmieden – zu sparen und zu rüsten, und er machte bisher beim Vollzug dieses Versprechens nicht einmal vor den Heiligtümern britischer Tradition halt. In den letzten Jahren wurden schottische Regimenter zusammengelegt, ruhmreiche Jagdgeschwader aufgelöst und fünf Flugzeugträger und das letzte britische Schlachtschiff außer Dienst gestellt, an junge nationalistische Staaten verkauft oder verschrottet. Diese Maßnahmen waren ebenso unpopulär wie die Aufgabe der großen Marinewerft auf Malta, die Auflösung der Mittelmeerflotte West oder die Zusammenlegung von 38 überseeischen Kampfgarnisonen auf dreizehn.

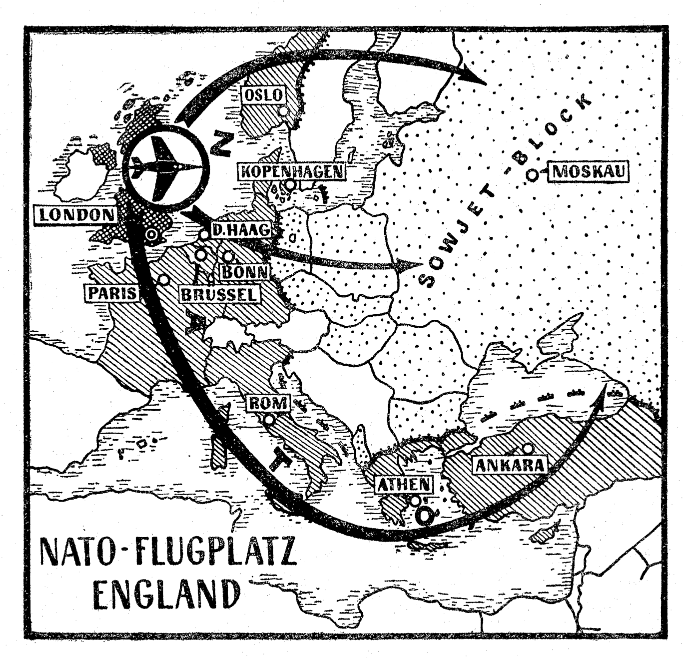
Die Skepsis gegenüber Sandys Plänen ist jedoch schwächer geworden, seit im Herbst 1957 über den Christmas-Inseln die erste britische H-Bombe explodierte und Sandys zu Ende des gleichen Jahres dem Unterhaus verkündete, Großbritannien sei nunmehr eine vollwertige Atommacht. Auch in den Überseegebieten hat die neue Verteidigungspolitik sich bereits bewährt, was die Vorgänge des Jahres 1958 in Zypern, Aden und Jordanien bewiesen. Britische Truppen waren jeweils zur Zeit und wohlausgerüstet zur Stelle, wenn die Führung glaubte, sie einsetzen zu müssen.

Zwar ist die Zahl der Garnisonen und die der Truppen zu Lande, zur See und in der Luft zurückgegangen, aber die Kampfkraft und die Beweglichkeit der neuen Konzentration ist gewachsen. Während früher kleine Linienbataillone an vielen Punkten standen, in jedem Hafen ein paar Kanonenboote lagen und jeder Urwaldflugplatz mit drei Maschinen besetzt war, stehen heute im Aktionsradius der Gefahrenpunkte schnelle Transportgeschwader bereit, um mit allen Waffen ausgestattete Fallschirmjäger zum Einsatz zu bringen. Die wenigen, mit Einheiten aller Art aufgefüllten Flottengeschwader in Übersee sind so stark, wie es die kleinen Küstenstationen früher nie sein konnten, und Großflugplätze mit Geschwadern aller Typen können den Luftraum ausreichend sichern.

INNERHALB DER NÄCHSTEN ZWEI JAHRE soll die britische Umrüstung vollendet sein. Zu diesem Zeitpunkt soll nach den Plänen der britischen Regierung ein Drittel der derzeitigen britischen Streitkräfte in Deutschland über die Feuerkraft der heutigen Rheinarmee verfügen. Der Abzug eines Teiles der britischen Truppen aus der Bundesrepublik war von den anderen NATO-Partnern mit Bedauern vermerkt worden. Das NATO-Hauptquartier hatte sogar die britische Regierung auf das ver-

einbarte Truppen-Soll aufmerksam gemacht, das in der Vergangenheit zum Teil erheblich unterschritten wurde. Das britische Verteidigungsministerium konnte jedoch darauf hinweisen, daß schnell bewegliche Reserven auf der englischen Insel und in Nordirland innerhalb von Stunden an jeden Krisenherd im europäischen Verteidigungsbereich gebracht werden können. Hinzu kommt, daß sich heute, wie schon während des ersten und in noch stärkerem Maße während des zweiten Weltkrieges die Verstärkungen aus den Vereinigten Staaten auf englischem Boden formieren, und daß von den Basen auf den britischen Inseln die Bomber der strategischen Luftflotte und die Raketen mittlerer und großer Reichweiten starten.

Entsprechend seiner Tradition als Beherrscherin der Meere durch Jahrhunderte rangiert Großbritannien auch heute noch im Kampf um die Seeherrschaft an führender Stelle unmittelbar hinter den Vereinigten Staaten. Die weltweiten Besitzungen stellen der Flotte nach wie vor eine große Aufgabe. Soweit ihre Einheiten der NATO zur Verfügung stehen, sollen sie im Mittelmeer, auf dem Atlantik und im Nordmeer die Seeverbindungen schützen und die kleineren NATO-Mitgliedstaaten unterstützen. Großbritannien ist aber auch Mitglied der SEATO, des Südostasienpaktes, und anderer Bündnissysteme im Nahen Osten; auch hier hat die Royal Navy in besonderem Maße die Paktverpflichtungen zu erfüllen, die die jeweilige Situation dem



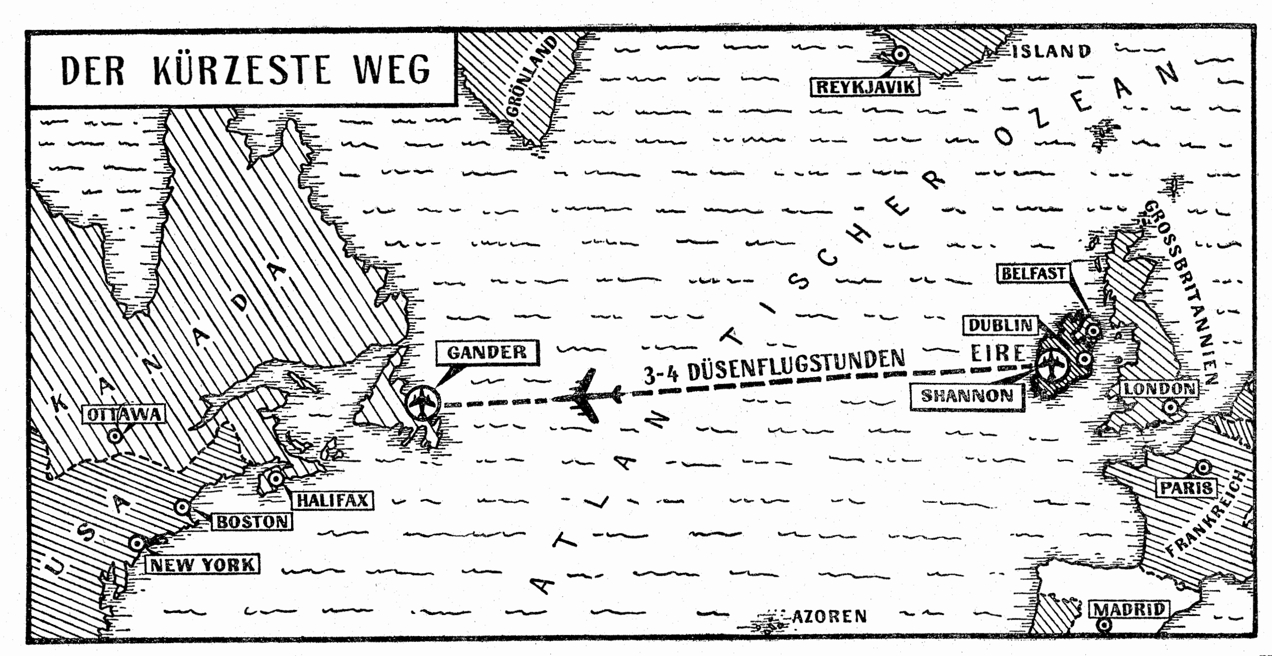
Mutterland auferlegt. Im Verlauf der Umrüstung der letzten Jahre sind anstelle der großen Schiffe – Flugzeugträger und Schlachtschiffe – in immer stärkerem Maße kleinere Einheiten getreten, die in allen Teilen der Welt ihre Stützpunkte und Häfen haben.

SO HAT GROSSBRITANNIEN in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft einen vielfältigen und wichtigen Strauß von Aufgaben übernommen, der von der Sicherung der Seewege und dem Flankenschutz für die nordischen Länder über den Schutz des Mutterlandes bis zur Verteidigung des europäischen Festlandes reicht. Es hat dafür seit den Umrüstungsmaßnahmen der derzeitigen Regierung noch rund 750 000 Mann ständig unter Waffen, von denen rund 400 000 Mann im Heer, 250 000 in der Luftwaffe – nach den USA und der Sowjetunion die drittgrößte der Welt – und rund 100 000 in der Flotte Dienst tun. Darüber hinaus besteht eine große Organisation für die Heimatverteidigung, die sich bereits im zweiten Weltkrieg bewährt hat.

Eine Anzahl von Kommandostellen der NATO ist entweder auf dem Gebiet der britischen Inseln oder in anderen Teilen des Commonwealth stationiert; britische Vertreter sind in allen wichtigen Ausschüssen und Arbeitsgremien der NATO tätig; die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen vor jeder wichtigen Entscheidung in besonderem Maße auf die britische Haltung Rücksicht: so mag sich zwar der Schwerpunkt der weltpolitischen Entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten von Europa nach Amerika verlagert haben, ohne Großbritannien jedoch und das Commonwealth würde die Verteidigung des Westens und der Freiheit Stückwerk bleiben. Auf diese Tatsache gründet sich die Bedeutung des Inselreiches für die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft und die freie Welt.

*
* *

EINE SCHRAFFIERTE LINIE ZEIGT auf jeder Karte, daß Irland, westlich von England und Schottland gelegen, eine geteilte Insel ist. Der kleinere Teil im Norden gehört zu Großbritannien und wird von Belfast aus halbautonom regiert, der Süden ist die selbständige und unabhängige Republik Eire, die sich 1916 gegen England erhob, 1922 eine eigene Verfassung erhielt und 1949 endgültig aus dem britischen Staatsverband ausschied. Regierungssitz ist Dublin mit offiziellem irischem Namen Baile Atha Cliath. Eire, im deutschen Sprachgebrauch Irland genannt, ist nicht Mitglied der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft, es besitzt keine modernen Truppenverbände und ist auch nicht als Basis für ausländische Streitkräfte vorgesehen. Trotzdem spielt das kaum drei Millionen Einwohner zählende Land so-


DER KÜRZESTE WEG
GRÖNLAND
ISLAND
REYKJAVIK
ATLANTISCHER OZEAN
KANADA
BELFAST
GROSSBRITANNIEN
DUBLIN
EIRE
GANDER
3-4 DÜSENFLUGSTUNDEN
SHANNON
LONDON
OTTAWA
HALIFAX
BOSTON
USA
NEW YORK
PARIS
FRANKREICH
MADRID
AZOREN

wohl in der Sicherung des Nachschubs über den Atlantik als auch für die Versorgung des europäischen Westens eine große Rolle: Denn Eire heißt für den Westen eigentlich Shannon.

Shannon ist der atlantische Großflughafen gegenüber von Gander auf Neufundland. Es ist der Brückenkopf der kürzesten Luftbrücke zwischen Amerika und Europa. Die Strecke zwischen Gander und Shannon ist so kurz, daß leichtere Düsenmaschinen sie mit einer Treibstoffladung bewältigen können, und daß moderne Düsenjäger sie im Sparflug in weniger als drei Stunden hinter sich bringen. Eire hat diesen Flugplatz der NATO zur Verfügung gestellt. Es leistet damit, ohne Mitglied zu sein, einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung des Westens.

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND IRELAND

ist heute noch das größte und überhaupt eines der ältesten Kolonialreiche der Erde. Die Hauptinsel des britischen Archipels mit England, Wales und Schottland liegt am Rande des Kontinents außerordentlich günstig zum Atlantik. Sie ist durch Klima- und Bodenschätze, Eigenart der Bevölkerung und Wirtschaftsstruktur lange Zeit die führende Weltmacht gewesen. Das Vereinigte Königreich umfaßt 244 000 Quadratkilometer mit rund 51 Millionen Einwohnern, die überwiegend der anglikanischen Staatskirche angehören. Isoliert vom Kontinent, dessen landschaftlicher Charakter sich allerdings hier fortsetzt, bildete sich ein Volkscharakter besonderer Eigenart mit Bindung an Tradition, stolzem Individualismus und Freiheitsliebe, Tatsachensinn, Energie und Weltaufgeschlossenheit.

Auf Grund seiner Kohlenschätze und der heute zum Teil erschöpften Erzlager entwickelte Großbritannien sich seit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert zu einem Industriestaat, der auch heute noch nach dem Verlust zahlreicher Absatzmärkte einen großen Teil der Welt beliefert. An erster Stelle stehen der Bergbau, die vielseitig spezialisierte Metallindustrie und die alt eingesessene Textilindustrie. Nach den USA besitzt Großbritannien die größte Handelsflotte der Welt; den regen Landverkehr ermöglichen das dichteste Straßennetz der Welt mit 281 000 Kilometern und ein außerordentlich dichtes Eisenbahnnetz mit 32 000 Kilometern.

Die Geschichte der in der Vorzeit mit dem europäischen Festland verbundenen Britischen Inseln ist blutig und bewegt. Nach einer ersten Besiedlung durch eine westisch-mittelmeerische Bevölkerung in den Jahren 12 000 bis 2 000 vor Christus herrschte seit dem Jahr 1000 vor Christus eine dünne keltische Oberschicht. Im letzten Jahrhundert vor Christus unterwarfen die Römer unter Caesar England, nicht aber Schottland, gegen das sie sich durch einen Wall, den Limes, zu schützen versuchten. Im 5. Jahrhundert nahmen die Angeln und Sachsen das Land in Besitz. In der Folge rivalisierten zahlreiche Königreiche miteinander um die Vormacht, bis im elften Jahrhundert die Normannen unter Wilhelm dem Eroberer die Insel besetzten und die noch heute bestehenden Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens legten. Die folgen-

schließlich zur Einführung der anglikanischen Staatskirche führten. Die glänzendste Periode der englischen Geschichte begann nach den Kriegen gegen Napoleon. Damals war England alleinige Welt-, See- und Kolonialmacht; es hatte außerdem die unbedingte Handels- und Wirtschaftsvormacht. Zur Verteidigung dieser Weltmachtstellung wuchsen die Ideen des Imperialismus auf der einen Seite, während die britische Politik auf der anderen Seite auf eine Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa zielte. Um die Jahrhundertwende führte diese Politik zu einem Bündnis mit Frankreich (Entente cordiale) und mit Rußland als Gegengewicht zur stärksten Festlandmacht Deutschland; es folgte der erste Weltkrieg, dessen Ende den Gewinn der deutschen Kolonien in Form der Völkerbundsmandate brachte, aber auch eine Lockerung des Empire, die Entstehung der britischen Völkergemeinschaft und die Überrundung durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland verhielt sich Großbritannien zunächst abwartend, dann aber in zunehmendem Maße aufmerksam und verteidigungsbereit. Nach dem Scheitern der Friedensbemühungen durch Chamberlain führte der deutsche Einmarsch in Polen, mit dem Großbritannien einen Beistandspakt unterhielt, zum zweiten Weltkrieg. Zusammen mit den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Sowjetunion erzwang Großbritannien nach sechsjährigem Ringen die bedingungslose Kapitulation der deutschen Armeen und die Besetzung Nord- und Westdeutschlands. Nach diesem Krieg war Großbritannien als Weltmacht auf den dritten Platz zurückgefallen, hinter die USA und die Sowjetunion, und heute ist die enge Zusammenarbeit mit den USA die Grundlage der britischen Außenpolitik, die schließlich auch zum Beitritt zur NATO, zum Mittelostpakt und zur SEATO führte.

So sind Großbritannien und das unter der gemeinsamen Krone vereinigte Weltreich eng mit den Verteidigungsbemühungen der westlichen Welt verbunden, und die im Rahmen der NATO übernommenen Verpflichtungen machen das Land zum zweitwichtigsten Partner auf allen militärischen Gebieten. Die seit Beginn des zweiten Weltkrieges bestehende Allgemeine Wehrpflicht vom 18. Lebensjahr ab führt jährlich etwa 180 000 junge Männer zu den Waffen; sie leisten ihren Dienst in allen Teilen der freien Welt.

BENELUX

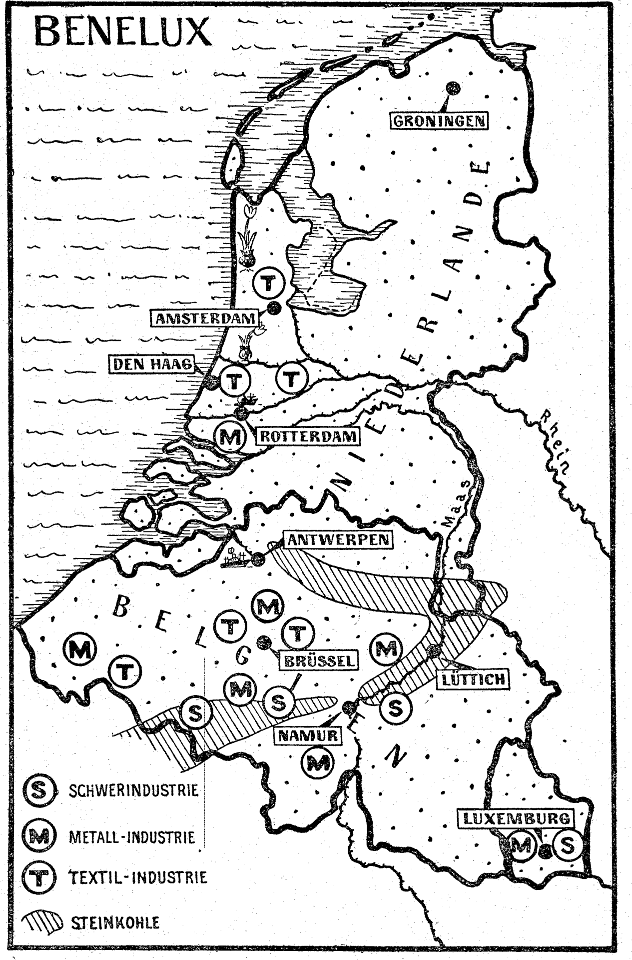
Der europäische Anfang

DIE ERSTE VERBINDUNG MEHRERER europäischer Länder nach dem letzten Krieg, die Zollunion zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, ist zwar wirtschaftlich trotz vieler Bemühungen noch nicht vollzogen, nach wenigen Jahren aber bereits fest in das politische Bewußtsein des Mitteleuropäers eingedrungen. Die Abkürzung BENELUX wird häufiger angewandt und ist mindestens ebenso geläufig, wie es die richtigen Namen der Länder sind. So ist es angebracht, diese drei Länder mit zusammen rund 19,4 Millionen Einwohnern so weit es geht gemeinsam zu behandeln. Sie haben ohnehin auf weite Strecken eine gemeinsame Geschichte, und in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft wie auch in den Gremien und Organen zur Festigung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas bemühen sie sich auf vielen Gebieten gemeinsam um die Zukunft des freien Westens.

Die Länder haben noch mehr miteinander gemein: Sie sind alle drei konstitutionelle Monarchien (Luxemburg ist konstitutionelles Großherzogtum), sie sind das am dichtesten besiedelte Gebiet Europas, und Belgien und die Niederlande haben um den Bestand ihrer Außenbesitzungen zu kämpfen. Alle drei hatten die deutsche Besetzung zu erdulden – Belgien sogar in zwei Kriegen – und mußten zusehen, wie die Länder verwüstet und viele Städte zerstört wurden, und alle drei haben schließlich ihre Ressentiments gegenüber dem deutschen Nachbarn so weit überwunden, daß sie mit ihm zusammen Europa aufbauen und verteidigen wollen.

DARÜBER HINAUS JEDOCH HAT jedes dieser drei Länder seine besonderen Sorgen und seine besonderen Vorteile, Leistungen und Verpflichtungen. Die Niederlande führen ihren jahrhundertealten Kampf gegen das Meer; Belgien muß mit der Zweisprachigkeit des Landes und der Rivalität zwischen Flamen und Wallonen fertig werden; Luxemburg schließlich ist zu groß, um zu den Zwergstaaten gezählt zu werden, aber zu klein, um seinen Weg allein zu gehen.

Die Niederlande, einst der mächtigste Kolonial- und Handelsstaat der Erde, haben erst vor wenigen Jahren – 1949 – eine ihrer letzten Kolonien, die größte dazu, verloren. Indonesien wurde ein selbständiger Staat, und rund 200 000 mittellose Flüchtlinge aus diesem Gebiet mußten in dem überbevölkerten Land zwischen Schelde und Maas aufgenommen und versorgt


BENELUX
GRONINGEN
NIEDERLANDE
AMSTERDAM
DEN HAAG
ROTTERDAM
Rhein
Maas
ANTWERPEN
BELGIEN
BRÜSSEL
LÜTTICH
NAMUR
LUXEMBURG
S SCHWERINDUSTRIE
M METALL-INDUSTRIE
T TEXTIL-INDUSTRIE
STEINKOHLE

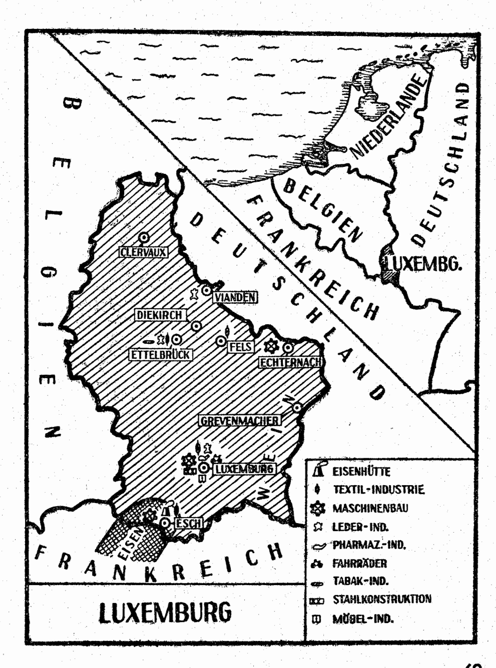
werden. Zu diesem Zeitpunkt machte sich bezahlt, daß sich die Niederländer jahrzehntelang angestrengt hatten: Seit 1920 haben sie der Nordsee rund 3000 Quadratkilometer gutes Land entrissen, zehn Prozent der Landesoberfläche. Aus der Nordseebucht Zuiderzee wurde das IJsselmeer, ein Binnensee, und der 49 000 Hektar große Nordostpolder wurde sogar während des Krieges fertiggebaut. Vor mehr als Jahresfrist schloß sich der Deichring um Oostflevoland, dessen Hauptstadt Lelystadt – genannt nach dem ersten niederländischen Minister für Landgewinnung, Carl Lely – schon in fünf Jahren 30 000 Menschen beherbergen soll. Andere Pläne wurden mittlerweile in Angriff genommen, um dem Meer kostbares Land abzuringen und den Besitz gleichzeitig gegen die Fluten zu sichern, denn ein großer Teil des Landes liegt unter dem Meeresspiegel.

Dieser ständige Verteidigungskampf um die Erhaltung ihrer Existenz und ihres Besitzes hat die Niederländer freiheitsliebend und verteidigungsbereit gehalten. Das zeigte sich während des letzten Krieges, als die deutschen Truppen die völlig unvorbereiteten Niederlande überfluteten und für die Dauer des Krieges besetzt hielten. Die niederländische Untergrundbewegung, die sich auf die Unterstützung und die Sympathie weiter Bevölkerungskreise stützen konnte, hat in diesen ganzen Jahren den Deutschen schweren Schaden zufügen können. Die heute noch gelegentlich aufflackernde feindselige Haltung gegenüber dem deutschen Nachbarn zeugt von dieser Zeit, in der die Niederländer Anne Frank verborgen halten mußten, ohne ihren Tod verhindern zu können.

Nach dem Kriegsende hat das Land seine Verteidigungsanstrengungen verstärkt. Allein das Heer hat heute eine Friedensstärke von rund 100 000 Mann gegenüber nur 39 000 im Jahre 1938. Die Gesamtstärke der aktiven Streitkräfte beträgt 150 000 Mann, die Kriegsstärke etwa eine Million, zu der noch eine gut funktionierende Heimatverteidigungsorganisation kommt. Im Rahmen der NATO haben die niederländischen Streitkräfte entsprechend der Lage des Landes wesentliche Aufgaben übernommen: Sie müssen zu Lande und in der Luft die Verteidigungsmaßnahmen im nördlichen Sektor des NATO-Kommandos Zentral-Europa unterstützen, außerdem aber auch die niederländischen und angrenzenden Küsten und Häfen gegen Feindeinwirkungen sichern, für NATO-Streitkräfte offenhalten und die Verbindungswege schützen. Außer dem gutgerüsteten Heer und einer Luftwaffe mit rund 20 000 Mann steht für diese Zwecke eine relativ starke Marine mit rund 25 000 Mann zur Verfügung, deren Kern ein Flugzeugträger, vier Kreuzer, achtzehn Zerstörer und elf U-Boote bilden.

AUCH BELGIEN HAT SEINE Anstrengungen zur Verteidigung des Landes nach dem letzten Krieg verstärkt. Zweimal innerhalb von dreißig Jahren wurde das Land von deutschen Trup-

pen überrannt und besetzt, und zweimal hatte diese Besetzung nachhaltige und schwerwiegende Folgen. Zweimal wurden die unzureichenden, auf Frieden und Neutralität eingestellten belgischen Streitkräfte überrascht, so daß ihr Widerstand den Vormarsch kaum aufhalten konnte. Insbesondere die Ereignisse während des letzten Krieges führten zu schweren Erschütterungen innerhalb der zweisprachigen belgischen Nation; erst lange Zeit nach Kriegsende trat eine Beruhigung ein. Zunächst jedoch führten sie zu einer Königskrise. Der damalige König Leopold III. ging 1940 mit seinen Truppen in deutsche Gefangenschaft, und besonders die wallonische Bevölkerungsgruppe war der Meinung, der König hätte stattdessen das Exil wählen sollen. Ein großer Graben tat sich deshalb nach Kriegsende zwischen den Flamen und Wallonen auf, als Leopold III. zurückkehrte, um seine Rechte als König wahrzunehmen. Es kam so weit, daß er schließlich außer Land gehen und seinem Bruder Charles die Regentschaft übertragen mußte. 1951 wurde die Königsfrage, die durch die Regentschaft ja auf die Dauer nicht erledigt war, zur Volksabstimmung gestellt. Es ergab sich zwar eine Mehrheit für Leopold III., aber die Minderheit war so groß und die Unruhe in der Bevölkerung so tiefgehend, daß der König auf den Thron verzichtete. Baudouin, der seitdem mit Ernst und Zurückhaltung seine Herrscherpflichten erfüllt, hat wesentlich dazu beigetragen, die beiden Volksteile miteinander



Doch seit Afrika in Bewegung geraten ist, droht Belgien eine neue Gefahr. Um die Jahreswende 1959 mußte König Baudouin in einer Regierungserklärung den auch in Belgisch-Kongo vorhandenen Unabhängigkeitsbestrebungen weitgehend Rechnung tragen. Auch hier werden sich die Bande lockern, die das Mutterland bisher mit dem achtzigmal so großen, reichen Gebiet im Herzen Afrikas verbunden haben. Belgisch-Kongo ist ein ungeheuer fruchtbares Land mit großen Bodenschätzen. In den zahlreichen Minen wird Gold, Zinn, Kohle und jetzt auch Uran gewonnen. Diese Schätze flossen in reichem Maße nach Brüssel, und die Regierung hatte alles getan, diesen Fluß zum Nutzen des Landes in der Zukunft noch ertragreicher zu machen. Lange Zeit herrschte Ruhe im Kongoland, als es an vielen anderen Ecken und Enden Afrikas schon brannte. Doch eine Revolte zeigte zum Jahresbeginn 1959, daß auch hier die ruhigen Zeiten vorbei sind, wenn nicht eine kluge und maßvolle Politik die fast zwölf Millionen Einwohner dieses Gebietes weiterhin an das Mutterland in Europa zu binden versteht.

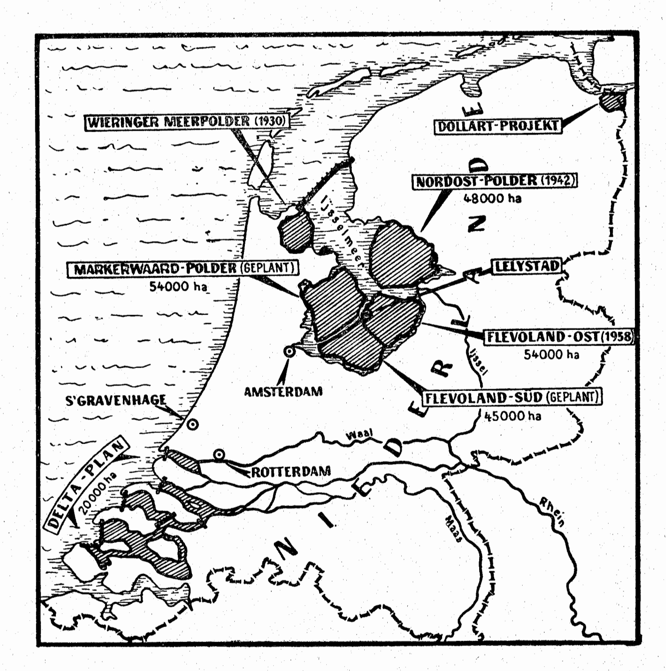
Davon wird es auch abhängen, in welchem Maße Belgien in der Zukunft das Potential des Westens verstärken kann. Bisher wurde ein schlagkräftiges Heer mit fast 140 000 Mann aufgebaut, die Luftwaffe mit 22 000 Mann und etwa 500 Frontflugzeugen wurde modernisiert und die erste Küstenschutzmarine der belgischen Geschichte dem NATO-Kommando Ärmelkanal (CINCHAN) unterstellt. Diese Anstrengungen sind notwendig, denn Belgien hat als rückwärtiges Gebiet für die Versorgung der in Mitteleuropa stehenden Truppen große Bedeutung. Die belgischen Streitkräfte sollen zusammen mit britischen, niederländischen und deutschen Truppen als nördliche Heeresgruppe des NATO-Kommandos Zentraleuropa sowohl das östlich von Belgien gelegene deutsche Gebiet – belgische Truppen unterstützen die britische Rheinarmee in Nordrhein-Westfalen und im nördlichen Hessen – wie auch die NATO-Stützpunkte auf belgischem Boden schützen. Einschließlich der Sonderformation hat Belgien etwa 160 000 Mann unter Waffen; im Kriegsfall kann eine Stärke von 600 000 Mann erreicht werden.

DEM GEGENÜBER HABEN DIE LUXEMBURGISCHEN Streitkräfte für die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft mehr symbolische Bedeutung: Das kleine Land an der Mosel mit seinen 300 000 Einwohnern stellt der NATO im Frieden etwa ein Regiment, im Kriegsfalle etwa 3000 Mann. Kaum ein anderes Land ist heute schon so betont europäisch eingestellt wie Luxemburg mit seiner gleichnamigen Hauptstadt, der Residenz der Großherzogin Charlotte, die 1959 ihr vierzigjähriges Thronjubiläum feiert. Alle Spitzenbehörden der Montan-Union, dieses großen Markt-Pools für Eisen, Stahl, Kohle und Energie, haben ihren Sitz in Luxemburg, dessen Stahlindustrie hinter der Bundesrepublik, Frankreich und Belgien an vierter Stelle auf dem euro-

päischen Kontinent steht. Das kleine Land hat eine bewegte Geschichte mit vielen „Anschlüssen" hinter sich; vielleicht griff es deshalb sehr früh den Gedanken einer europäischen Vereinigung und einer gemeinsamen Verteidigung auf. Es wurde Mitglied der BENELUX-Union, des Brüsseler Paktes und seit 1949 der NATO, und es hat im Reigen der 15 Völker dieses Bündnisses seinen Platz wie die großen.

BENELUX

ist die Abkürzung für einen Wirtschaftsverband der drei Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg, der noch im Kriegsexil in London im September 1944 von den drei Regierungen durch ein Abkommen beschlossen wurde. Am 1. September 1947 trat eine Zollunion zunächst für zwei Jahre in Kraft, ohne jedoch in der Praxis wirksam zu werden. Die Zölle wurden zwar aufgehoben, an den seitherigen Zollgrenzen werden jedoch noch weiterhin sogenannte Akzisen und Sondersteuern erhoben, die den Zöllen entsprechen. Zu weiteren Wirtschaftsvereinbarungen zwischen den drei Ländern ist es nicht gekommen. Der ursprünglich für den 1. Juli 1949 vorgesehene Termin der vollständigen Wirtschaftsunion wurde immer wieder verschoben. Die Union scheiterte unter anderem an der Weigerung Belgiens, das niederländische Handelsbilanz-Passivum zu decken. Zuerst soll die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der drei Länder angeglichen werden. International treten die Benelux-Länder oft gemeinsam auf. Die Frage einer politischen Einheit wird jedoch nicht offen erörtert, weil sie historisch bedingte belgisch-holländische Probleme berührt.



DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE · KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

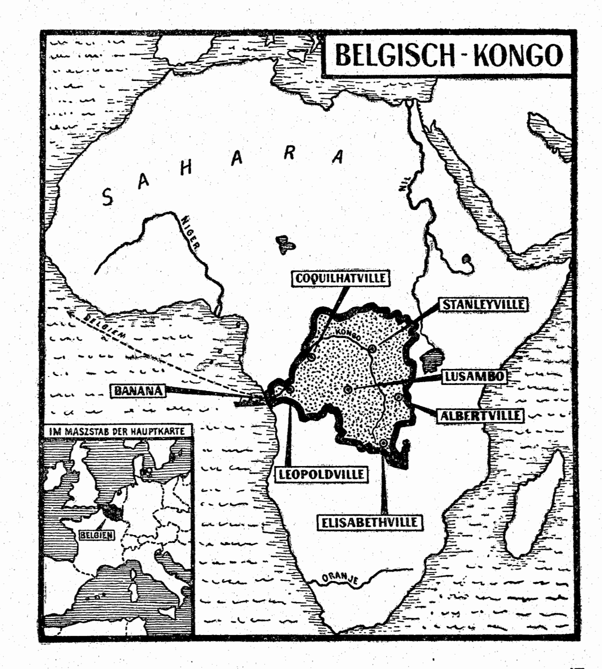
ist mit 10,6 Millionen Einwohnern auf rund 32 000 Quadratkilometern das größte der drei Länder mit Außenbesitzungen in Guayana (Surinam), in den Antillen und in Neuguinea. Die geographische Lage an der durch das Rheindelta und andere Flußmündungen aufgerissenen Nordseeküste zwingt zu einem ständigen Kampf um die Erhaltung und Vermehrung des dichtbesiedelten Landes. Die Hauptstadt ist Den Haag. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind der Bergbau und die Industrie, die allein 29 Prozent der Bevölkerung beschäftigen; erst an dritter Stelle folgt die Landwirtschaft, obwohl 67 Prozent des Landes landwirtschaftlich genutzt werden. Die Niederlande verfügen über ein hervorragendes Straßennetz von rund 27 500 Kilometern, schiffbare Binnenwasserstraßen von fast 7000 Kilometern Länge und 3210 Eisenbahnkilometern. Die Handelsflotte zählt rund 1400 Schiffe mit 3,5 Millionen Bruttoregistertonnen. Die Geschichte der Niederlande – bis 1830 eng verknüpft mit der Geschichte Belgiens – ist ein ständiger Kampf eines kleinen Volkes um die Selbständigkeit und Selbstbehauptung. Nach der Befreiung von der Herrschaft durch das Römische Reich gehörte das Gebiet abwechlungsweise zu Frankreich und zum Deutschen Reich, bis mit dem Erlöschen der Herzogswürde im zehnten Jahrhundert eine große Zahl von selbständigen Provinzen, weltlichen und geistlichen Kleinherrschaften und die im Handel erstarkenden Städte eigenständig existierten. Im 15. Jahrhundert begann dann der Kampf zwischen den französischen, spanischen und habsburgischen Herrschern um das Land. Die Reformation fand in dem geistig aufgeschlossenen Volke eine günstige Aufnahme; heute ist die Bevölkerung zu 40 Prozent protestantisch und zu 38 Prozent katholisch. Der Kampf gegen die spanische Herrschaft im 16. und 17. Jahrhundert teilte das Land in die unabhängigen protestantischen Nordprovinzen, die heutigen Niederlande, und die katholischen Südprovinzen, das heutige Belgien.

In der Folgezeit stiegen die Niederlande zur europäischen Vormacht, für kurze Zeit sogar zur Weltmacht auf. Bereits um 1600 begann der Aufbau des Kolonialreiches, 1650 besaß die Marine allein 35 000 Fahrzeuge. Im Entscheidungskampf um die Weltmacht gegen die Engländer zeigte sich allerdings, daß die Grundlage für den niederländischen Machtbau viel zu schmal war. In der französischen Revolution wurde das Land erobert und war dann zunächst „Batavische Republik", später das „Königreich Holland" unter Ludwig Bonaparte. Seit 1814 sind die Niederlande eine konstitutionelle Erbmonarchie – die ersten 16 Jahre mit Belgien zusammen. Im ersten Weltkrieg gelang es dem Königreich, neutral zu bleiben, im zweiten nicht. Am 10. Mai 1940 griff Hitler die Niederlande gleichzeitig mit Belgien an, um Frankreich an der Flanke fassen zu können. Dabei spielten auch nationalistische Annexionswünsche eine Rolle: Hitler sah die Holländer als „Niederdeutsche" an. Das früher außerordentlich deutschfreundliche Land wurde durch diesen Überfall, der die Königin Wilhelmina ins Exil nach England zwang, zum Feind Deutschlands. Diese Einstellung wurde verstärkt durch die weitgehende Zerstörung der Städte und des Landes und durch den Verlust von Niederländisch-Indien, das von Japanern besetzt wurde und eine Nationalregierung erhielt. Nach dem Krieg traten die Niederlande zusammen mit Belgien und Luxemburg dem Brüsseler Pakt und 1949 der Atlantischen Gemeinschaft bei, in deren Rahmen sie die Verteidigungsmaßnahmen im nördlichen Sektor des NATO-Kommandos Zentraleuropa zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu unterstützen haben.

DAS KÖNIGREICH BELGIEN
KONINKRIJK BELGIË
ROYAUME DE BELGIQUE

ist mit 8,7 Millionen Einwohnern auf rund 30 500 Quadratkilometern das am dichtesten besiedelte Land Europas; sein an Rohstoffen und Erzvorkommen reicher Kolonialbesitz Belgisch-Kongo ist rund 800mal so groß wie das Mutterland. Belgien verfügt über keine natürlichen Grenzen. Die Hauptstadt ist Brüssel. Das Land hat eine große wirtschaftliche Bedeutung: In der Industrie sind rund 50 Prozent der Bevölkerung beschäftigt. Die reichen Kohlevorkommen in Mittel- und Niederbelgien sind Grundlage einer ausgedehnten Metall- und chemischen Industrie. Das Straßennetz umfaßt mehr als 10 000 Kilometer, das Wasserstraßennetz 1559 und das Eisenbahnnetz rund 5000 Kilometer. Die Handelsflotte ist rund 500 000 Bruttoregistertonnen stark.

Die Geschichte Belgiens wie die der Niederlande ist bestimmt durch das Spannungsverhältnis zwischen West- und Mitteleuropa. Nach der Trennung von den Nordprovinzen im Verlauf des spanischen Befreiungskrieges gehörte das Land zeitweise zum Haus Habsburg oder zu Frankreich, zeitweise war es selbständig oder von den Niederländern abhängig, wie kurz nach dem Ende der französischen Revolutionskriege. Nach der Brüsseler Revolution von 1830 setzte ein Nationalkongreß das in den Niederlanden regierende Haus Oranien ab und wählte den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg-Gotha zum König der Belgier. Der neue belgische Staat war trotz der überwiegenden flämischen Bevölkerungsgruppe in seinem Wesen französisch, hielt aber an der seit 1831 von Österreich, Preußen, Rußland und Großbritannien garantierten Neu-



tralität auch noch zu Beginn des ersten Weltkrieges fest, in dessen Verlauf das Land zum erstenmal von deutschen Truppen überfallen wurde. Nach dem Krieg schloß Belgien ein Bündnis mit Frankreich, kündigte es jedoch 1936 wieder, um zur Neutralitätspolitik zurückzukehren. Im zweiten Weltkrieg wurde es abermals von deutschen Truppen überrannt. Durch die Kapitulation auf Befehl des Königs Leopold III. und dessen Gefangennahme durch die Deutschen wurde der Gegensatz zwischen den Flamen, die heute 51 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und den Wallonen verstärkt. Die Königskrise hielt das Volk von 1945 bis zum 21. Geburtstag des jetzigen Königs Baudouin I. im Jahr 1951 in ständiger Unruhe und führte schließlich zu einem Aufstand. Damals tauchten sogar Überlegungen auf, das Land zu föderalisieren und den französisch sprechenden Teil an Frankreich anzuschließen. Während der bisherigen Regierungszeit des jetzigen Königs trat jedoch eine weitgehende Beruhigung auch im Verhältnis zwischen Flamen und Wallonen ein.

Das Königreich Belgien gehört wie die Niederlande zur westeuropäischen Union und zur Atlantischen Gemeinschaft, in deren Rahmen das Land wegen seiner geographischen Lage eine besonders wichtige Rolle spielt. Gegenüber der Vorkriegszeit hat es seine militärischen Anstrengungen verstärkt.

DAS GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG · GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

mit seinen auf 2586 Quadratkilometern im deutsch-französischen-Belgischen Grenzwinkel lebenden rund 300 000 Einwohnern ist der kleinste Partner der Atlantischen Gemeinschaft. Durch seinen Minette-Erzbergbau und die darauf aufgebaute Hüttenindustrie gehört es zu den führenden Stahlerzeugern der Erde. Die luxemburgische Geschichte ist typisch für ein Grenzland. Das Herzogtum gehörte bis 1866 dem Deutschen Bund und dem Deutschen Zollverein an, wurde 1867 neutralisiert und entmilitarisiert. 1871 schloß es sich zwar nicht politisch, aber wirtschaftlich dem Deutschen Reich an; es wurde im ersten Weltkrieg und im zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzt. Nach Kriegsende schloß es sich noch enger als vorher an Belgien an. Wichtige europäische Organe nahmen ihren Sitz in der Hauptstadt.

Mit der NATO verflochten

DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN FRANKREICH und Deutschland hat in den letzten Jahrhunderten den Gang der wechselvollen Geschichte Europas bestimmt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges und darüber hinaus hat die unselige „Erbfeindschaft" zwischen diesen beiden stärksten kontinentaleuropäischen Nationen der Position des Kontinents in der Welt erheblichen Abbruch getan. Weder Frankreich noch Deutschland haben daraus Nutzen ziehen können. Die ständigen, oft kriegerischen Auseinandersetzungen um die französisch-deutschen Grenzgebiete am Rhein und an der Saar haben vielmehr sowohl am deutschen als auch am französischen Volk und am Volksvermögen gezehrt. Das gegenseitige Mißtrauen war so groß, daß eine Zusammenarbeit in jeder Form nach dem ersten Weltkrieg – von einer kurzen Zeit der Entspannung abgesehen – unmöglich war und erst recht nach dem zweiten Weltkrieg und den furchtbaren Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft über Frankreich unmöglich schien.

Erst in den Jahren nach 1950 begann sich die Meinung einsichtsvoller Politiker in beiden Ländern durchzusetzen, daß die Zeit nationaler Ressentiments angesichts der Machtzusammenballungen in anderen Teilen der Welt vorbei sein müßten, und daß eine Integration Europas ohne eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich sei. Diese Verständigung ist eine der wichtigsten Stützen der Atlantischen Gemeinschaft zur gemeinsamen Verteidigung des Westens. Sie führte nach jahrelangen Verhandlungen dazu, daß die Bundesrepublik gleichberechtigt neben Frankreich nicht nur in der NATO, sondern auch in der Westeuropäischen Union und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Platz und Stimme hat.

Damit sind in einem umfassenden Bündnissystem zwei Völker miteinander verbunden, die bisher nur gegeneinander gekämpft haben. Sie beobachten auch heute noch aufmerksam die Geschehnisse beim Nachbarn; so kommt es, daß zum Beispiel die französische Innenpolitik, aber auch die französische Kolonial- und Militärpolitik in der Bundesrepublik oft genauer verfolgt und mehr diskutiert wird, als das Geschehen im eigenen Land

TATSÄCHLICH HAT DIE POLITIK Frankreichs, das mit seinen riesigen Besitzungen in Afrika, mit Guayana in Südamerika, mit Madagaskar und einigen kleineren Inseln immer noch die zweitgrößte Kolonialmacht der Erde ist, dem Westen in den letzten

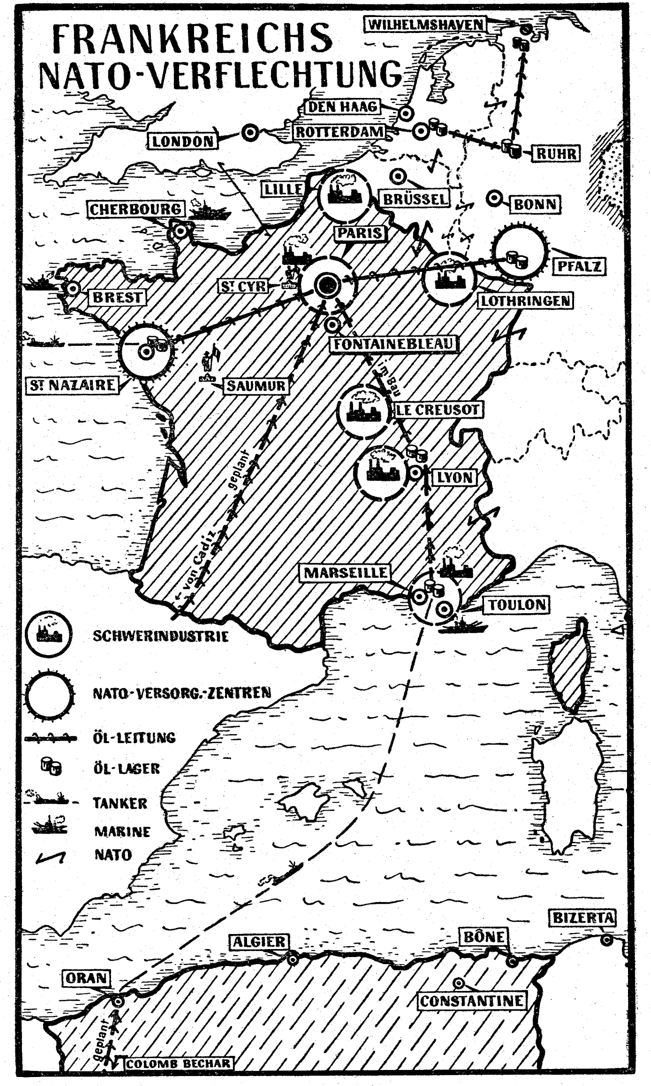
Jahren einige harte Nüsse zu knacken gegeben. Die im Jahr 1958 zu Grabe getragene Vierte Republik hatte in den vierzehn Jahren ihrer Existenz 25 verschiedene Regierungen, die sich jeweils auf wechselnde Mehrheiten im Parlament stützten und die Geschicke des Landes immer nur kurze Zeit lenkten. Ausgerechnet in den Jahren, in denen die westliche Verteidigungsgemeinschaft unter schwierigen Verhältnissen aufgebaut werden mußte, hatte das innenpolitisch so wenig gefestigte Frankreich schwere Krisen zu durchstehen:

- Das achtjährige blutige, die französischen Kräfte aufzehrende Ringen in den Urwäldern von Indochina endete mit dem Verlust dieses Gebietes.
- Tunis und Marokko erzwangen 1955 ihre Unabhängigkeit.
- Die Algerienkrise führte nach einem vierjährigen Kampf gegen die Aufständischen schließlich zur Revolte der Fallschirmjäger und anderer nationalistischer Kreise in Algier und damit zum Ende der Vierten Republik.

Allein in Algerien sind zeitweise bis zu 300 000 französische Soldaten, die Hälfte des gesamten französischen Truppenbestandes und fast das ganze ursprünglich der NATO unterstehende I. Korps, konzentriert gewesen.

Zwar stimmte das Oberste Alliierte Hauptquartier in Europa (SHAPE) dieser Truppenverschiebung im Jahre 1955 wohl oder übel zu, in den Partnerstaaten wurde Frankreich aber der Vorwurf gemacht, es vernachlässige seine europäischen Aufgaben zugunsten seiner afrikanischen Probleme. Es zeugt für die Stärke der Atlantischen Gemeinschaft, daß sie mit dieser Belastungsprobe ebenso fertig geworden ist, wie mit der Cypern-Krise, der Suez-Krise und der Libanon-Krise.

ES WÄRE ALLERDINGS FALSCH, die Bedeutung Frankreichs für die NATO in Vergangenheit und Gegenwart angesichts der nationalen Sorgen des Landes zu unterschätzen. Frankreich ist mit dem Paktsystem außerordentlich eng verbunden. Nicht einmal Großbritannien ist personell so stark engagiert wie die französische Generalität. Ein unverhältnismäßig großer Teil der höchsten Stellen im NATO-Hauptquartier wird von Offizieren eingenommen, die ihre Ausbildung in den traditionellen Militärakademien St. Cyr und Saumur genossen haben. Die militärgeographische Lage in der nord-südlichen Mitte Westeuropas hat dazu beigetragen, daß nicht nur das Generalsekretariat der NATO seinen Sitz im Palais Chaillot in Paris hat. Zahlreiche wichtige Kommandobehörden und -dienststellen sind außerdem in Frankreich stationiert, so zum Beispiel der Alliierte Oberbefehlshaber Europa (SACEUR) mit seinem Hauptquartier (SHAPE) bei Paris, der Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte



Frankreich in der NATO

Zentral-Europa (AFCENT) mit seinem Hauptquartier Zentral-Europa (COMLANDCENT), der Luftwaffenbefehlshaber Zentral-Europa (COMAIRCENT) und der Marinebefehlshaber Zentral-Europa (COMNAVCENT).

Als Nachschubbasis und Sammelstelle für die westeuropäische Verteidigung ist Frankreich von entscheidender Bedeutung. Die NATO-Kernfestung links des Rheins zieht sich weit über die Pfalz nach Lothringen hinein. Von Saint Nazaire an der Atlantikküste, wo die größten amerikanischen Übersee-Nachschublager konzentriert sind, läuft quer durch das Land eine Pipeline, die Lebensader für die Truppenkonzentration in Mitteleuropa. Eine zweite Erdölleitung vom Mittelmeer bis zu dieser Linie ist im Bau. Im Raum von Marseille steht schließlich der Train der NATO-Streitkräfte.

Trotz der Engagements in Algerien steht ein großes Kontingent französischer Truppen in Europa, und neun bis zehn Divisionen sind als „earmarked forces" nach kurzer Mobilmachungszeit zur Verfügung der NATO. Die Luftwaffe stellt der NATO fast 2000 moderne Maschinen, in zunehmendem Maße aus eigener Produktion. Dank der Lage des Landes hat die Luftwaffe die Möglichkeit, außer den eigenen Flugplätzen mehr als 45 NATO-Luftbasen in Mitteleuropa zu benutzen. Darüber hinaus stellt sie amerikanischen Einheiten in Nordafrika eine Anzahl von Plätzen zur Verfügung. Die Marine umfaßt zur Zeit etwa 70 000 Mann. Einen Teil der Verbände beanspruchen die ausgedehnten und vom Mutterland zum Teil weit entfernten Besitzungen, während andere große Verbände wesentliche Teile der NATO-Seestreitkräfte bilden. So unterstehen französische Einheiten vier verschiedenen NATO-Kommandos, und zwar im Mittelmeer, Zentraleuropa, im Ostatlantik und im Ärmelkanal. Diese Verbände haben die Aufgabe, die Seeverbindungen über den Atlantik, im Mittelmeer und zeitweise auch in den nördlichen europäischen Gewässern aufrecht zu erhalten und zu schützen. Die letzte Zusammenstellung über die Bestände der französischen Marine ergab eine eindrucksvolle Stärke: Allein fünf Flugzeugträger, zwei Panzerschiffe und neun Kreuzer befinden sich darunter, weiter 28 U-Boote, 29 Zerstörer und eine große Anzahl kleinerer Schiffe.

Frankreichs Verteidigungsspezialisten haben sich aber noch einer anderen wichtigen Aufgabe unterzogen: der Konstruktion und Herstellung billiger Waffen. Ehe Frankreich die erste amerikanische Rakete erhielt, hatte es den Vereinigten Staaten bereits einige Dutzend Muster des Typs SS 10 geschickt, einer Rückstoßwaffe mit einer Reichweite bis zu sechs Kilometern. Diese Waffe ist, wie eine Reihe anderer, ebenso vielversprechender französischer Konstruktionen in Colomb-Béchar am Rande der Sahara erprobt worden. Sie überrascht durch ihre

vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten; die dänische Marine zum Beispiel rüstete sechs ihrer Schnellboote auf diese schlagkräftige Bewaffnung um. Auch die leistungsfähige französische Luftfahrtindustrie bringt interessante und vielseitig verwendbare Neukonstruktionen heraus, die zum Teil auch in anderen, nicht-französischen Luftwaffen geflogen werden. Das Bundesverteidigungsministerium hat eine Zeitlang an den Ankauf französischer „Mirage III" gedacht, ehe es sich für die amerikanische „Starfighter" entschied.

MITTE DES JAHRES 1958 ist die Vierte Französische Republik durch die Fünfte Republik abgelöst worden. General de Gaulle, der im zweiten Weltkrieg die französischen Kräfte gegen Hitler sammelte und nach der Befreiung von Paris die erste Regierung bildete, bestimmt seitdem den Kurs der französischen Politik. Das französische Volk gab sich eine neue Verfassung, die dem Präsidenten der Republik bedeutende Vollmachten gibt. Diese Entwicklung war zuerst mit Besorgnis beobachtet worden; die ablehnende Haltung de Gaulles und seiner Partei gegenüber der gescheiterten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" zu Anfang der fünfziger Jahre war ebensowenig vergessen wie seine unnachgiebige Haltung gegenüber dem Gegner von gestern, dessen Wiederaufrüstung er im Verfolg der französischen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland strikt ablehnte. Gewisse Besorgnisse weckten auch de Gaulles Vorschlag, die bisherige Gleichberechtigung aller NATO-Partner durch ein Dreier-Direktorium der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs zu umgehen. Und schließlich war der inzwischen unternommene patriotische Alleingang mit dem Ziel, selbst Atombomben herzustellen, nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Indes hat de Gaulle in den ersten Monaten seiner Amtszeit in zahlreichen Fällen bestätigt, daß Frankreich auch unter seiner Führung die bestehenden Verpflichtungen erfüllen wird. Begegnungen zwischen Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und dem französischen Staatschef haben die Hoffnung bestärkt, daß das zaghaft keimende deutsch-französische Freundschaftsverhältnis weiterhin zum Nutzen beider Völker und des ganzen Westens gepflegt wird. Darüber hinaus hat die Gaulle im Mutterland wesentliche Schritte zur wirtschaftlichen Gesundung und in Algerien eine Befriedungspolitik eingeleitet, die die westlichen Positionen zu verstärken in der Lage ist. Jedenfalls hat er nicht, wie zum Teil befürchtet wurde, den ultranationalistischen französischen Kreisen in Algerien den Aufwind gegeben, den sie sich erhofften. So scheint es, als ob die Sorgen der NATO um Frankreich allmählich ein Ende nähmen.

gehört mit den Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und Großbritannien zu den „großen Vier", die das nationalsozialistische Deutschland besiegten und im Anschluß an den Krieg versuchten, die Welt mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens neu zu ordnen. Frankreich ist trotz der Verluste von Indochina, Tunis, Marokko, Syrien und des Libanon in den letzten Jahren immer noch die zweitgrößte Kolonialmacht der Erde. Das Mutterland ist mit seinen Besitzungen in Agier, Westafrika, Äquatorialafrika, Somaliland, Madagaskar, Guayana (in Südamerika) und den Inseln Martinique, Guadeloupe, Neukaledonien, Französisch-Ozeanien und Réunion in der Französischen Union verbunden, die zusammen 11,2 Millionen Quadratkilometer mit 86,2 Millionen Einwohnern umfaßt. Nach der Verfassung bildet „Frankreich mit den Völkern jenseits des Meeres eine Union, die auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten ohne Unterscheidung der Rasse und der Religion beruht". Das Gebiet von Algier mit seinen drei Regionen Algier, Oran und Constantine und den algerischen Südterritorien ist seit 1881 unmittelbar Mitglied der Französischen Republik; es entsendet 70 Abgeordnete in die Nationalversammlung.

Das Mutterland umfaßt in 90 Departements einschließlich Korsikas 551 000 Quadratkilometer mit 42,5 Millionen Einwohnern. Die Hauptstadt ist Paris, eines der ältesten Kulturzentren Europas. Das Land ist mit Ausnahme im Nordosten von natürlichen Grenzen umschlossen: dem Kanal, der Atlantikküste, den Pyrenäen, der Mittelmeerküste und den Alpen. Die Bevölkerung ist trotz des starken Einflusses fränkischen, normannischen und römischen Blutes durch die natürliche Begrenzung schon früh zu einem einheitlichen Volk verwachsen, dessen leichte Auffassungsgabe, Freude an logischer Klarheit und vollendeter Form ihm einen starken Einfluß auf die Nachbarvölker sicherten. Trotz der zunehmenden Industrialisierung ist Frankreich, das führende Weinland der Welt, noch immer ein Agrarstaat mit vorwiegend klein- und mittelbäuerlichen Betrieben; 45 Prozent der Gesamtfläche sind Ackerland, 19 Prozent Wald. Die Industrie ist vorwiegend an die Bodenschätze oder die günstige Verkehrslage gebunden. Das mit 630 000 Kilometern dichteste Straßennetz Europas und die über 41 000 Kilometer langen Eisenbahnstrecken konzentrieren sich auf Paris, den überragenden Mittelpunkt des Landes.

Die Geschichte Frankreichs ist seit dem Gallischen Krieg Caesars unlösbar mit der Geschichte Deutschlands verbunden. Zunächst vereinigt, wurde das Frankenreich 843 in Verdun und 870 in Mersen geteilt. Aus dem westlichen Gebiet entstand Frankreich, aus dem ostfränkischen Deutschland. In den folgenden Jahrhunderten setzten sich die französischen Könige aus dem Geschlecht der Capetinger und deren Seitenlinien mit den Engländern auseinander, die lange Zeit hindurch das französische Festland beherrschten. Erst im Jahre 1453 unterlag das letzte Heer der Engländer, die auf dem Festland nur Calais (bis 1558) behielten.

Nun folgte eine Zeit der inneren Festigung, die die französische Macht bis an die natürlichen Grenzen brachte. Aus dieser Zeit stammen auch die ersten Expansionsbestrebungen nach Osten, die zur „Erbfeindschaft" gegen die habsburgischen Kaiser und gegen Deutschland führten. Die französische Revolution und in deren Gefolge Napoleon führten die französischen Truppen bis vor Moskau und – in die Niederlage. Die daran anschließende kluge Politik des französischen Außenministers Talleyrand und der britische Grundsatz vom europäischen Gleichgewicht bewahrten Frankreich damals vor größeren Gebietsverlusten. In den nun folgenden Jahrzehnten innerpolitischer Unruhen stellten zuerst die Bourbonen das Königtum wieder her, dann wurde die Zweite Republik aus-

gerufen, später das zweite Kaiserreich unter Napoleon III. Unter seiner Regierung begann der erste von drei deutsch-französischen Kriegen und damit der unheilvolle Kreislauf von Krieg, Revanchegedanken, Sicherheitsbedürfnis und wieder Krieg. 1871 wurde Frankreich von Deutschland besiegt (im Spiegelsaal von Versailles wurde das Deutsche Reich proklamiert), und es verlor Elsaß-Lothringen; von 1914 bis 1918 bluteten beide Völker auf den Schlachtfeldern Westfrankreichs aus – Elsaß-Lothringen wechselte erneut den Besitzer –, und kaum 21 Jahre später griffen deutsche Truppen wieder französische an, nachdem die deutsch-französischen Verständigungsbemühungen zuerst an der französischen Unnachgiebigkeit gegenüber den demokratischen deutschen Regierungen der Weimarer Republik und dann an dem inzwischen aufgekommenen deutschen Nationalsozialismus gescheitert waren. Deutschland hielt Frankreich besetzt, während der General de Gaulle vom Exil aus eine Widerstandsbewegung ins Leben rief und schließlich an deren Spitze im Gefolge der amerikanischen Armee in Paris einzog.

Die in den vierzehn Jahren ihres Bestehens von innerpolitischen Fiebern geschüttelte Vierte Französische Republik erhielt als eine der vier Siegermächte eine der Besatzungszonen in Deutschland zugesprochen; Elsaß-Lothringen wurde wieder französisch, zunächst auch das Saargebiet. Nur langsam änderten die Franzosen in den folgenden Jahren ihre Deutschlandpolitik, bis schließlich als erster der französische Außenminister Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) vorschlug, die 1952 auch zustandekam. Die französischen Widerstände gegen die Gleichberechtigung und Wiederbewaffnung Deutschlands konnten nur schrittweise überwunden werden. Die Vierte Republik scheiterte während der Amtszeit der 25. Regierung an der Algerienkrise. General de Gaulle stellte sich erneut wie schon 1944 an die Spitze des Staates.

Frankreich ist nicht nur Mitglied der NATO, sondern seiner südostasiatischen Interessen wegen wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten auch Mitglied der SEATO, des Südost-Asien-Paktes. Im Rahmen der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft hat die französische Republik, die bei einer aktiven Dienstzeit von 18 Monaten rund 950 000 Mann unter Waffen hält, zusammen mit Truppen anderer Länder hauptsächlich Verteidigungsaufgaben in Mitteleuropa. Dazu kommt die Sicherung der Nachschublinien über den Atlantik und im Mittelmeer durch Einheiten der Marine.

PORTUGAL

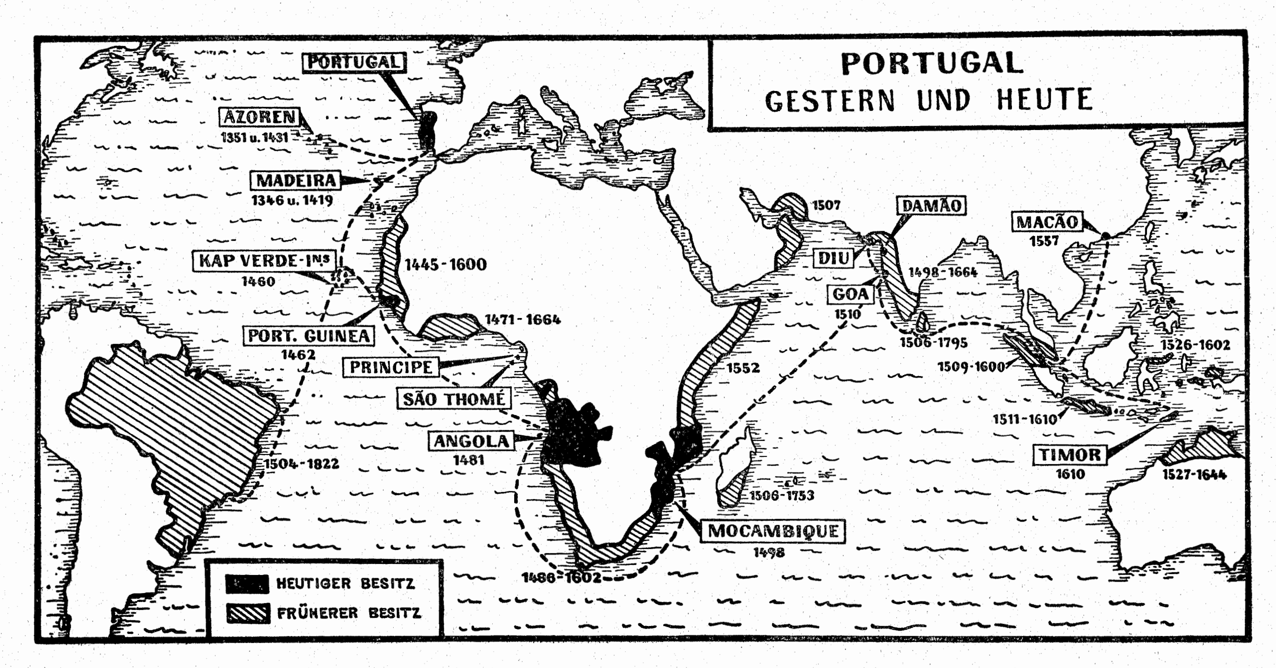
Der Brückenkopf Europas

DIE GEOGRAPHISCHE LAGE SPIELT bei militärischen und politischen Überlegungen seit jeher eine große Rolle. Wenn es um den Abschluß von Bündnissen oder die Errichtung von Stützpunkten geht, ist sie oft wichtiger als die militärische Stärke oder die Wirtschaftskraft eines Volkes. Portugal, im südwestlichen Zipfel Europas und der Iberischen Halbinsel gelegen, ist ein Beweis dafür. Das knapp acht Millionen Einwohner zählende Land hat weder eine besonders große Armee, noch paßt seine Staatsform in den Rahmen der großen Demokratien der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Trotzdem ist Portugal als europäischer Brückenkopf am Atlantik für diese Gemeinschaft sehr wichtig, und auf den Azoren, einer portugiesischen Inselgruppe auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten, sind starke amerikanische Stützpunkte zur Sicherung der Seewege errichtet worden. Entsprechend der Lage des Landes und der Aufgabe seiner Streitkräfte im Rahmen der NATO untersteht Portugal nicht dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa (SACEUR), sondern dem Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik (SACLANT) in Norfolk in den Vereinigten Staaten. Die Flotte nimmt in der nationalen Verteidigung auch nach der Modernisierung von Heer und Luftwaffe in den letzten Jahren den ersten Platz ein.

Die Azoren sind nicht der einzige Außenbesitz Portugals. Die Portugiesen, eines der ältesten Seefahrervölker des Kontinents, haben in ihrer Geschichte schon viel fremdes Land erobert, besessen und wieder verloren; aber immer noch ist der portugiesische Kolonialbesitz mehr als zwanzig Mal so groß wie das Mutterland. Von Lissabon aus wird ein Gebiet verwaltet, das sich mit rund zwei Millionen Quadratkilometern in West-, Südwest- und Südostafrika befindet. Kleinere Besitzungen an der indischen Westküste (Goa, Diu und Daman) und auf der Insel Timor in der Südsee waren in den letzten Jahren heftig umstritten und Gegenstand zahlreicher indischer Vorwürfe gegenüber Portugal. Seit 1951 sind alle diese Gebiete einschließlich der Inseln und Inselgruppen im Atlantik und entlang der Westküste Afrikas keine Kolonien mehr, sondern „überseeische Provinzen"; den Einwohnern werden seit langem nicht nur theoretisch die gleichen Rechte eingeräumt wie den Portugiesen.

Portugal ist nach der gegenwärtigen, aus dem Jahre 1933 stammenden Verfassung ein Einheitsstaat auf ständischer


PORTUGAL
GESTERN UND HEUTE
PORTUGAL
AZOREN
1351 u. 1431
MADEIRA
1346 u. 1419
KAP VERDE-INS
1460
PORT. GUINEA
1462
PRINCIPE
SÃO THOMÉ
ANGOLA
1481
1445-1600
1471-1664
1504-1822
1486-1602
1552
MOCAMBIQUE
1498
1506-1753
1507
DIU
GOA
1510
DAMÃO
1498-1664
1506-1795
1509-1600
1511-1610
MACÃO
1557
1526-1602
TIMOR
1610
1527-1644
HEUTIGER BESITZ
FRÜHERER BESITZ

Grundlage. Seit mehr als dreißig Jahren steht als „sanfter Diktator" an der Spitze des Staates der ehemalige Professor der Volkswirtschaft an der Universität Coimbra, Doktor Oliveira Salazar. Nicht eine Massenbewegung gab ihm die Macht in die Hand; zwei Jahre nach seinem Militärputsch machte Marschall Carmona den Gelehrten vielmehr zunächst zum Finanzminister und dann zum Ministerpräsidenten. Der bis dahin völlig unpolitische Nationalökonom begann damit, die Volkswirtschaft des total verarmten Landes zu reorganisieren. 1932, als er die gesamte politische Verantwortung übernahm, arbeitete er eine neue Verfassung aus, die 1933 durch eine Volksabstimmung gutgeheißen wurde. Die 50 000 Mann starke Miliz der von Salazar geschaffenen Einheitspartei „Nationale Union" unterstützte den „Estado Novo", den „Neuen Staat" bedingungslos.

Die wirtschaftliche Situation hat sich in den Jahren der Salazar-Regierung gebessert; der Escudo – die portugiesische Münzeinheit – gehört heute zu den harten Währungen der Welt, vergleichbar mit dem Dollar, dem Schweizer Franken und der Deutschen Mark. Dieser Gesundungsprozeß darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die persönlichen Rechte der Bürger in Portugal nach wie vor eingeschränkt sind.

Portugal hat einschließlich der Sondereinheiten etwa 70 000 Mann unter Waffen. Hauptaufgabe des Landes im Rahmen der NATO wird es sein, die atlantischen Versorgungsverbindungen zusammen mit anderen Partnern aufrecht zu erhalten und zu schützen. Die Ausrüstung der Armee ist zum größten Teil amerikanischen Ursprungs.

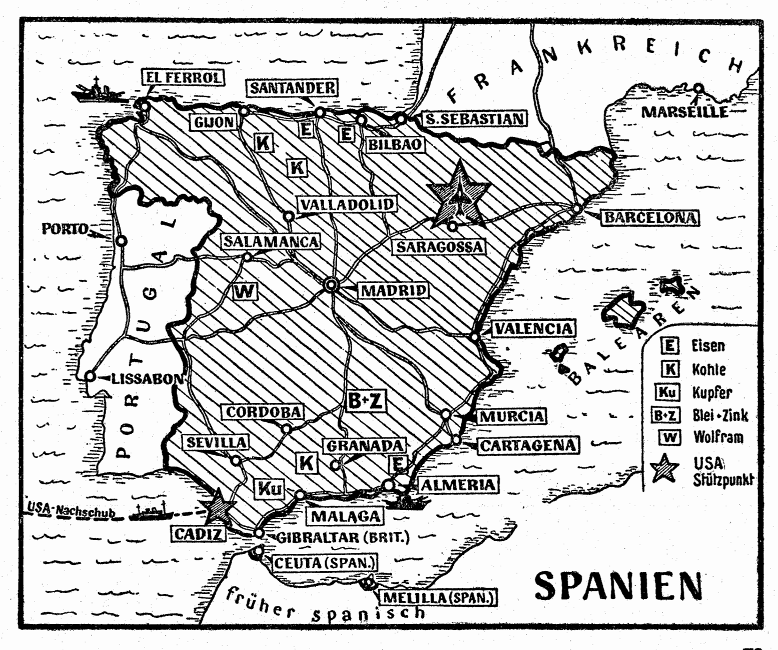
* * *

DER ZWEITE, GRÖSSERE STAAT auf der Iberischen Halbinsel ist nicht Mitglied der NATO. Auch Spanien ist ein Einparteienstaat wie Portugal, doch ist die Staatsform weitaus totalitärer, seit General Franco nach einem mörderischen Bürgerkrieg zwischen 1936 und 1939 mit Unterstützung des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien die demokratischen Republikaner und die Kommunisten besiegte. Heute ist der „Caudillo" Führer des Reiches, Staatschef, Oberbefehlshaber, Ministerpräsident und Haupt der Falange, der Staatspartei, in einer Person. Daran ändert auch nichts, daß Franco das Land am 1. April 1947 wieder zum Königreich erklärte: Der Thron soll erst dann wieder besetzt werden, wenn Franco stirbt oder unfähig ist, die Regierung weiterzuleiten.

Im zweiten Weltkrieg verstand Franco es, bei aller Verwandtschaft der Weltanschauungen in Deutschland, Italien und Spanien sein Land aus dem Krieg herauszuhalten. Trotzdem hatte

er nach dem Ende des Krieges bei den Siegermächten lange Jahre keinerlei politischen Kredit. Nur langsam gelang es ihm, mit den demokratischen Staaten des Westens in ein Gespräch zu kommen, und heute unterhalten die Vereinigten Staaten auf spanischem Boden drei Luftstützpunkte, die von den Verbänden der 16. Strategic Air Force belegt sind – in Sevilla, Torrejon bei Madrid und in Cartagena. Dort befindet sich außerdem ein neuer Marinestützpunkt der sechsten US-Flotte im Mittelmeer.

Zur Versorgung dieser Stützpunkte, die eine große Bedeutung für den östlichen Atlantik und den ganzen Mittelmeerraum haben, wurde eine fast 800 Kilometer lange Pipeline quer durch Spanien von dem amerikanischen Marinestützpunkt Rota nordwestlich Cadiz bis nach Saragossa gebaut. Ein großes zentrales Versorgungslager für die amerikanischen Einheiten befindet sich in Pan Pablo. Alle diese Stützpunkte sind auf Grund eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien errichtet worden. Mit Portugal ist Spanien im „Iberischen Pakt" verbunden.



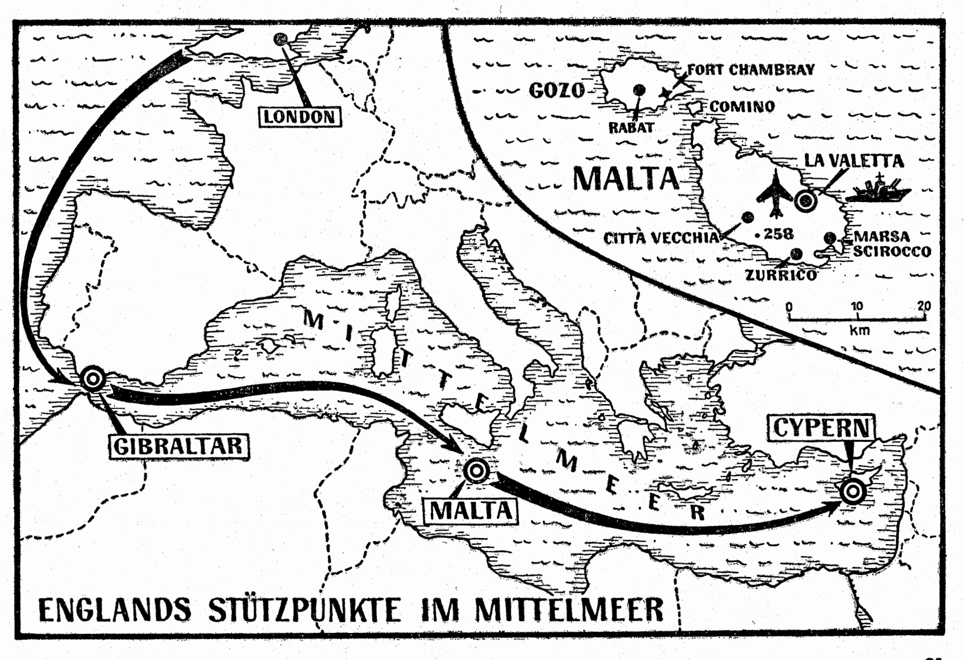
DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK · REPUBLICA PORTUGUESA

umfaßt einen rund 88 000 Quadratkilometer großen Küstenstreifen im Westen der Iberischen Halbinsel mit rund acht Millionen Einwohnern. Die Hauptstadt ist Lissabon. Die im Jahr 1951 in „überseeische Provinzen" umbenannten früheren Kolonien befinden sich in der Hauptsache in Afrika, und zwar Portugiesisch-Guinea an der Westküste, Angola im Südwesten und Mozambique im Südosten. Weitere, kleinere Besitzungen unterhält Portugal auf der Insel Timor in der Südsee und an der Westküste Indiens. Diese Besitzungen zählen zusammen mit einzelnen Inselgruppen im Atlantik – den Azoren, Madeira und den Kapverdischen Inseln – insgesamt rund 12 Millionen Einwohner auf rund zwei Millionen Quadratkilometern.

Die Landwirtschaft ist der bedeutendste Erwerbszweig Portugals. Angebaut werden vor allem Wein, Weizen, Oliven und Südfrüchte. Die nicht unbedeutenden Bodenschätze an Kohle, Kupfer, Wolfram und Eisenerzen werden erst seit dem zweiten Weltkrieg in stärkerem Maße ausgebeutet, weil bis dahin die nötige elektrische Energie noch nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stand. Die beiden größten Städte Lissabon und Porto sind zugleich die wichtigsten Häfen.

Die nationale Geschichte Portugals beginnt im Jahr 1267, als die im allgemeinen bis heute gültige Grenze mit Spanien festgelegt wurde. Seinen Aufstieg zu einer See- und Kolonialmacht in den folgenden Jahrhunderten verdankte das Königreich dem Infanten von Portugal, Prinz Heinrich dem Seefahrer, der deutsche und italienische Gelehrte heranzog und seit 1418 zahlreiche Entdeckungsfahrten längs der Westküste Afrikas bis nach Guinea durchführen ließ. 1486 umfuhr ein portugiesisches Schiff die Südspitze Afrikas und schon um 1500 eroberte Portugal Brasilien. Vasco da Gama fand den Seeweg nach Indien, 1507 wurde Mozambique an der Ostküste Afrikas und 1575 Loanga in der späteren Kolonie Angola an der Westküste gegründet. In diesem Jahrhundert floß gewaltiger Reichtum nach Portugal, doch es zeigte sich, daß das kleine Land eine zu schmale Basis für das Kolonialreich war. So wurde Portugal in die spanisch-englisch-holländische Auseinandersetzung hineingezogen und kam 1580 unter spanische Fremdherrschaft, von der es sich erst 1668 wieder befreien konnte. In der dann folgenden Zeit kam Portugal in dauernde wirtschaftliche Abhängigkeit von England, wurde 1814 bis 1820 besetzt und verlor Brasilien. Die damals errichtete konstitutionelle Monarchie aus dem Hause Braganca-Coburg endete 1910, als König Manuel II. durch eine Revolution gestürzt wurde und abdankte. Seitdem wurde das Land von zahlreichen Revolutionen erschüttert; die innere Lage kam erst unter der Präsidentschaft von General Carmona zur Ruhe, der den Wirtschaftsprofessor Salazar zunächst ins Finanzministerium berief und dann zum Ministerpräsidenten machte. Seit 1927 ist Portugal ein autoritär-kooperativer Einparteienstaat auf ständischer Grundlage.

Während Portugal sich im ersten Weltkrieg mit einem kleineren Expeditionskorps am Krieg gegen Deutschland beteiligte, blieb das Land im zweiten Weltkrieg bis 1945 neutral. Die Amerikaner besetzten die Azoren, die auch jetzt wieder wie die Kapverdischen Inseln zu Stützpunkten ausgebaut sind.


LONDON
GOZO
FORT CHAMBRAY
COMINO
RABAT
MALTA
LA VALETTA
CITTÀ VECCHIA
258
MARSA SCIROCCO
ZURRICO
0
10
20
km
MITTELMEER
GIBRALTAR
MALTA
CYPERN
ENGLANDS STÜTZPUNKTE IM MITTELMEER

ITALIEN

Schicksal am Mittelmeer

DIE KÜSTEN ITALIENS SIND insgesamt rund 8500 Kilometer lang. Die langgestreckte Halbinsel ist mit Ausnahme des Nordens von allen Seiten offen und ungeschützt, und so lange in Italien militärische Anstrengungen unternommen wurden, galten sie immer zunnächst der Sicherung dieser offenen Flanken. Wieder ist es, wie bei so vielen anderen Völkern, die geographische Lage, die die strategischen Überlegungen in eine bestimmte Richtung führte: Durch die Jahrhunderte hindurch lockte das Mittelmeer Eroberer an, es verlockte aber auch dazu, selbst auf Eroberungen auszugehen.

Der letzte Versuch dieser Art hat Italien tief ins Elend gestürzt. Unter einem schwachen König gelang es Benito Mussolini, einem ursprünglich radikalen Sozialisten, mit seiner faschistischen Bewegung an die Macht zu kommen. Er nutzte – genau wie Hitler in Deutschland – die wirtschaftliche Not und politische Unzufriedenheit nach dem ersten Weltkrieg aus und versprach dem Volk eine bessere Zeit. Wie ähnlich war die Entwicklung in beiden Ländern! Der diktatorische, totalitäre und nationalistische Faschismus Mussolinis gab einer ganzen Reihe von Regierungsformen seinen Namen; Hitlers Nationalsozialismus folgte mit unwesentlichen weltanschaulichen Veränderungen, und Franco in Spanien wie Salazar in Portugal versuchten dasselbe wie die beiden in einer milderen Form.

Eine solche Regierungsweise mußte zu Abenteuern führen, und so griff der „Duce", der „Führer", 1935 über das Mittelmeer hinaus nach Abessinien. Von den Westmächten daraufhin mit Wirtschaftssanktionen bestraft, fand er Unterstützung bei Hitler. Die „Achse Berlin–Rom" entstand; sie brachte im folgenden Jahrzehnt deutsche Soldaten nach Tobruk und Monte Cassino und italienische Soldaten nach Stalingrad. Entsprechend der Einstellung des Volkes mag der italienische Faschismus relativ „harmloser" gewesen sein als der deutsche Nationalsozialismus, und so gingen auch die Eroberungspläne des „Duce" nicht so weit: Er hätte sich mit dem Mittelmeer, mit Albanien, Tunis, Algerien, Korsika und der französischen Riviera zufrieden gegeben – und das Bündnis mit Hitler sicherte ihm sowieso den Besitz der „Irredenta", des deutschsprachigen Südtirols.

DOCH DER TRAUM VOM „mare nostro", vom italienisch beherrschten Mittelmeer, war 1945 zu Ende geträumt, und der Diktator mit den altrömischen Ambitionen und Gesten endete

schmählich unter den Kugeln von Partisanen, die ihn an der Flucht aus der Verantwortung, in die neutrale Schweiz hinderten. Die Kolonien und einige Gebiete an der französischen und jugoslawischen Grenze gingen im später geschlossenen Frieden von Paris verloren, Südtirol blieb als Zankapfel bis in die heutige Zeit italienischer Besitz. Was von Italien nach einem erbitterten Feldzug durch das ganze Land übriggeblieben war, mußte in den folgenden Jahren des Hungers, des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs um die nackte Existenz kämpfen. Wieder kam im Gefolge der Not der Radikalismus an die Oberfläche, und nach den Faschisten konnten wie in Frankreich zunächst die Kommunisten großen Einfluß gewinnen. Inzwischen ist dieser Einfluß zurückgegangen, die Wirtschaft des Landes hat sich zunächst dank großzügiger amerikanischer Hilfen, dann durch eigene Anstrengung gefestigt; aber immer noch verfügte die Kommunistische Partei in Italien über ein großes Wählerreservoir.

Langsam gesundete Italien auch politisch. In einer Volksabstimmung wurde die Monarchie, deren vorletzter Vertreter König Viktor Emmanuel III. mit dem Faschismus paktiert hatte, von dem republikanischen Norden des Landes abgelehnt. Das Volk gab sich wieder eine demokratische Verfassung, und der inzwischen verstorbene Alcide de Gasperi wurde Ministerpräsident. Er hat die Italiener schon bald von der Notwendigkeit des Beitritts zur NATO überzeugen können – die Zeiten italienischer Großmachtspläne waren endgültig vorbei, und eine Sicherung des Landes war nur noch in einer Gemeinschaft möglich, wie sie die NATO darstellt.

DIESER EINSICHT HAT SICH auch die strategische Konzeption Italiens angepaßt. Während die Sicherung des Mittelmeeres heute gemeinsame Sache von Amerikanern, Franzosen, Engländern, Griechen, Türken und Italienern ist, hat Italien die Alpen entlang der jugoslawischen und der österreichischen Grenze durch starke Festungen geschützt. In Oberitalien ist der größte Teil der Heeresverbände und fast die ganze italienische Luftwaffe konzentriert, denn Aufgabe des Landes im Rahmen der NATO wird es sein, einen Einbruch feindlicher Kräfte nach Norditalien zu verhindern. Österreich ist nach dem Staatsvertrag von 1955 zur Neutralität verpflichtet, die Schweiz und Jugoslawien gehören aus freiem Willen keinem der beiden Machtblöcke an. Damit hat Italien, strategisch gesehen, eine große Verantwortung auf sich nehmen müssen.

Entsprechend dieser Verantwortung waren die Anstrengungen der letzten Jahre sehr groß. 1948 noch, ein Jahr vor der Gründung der NATO, besaß Italien wohl Soldaten, nicht aber eine verteidigungsbereite Truppe. Auf 126 Garnisonen im Land verteilt vertrieben sich rund 120 000 kaum bewaffnete und schlecht bezahlte Soldaten mehr die Zeit, als daß sie sich mit

Ausbildung beschäftigten; die Luftwaffe bestand aus genau 59 Flugzeugen, mit Ausnahme von sechs amerikanischen Maschinen alles Kriegstypen von hohem Alter, und die Reste der Flotte rosteten vor Anker. Die Budget-Anträge für Militärausgaben gingen im Lärm eines Parlamentes unter, in dem die damals noch vereinten Sozialisten Pietro Nennis und die Kommunisten Togliattis über 183 von 574 Sitzen verfügten.

Es hieß also, wie in Deutschland, neu anfangen. Alcide de Gasperi unternahm es, die Armee zu „remoralisieren". Er schuf zunächst erträgliche soziale Bedingungen und erreichte damit, daß junge Kräfte länger dienten. Die Waffen für die neuen Truppen lieferten zunächst die Vereinigten Staaten. Inzwischen hat sich aber die italienische Industrie auf ihre Rüstungstradition besonnen. Die Firmen Fiat und Piaggio produzieren heute nicht nur für Italien, sondern auch für andere verbündete Staaten Jagd-, Schul- und Kampfflugzeuge; das rollende Material der heute bereits vollmotorisierten Armee wird im Lande erzeugt, und auf Sardinien werden sogar eigene Raketen erprobt.

HEUTE HÄLT ITALIEN FAST 400 000 Mann bei einer aktiven Dienstzeit von mindestens 18 Monaten unter Waffen. Das italienische Heer umfaßt davon etwa 300 000 Mann mit einem hohen Prozentsatz an Gebirgsjägern, den Alpinis. Luftwaffe und Marine sind je rund 50 000 Mann stark. Die NATO-Einheiten der Luftwaffe – etwa 15 Jagd- und Jagdbomberstaffeln mit mehr als 500 Maschinen – liegen fast ausnahmslos in Oberitalien. Sie sind als 5. Alliierte Taktische Luftflotte (ATAF) dem Luftwaffen-Befehlshaber Süd (COMAIRSOUTH) in Neapel unterstellt und zur Unterstützung der Landstreitkräfte in Südeuropa (mit Masse in Oberitalien) vorgesehen. Diese italienischen Staffeln arbeiten eng mit den griechischen und türkischen Fliegerverbänden der 6. Alliierten Taktischen Luftflotte zusammen.

Die Marine hat ihre Schiffsverluste im zweiten Weltkrieg bisher nur zum Teil ersetzen können. Sie verfügt über zwei Schlachtschiffe (zwei Panzerschiffe Baujahr 1913) drei Kreuzer, fünf U-Boote, zwanzig Zerstörer, je dreißig Geleiter und Minensuchboote, sowie eine Anzahl kleinerer Boote. Ein moderner Raketenkreuzer ist im Bau. Sie hat damit ihre frühere Bedeutung im Mittelmeer nicht wieder erreichen können.

Auch amerikanische Streitkräfte sind in Italien stationiert, in der Hauptsache Truppen, die nach dem Abzug aus Österreich im Herbst 1955 nach Oberitalien verlegt wurden. Darüber hinaus hat die 6. amerikanische Flotte, die zur gemeinsamen Sicherung im Mittelmeer kreuzt, Gastrecht in italienischen Häfen, die – wie Livorno und Neapel – zu umfangreichen Versorgungsstützpunkten ausgebaut wurden. Wie in Frankreich


ITALIENS NEUES KONZEPT
PARIS
DEUTSCHL.
ÖSTERREICH
SCHWEIZ
FRANKREICH
MAILAND
ITALIEN
JUGOSLAWIEN
BELGRAD
BULG.
ISTANBUL
ANKARA
TÜRKEI
TIRANA
ROM
GRIECHENLAND
ATHEN
SYRIEN
BEIRUT
LIBANON
ISRAEL
TEL AVIV
MADRID
SPANIEN
1650 km
600 km
1000 km
2500 km
ALGIER
TUNIS
GIBRALTAR
ALGERIEN
TUNIS
LIBYEN
TRIPOLIS
KAIRO
ÄGYPTEN
MAROKKO

und England befinden sich eine ganze Reihe wichtiger NATO-Kommandobehörden in Italien, so

- die Alliierten Streitkräfte Süd-Europa (AFSE) in Neapel,
- der Heeresbefehlshaber Süd (COMLANDSOUTH) in Verona,
- der Luftwaffenbefehlshaber Süd (COMAIRSOUTH) in Neapel,
- die See- und Unterstützungstreitkräfte Süd-Europa in Neapel, und
- die Süd-Europa-Verfügungsstreitkräfte – Southern Europe Task Force (SETAF).

DAMIT IST DER STIEFEL Europas fest in das Atlantische Verteidigungssystem eingebaut. In der italienischen Verfassung von 1948 ist festgelegt, daß Italien auf nationale Rechte verzichten wird, wenn andere Nationen das auch tun. In der NATO wie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und anderen europäischen Vereinigungen hat es bisher bewiesen, daß diese Verfassungsbestimmung ernst gemeint war.

DIE ITALIENISCHE REPUBLIK · REPUBBLICA ITALIANA

besteht aus der Apenninen-Halbinsel mit der bekannten Stiefelform, den beiden Inseln Sardinien und Sizilien und einigen kleineren Inseln mit einer Gesamtgröße von 301 000 Quadratkilometern. Das Land ist mit Ausnahme weniger größerer Flachlandgebiete – besonders der Po-Ebene – gebirgig, im nördlichen Teil von warm gemäßigtem Klima, im übrigen mittelmeerisch mit trockenen, heißen Sommern, milden Wintern und Frühjahrs- und Herbstregen. Dementsprechend befindet sich nur in Oberitalien ein gut entwickeltes Flußnetz, während in Mittel- und Süditalien die Flüsse nur zur Regenzeit Wasser führen.

Die Bevölkerung zählt 47,5 Millionen, von denen fast 99 Prozent römisch-katholisch sind. Sie ballt sich besonders in den fruchtbaren Ebenen und im Küstenland zusammen. Mit drei Millionen-Städten – Rom, Mailand, Neapel – und 22 Großstädten herrscht eine starke Verstädterung.

Die Grundlage der Wirtschaft ist trotzdem die Landwirtschaft mit dem Anbau von Weizen, Mais, Reis, Wein, Oliven und Südfrüchten. Die Industrie ist besonders in Oberitalien gut entwickelt; sie produziert vor allem Textilien, Nahrungs- und Genußmittel, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Metallwaren und Chemikalien. An Bodenschätzen finden sich Schwefel, Marmor, Eisen- und Kupfererze, aber nur wenig Kohle und Erdöl, jedoch große Mengen Erdgas. Das Verkehrsnetz umfaßt Straßen von rund 171 000 Kilometer Länge, davon rund 22 000 Kilometer Straßen I. Ordnung, und 23 000 Kilometer Bahnlinien, die besonders in Oberitalien gut ausgebaut sind.

Die Geschichte der italienischen Halbinsel ist in den 2000 Jahren seit der Hochblüte des Römischen Reiches in fast allen Phasen mit der Geschichte Deutschlands und Westeuropas verbunden. Das späte Römische Reich fiel unter dem Ansturm der Germanen zusammen. Germanen, Goten, Franken und anschließend die deutschen Kaiser beherrschten in fast ununterbrochener Folge den nördlichen Landesteil und zeitweise auch Süditalien, das seit dem Jahr 1000 von normannischen Wikingern als

neapolitanisch-sizilianisches Königreich gegen die Sarazenen und Byzantiner selbständig war. Ober- und Mittelitalien wurden mit diesem Königreich wieder zusammen unter deutschen Einfluß gebracht, als Kaiser Barbarossa seinen Sohn Heinrich VI. mit der Normannenerbin Konstanze verheiratete. In dieser Zeit erreichte das deutsche Kaisertum, das nun auch über eine bedeutende Flotte verfügte, den Gipfel seiner internationalen Machtstellung. Später haben noch einige deutsche Kaiser ohne dauernden Erfolg versucht, die kaiserliche Herrschaft über Italien zu erneuern.

Das Land zersplitterte im 13. und 14. Jahrhundert in eine Vielzahl einander bekämpfender Stadtstaaten und Herrschaften, während gleichzeitig die italienische Kunst, Literatur und Musik Weltgeltung erreichten. Nach den Entdeckungen von Amerika und der übrigen bis dahin noch unbekannten Welt verlor der Mittelmeerhandel an Bedeutung; Italien verarmte, und die österreichischen Habsburger gewannen die Vorherrschaft. Erst die französische Revolution schaffte in Italien eine nationale Einheit, die 1861 durch den Zusammenschluß von Toscana, Parma, Modena, der Romagna und Sardinien zu einem Königreich zunächst mit der Hauptstadt Turin, dann mit der Hauptstadt Florenz erreicht wurde. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 schließlich ermöglichte es, daß Rom, bis dahin von französischen Truppen zum Schutz des Papstes besetzt, die Hauptstadt wurde.

In der nationalen Geschichte seit dieser Zeit verbündete sich Italien zuerst mit Deutschland und Österreich zum ersten Dreibundvertrag. Dieser Vertrag bestand auch noch zu Beginn des ersten Weltkrieges, bei dessen Ausbruch Italien zunächst neutral blieb. Dann brach es mit dem Dreibund und kämpfte auf der Seite der Entente. 1917 wurde Italien nur durch seine Verbündeten vor seiner Vernichtung bewahrt. Bei Kriegsende erhielt es von Österreich ein Gebiet von 26 000 Quadratkilometern mit 1,7 Millionen Einwohnern, darunter Südtirol und Triest.

Benito Mussolini gründete nach dem ersten Weltkrieg die erste faschistische Bewegung der Welt und riß am 30. Oktober 1922 durch den Marsch auf Rom die Macht an sich, die König Viktor Emanuel III. ihm willig überließ. In der Folgezeit errichtete Mussolini durch außerparlamentarische Methoden ein autoritäres, oppositionsloses System, ähnlich wie später Adolf Hitler in Deutschland. Die deutsch-italienische Annäherung, die später zur „Achse Berlin–Rom" führte, begann während des italienischen Abessinien-Feldzugs 1935/36. Im zweiten Weltkrieg verhielt sich Italien zunächst wohlwollend neutral, trat dann gegen Ende des Frankreich-Feldzugs in den Krieg ein, um von Frankreich Nizza, Korsika und Tunis zu erlangen. Diese Gebiete verlor Italien jedoch schon im Lauf der nächsten Jahre während eines blutigen Feldzuges in Nordafrika, an dem auch zahlreiche deutsche Soldaten unter Generalfeldmarschall Rommel teilnahmen. 1943 landeten die Alliierten in Sizilien und Unteritalien. Die Herrschaft des „Duce" brach zusammen. Er wurde auf Befehl des Königs verhaftet, der seine Monarchie retten wollte; deutsche Truppen befreiten ihn jedoch wieder und stellten ihn als Vasall Hitlers an die Spitze der „Republik von Salò" in Norditalien. Nach der Kapitulation der deutschen Truppen in Italien wurden Mussolini und seine Regierung am 28. April 1945 auf der Flucht in die Schweiz von Partisanen entdeckt und erschossen. Die Leiche Mussolinis wurde in Mailand auf einem großen Platz aufgehängt.

Nach dem Krieg war Italien, total verarmt, zunächst radikalen innerpolitischen Strömungen ausgeliefert. Die Monarchie wurde durch die Volksabstimmung am 2. Juli 1946 mit 12,6 Millionen gegen 10,6 Millionen Stimmen bei 1,5 Millionen Stimmenthaltungen abgeschafft. Durch den Pariser Frieden vom 10. Februar 1947 verlor Italien sein Kolonialreich.

Die bisher wichtigsten Wahlen der Nachkriegszeit im April 1948 entschieden zuungunsten der Kommunisten, nachdem die Vereinigten Staaten durch wirtschaftliche Hilfe die Not eingedämmt und der Vatikan und die Geistlichkeit aktiv am Wahlfeldzug teilgenommen hatten. Seit dieser Zeit hat sich die innerpolitische Lage in Italien mehr und mehr beruhigt.

Unter der Ministerpräsidentenschaft von Alcide de Gasperi trat die italienische Republik 1949 der NATO bei und reorganisierte ihre Wehrmacht. Entsprechend der veränderten politischen und militärischen Situation im Mittelmeerraum richten sich die militärischen Anstrengungen seitdem mit Vorrang auf den Norden des Landes, die Alpengrenze gegen Jugoslawien und Österreich, während im Mittelmeergebiet die Vereinigten Staaten und England die Herrschaft innehaben.

Balkanriegel und Brücke nach Asien

IM ÄUSSERSTEN SÜDOSTEN EUROPAS und an der Schwelle Kleinasiens sind innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft seit 1951 zwei Völker miteinander verbunden, die sich bis dahin oft als Feinde gegenübergestanden haben: Griechenland und die Türkei. Das Königreich Griechenland hat die Aufgabe übernommen, seine strategisch wichtige Position gegen Norden, das kommunistische Bulgarien und das kommunistische Albanien abzuschirmen, während die Türkei den Zugang nach Kleinasien und damit nach Nordafrika sperrt. Beide Länder schützen gemeinsam im Verein mit den übrigen Partnern die Meerengen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer.

Zwei Probleme haben allerdings lange Zeit die Tragfähigkeit dieser militärischen und politischen Konzeption fraglich erscheinen lassen:

- Der Konflikt um Zypern, und
- die Stärke der kommunistisch beeinflußten „Vereinigten Demokratischen Linken" in Griechenland.

Der Konflikt um Zypern wurde im Februar 1959 nach jahrelangen Kämpfen, die wie ein schwerer Schatten über der NATO und dem gesamten westlichen Bündnissystem lagen, im wesentlichen beigelegt. Die Bevölkerung der seit 1914 von Großbritannien annektierten und 1925 zur Kronkolonie erklärten Insel besteht zu achtzig Prozent aus Griechen und zu zwanzig Prozent aus Türken. Die langjährigen und hartnäckigen Weigerungen Großbritanniens, die Insel und damit einen wichtigen Stützpunkt im östlichen Mittelmeer freizugeben, führte zu verhängnisvollen Krisen, in deren Verlauf Griechenland sogar zeitweise seine Offiziere aus dem NATO-Kommando der Alliierten Landstreitkräfte Südost-Europa (ALFSEE) in Ismir zurückzog. Nun erhält Zypern seine Unabhängigkeit, ohne daß die Insel dem Westen als Stützpunkt verloren geht. Alle Beteiligten haben auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen, um dieses Ergebnis zu erzielen.

Als innerpolitischer Unsicherheitsfaktor muß das Anwachsen der kommunistischen Linken bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 1958 angesehen werden. Trotz großzügiger amerikani-

scher Hilfeleistungen ist es seit dem Ende des Bürgerkrieges 1950 noch nicht gelungen, der sozialen Schwierigkeiten Herr zu werden. Griechenland zählt zu den wenigen westeuropäischen Ländern mit unterentwickelten Gebieten und mit krassen Unterschieden zwischen einer kleinen, reichen Oberschicht und der sehr armen Bevölkerung. Hinzu kommt, daß wie schon im Bürgerkrieg nach dem zweiten Weltkrieg der Druck aus den angrenzenden kommunistischen Gebieten sehr stark ist, besonders aus Bulgarien, das Ansprüche auf einen Zugang zur Ägäis erhebt.

GERADE DER BÜRGERKRIEG HAT aber auch einen starken Verteidigungswillen gegenüber dem Ostblock geschaffen. Das Land, das sich im zweiten Weltkrieg lange erfolgreich gegen den italienischen Ansturm verteidigte und dem Angreifer sogar Teile Albaniens entreißen konnte, hat zur Zeit etwa 140 000 Mann unter Waffen; das ist mit rund 1,7 Prozent der Bevölkerung gegenüber anderen Ländern ein besonders hoher Anteil. Im Kriegsfall kann diese Zahl auf 500 000 erhöht werden. Seit seiner Zugehörigkeit zur NATO hat Griechenland seine Heerestruppen, die Luftstreitkräfte und die Marine in Verbindung mit britischen und amerikanischen Streitkräften modern ausgebildet und ausgerüstet. Allein das griechische Heer hat zur Zeit eine Stärke von rund 110 000 Mann; fünf Divisionen stehen der NATO jederzeit, fünf weitere als „earmarked forces" zur Verfügung. Ihr Kampfwert ist nach dem Urteil maßgebender alliierter Offiziere besonders hoch. Auf den NATO-Flugbasen in Griechenland und den griechischen Plätzen verfügt die Luftwaffe über rund 170 Maschinen aus italienischen und kanadischem Lizenzbau, die zur NATO abgestellt sind. In enger Zusammenarbeit mit amerikanischen, britischen, türkischen und italienischen Verbänden sollen sie im Kriegsfall zur Unterstützung des Heeres verwendet werden. Auch die Marine, die zum großen Teil aus ehemaligen italienischen und britischen Kriegsschiffen besteht, ist gut ausgerüstet. Sie ist der Stolz der Griechen, die immer hervorragende Seeleute waren.

So steht die Schlagkraft der Armee, die besonders an der gefährdeten Nordgrenze des Landes massiert ist, in einem gewissen Gegensatz zur inneren Festigkeit des Landes, auch wenn König Paul I. nach der Verfassungsänderung von 1952 mehr Macht als bis dahin in Händen hält. Das Königreich Griechenland umfaßt ein Gebiet, das man gern die Wiege der europäischen Kultur nennt. Seit jenen ruhmreichen und sagenumwobenen Jahren, da die Hellenen die ganze Schwarzmeerküste, Kleinasien, Nordafrika, Süditalien und sogar die Südküste des heutigen Frankreich besiedelten, hat das griechische Volk sich jedoch in einem fast ständigen Kampf gegen Eroberer und gegen Unterdrückung aufgezehrt. Ohne innere Reserven kam es so, daß schon während des Untergrundkrieges gegen


BUKAREST
RUMÄNIEN
JALTA
JUGOSLAWIEN
SOFIA
WARNA (STALIN)
BULGARIEN
BARI
ALBANIEN
ISTANBUL
ITALIEN
ANKARA
BRINDISI
THESSALONIKE
ALEXANDROUPOLIS
ATHEN
PATRAS
TÜRKEI
ADANA
SYROS
SUDA-B.
KRETA
BALKANRIEGEL GRIECHENLAND

die italienische und die deutsche Besatzung im zweiten Weltkrieg die Saat zum späteren Bürgerkrieg gesät wurde, der das Land vollends verarmen ließ. An den Folgen dieses langwierigen und blutigen Krieges trägt Griechenland noch heute.

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND HAT die Gefahr erkannt, die der sozialen Lage Griechenlands innewohnt. Ohnehin verbindet Griechenland und Deutschland eine starke gefühlsmäßige Freundschaft, die auch durch die Auseinandersetzungen im zweiten Weltkrieg nicht nachhaltig beeinträchtigt werden konnte. Darüber hinaus haben die beiden Länder schon 1953 ein erstes Abkommen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit getroffen; im Herbst 1958 fanden Wirtschaftsverhandlungen statt, die für Griechenland, aber auch für die westliche Verteidigungsgemeinschaft von großer Bedeutung sein können. Die Investitionen, die die Bundesrepublik für die kommenden Jahre vorgesehen hat, werden dazu beitragen, das Land am Ägäischen und Jonischen Meer auch sozial und damit innerpolitisch zu festigen.

DAS KÖNIGREICH GRIECHENLAND · VASILION TIS ELLADOS

umfaßt den Südteil der Balkanhalbinseln mit Südmazedonien und Thrazien bis zur Maritza, die Ionischen Inseln und die ägäische Inselwelt bis vor die Küste Kleinasiens. Auf der Gesamtfläche von 132 000 Quadratkilometern leben 7,6 Millionen Einwohner. Griechenland ist vorwiegend gebirgig. Schwere Erdbeben, die auch heute noch eine Gefahr für das Land sind, ließen den Ostteil in der Ägäis versinken. Dadurch entstanden zahlreiche Inseln und tiefe Meeresbuchten, die das Land der Seefahrt und dem Kontakt mit den vorderasiatischen und ägyptischen Kulturen öffneten. Im Griechenland des Altertums wurde dadurch eine geistige Entwicklung von weltgeschichtlicher Bedeutung gefördert; die Gesamtheit der in den Stadtstaaten des antiken Griechenland unter Führung Athens entwickelten Kulturgüter wirkte sich befruchtend auf die ganze abendländische Kulturgemeinschaft aus.

Griechenland ist heute ein armes Land. Bedeutende Bodenschätze und größere Industrien fehlen ganz. In den größeren, dicht besiedelten Becken werden Tabak, Mais, Weizen, Reis und Gemüse angebaut. Die Eisenbahnlinien sind 2700 Kilometer lang; mit dem Ausbau der Landstraßen für den Autoverkehr wurde erst in den letzten Jahren begonnen.

Die Geschichte des antiken Griechenland beginnt mit der Einwanderung der Hellenen etwa 2500 vor Christus und endet mit der Zerstörung Korinths durch die Römer im Jahr 146 vor Christus. In diese Zeit fallen die Kriege der Stadtstaaten Athen, Korinth, Sparta und die Verhinderung des Einbruchs der persischen Weltmacht und damit Asiens nach Europa. Unter der Führung Alexander des Großen zerstörten die Griechen das Perserreich und bauten die hellenistische Weltkultur auf; die politisch-militärische Herrschaft ging jedoch bald darauf an die Römer verloren.

Über 500 Jahre lang war Griechenland römische Provinz. Nach der Teilung des Römerreichs kam Griechenland an das oströmische Byzanz, dessen Machtbereich auch „Griechisches Reich" genannt wurde. Seit die-

ser Zeit ist Griechenland immer nur kurz selbständig gewesen, bis es schließlich 1461 von der Türkei erobert und eine Provinz der Sultane wurde. Erst die von der französischen Revolution ausgegangenen Impulse führten 1821 zum Aufstand und zu einem Vernichtungskampf zwischen Griechen und Türken, bei dem die englisch-französische Flotte eingriff und die Türken 1827 vernichtend schlug. Schon 1822 hatte eine griechische Nationalversammlung die Unabhängigkeit erklärt. Unter Otto I., einem Bayernprinzen, wurde Griechenland ein souveränes Königreich. Innerpolitische Parteienkämpfe ließen das Land jedoch auch unter seinem Nachfolger aus dänischem Königshause, Georg I., nicht zur Ruhe kommen. Am ersten Weltkrieg nahm Griechenland auf der Seite der Entente nur spät und gezwungen teil; es verspielte jedoch die Teilhaberschaft am Sieg, als Ministerpräsident Venizelos im Verfolg seiner Großmacht-Pläne Kleinasien besetzte und damit das Land in ein Abenteuer stürzte, das zu einer vernichtenden Niederlage führte. Von 1924 bis 1935 war Griechenland Republik, zeitweise diktatorisch regiert, seitdem ist es mit Ausnahme der Zeit der deutschen Besetzung wieder Monarchie. 1941 wurde das Land von Italien angegriffen. Die Griechen wehrten sich energisch und warfen die Italiener nach Albanien zurück. Erst deutsche Truppen besetzten schließlich Griechenland; der König und die Regierung flohen. Die von den Alliierten unterstützten Untergrundbewegungen der Monarchisten und Kommunisten kämpften mehr gegeneinander als gegen die deutsche Besatzung; nach der Befreiung 1944 kam es daraufhin zu einem blutigen Bürgerkrieg, der fast fünf Jahre dauerte.

Im Oktober 1951 trat Griechenland zusammen mit dem jahrhundertelangen Feind, der Türkei, der Atlantischen Gemeinschaft bei; 1953 schloß es sich außerdem mit Jugoslawien und der Türkei zu einem Beistandspakt zusammen. Im Rahmen der westlichen Verteidigung spielt das Land eine besonders wichtige Rolle, und zwar sowohl nach Norden als auch nach Süden. Im Norden grenzt Griechenland an die kommunistischen Länder Albanien und Bulgarien, deren Streitkräfte die griechische Militärmacht binden soll. Im Süden haben die griechischen Seestreitkräfte zusammen mit den Verbündeten die Häfen und Seeverbindungen offenzuhalten und außerdem einen sowjetischen Durchbruch aus dem Schwarzen Meer zu verhindern.

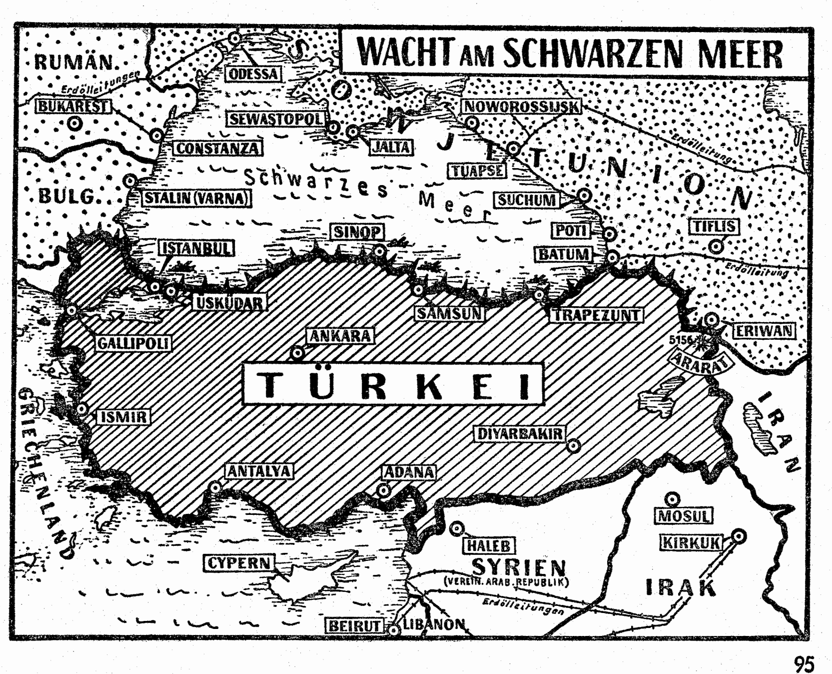
TÜRKEI

Der starke Mann am Bosporus

Strategische Karten der beiden Machtblöcke zeigen, daß am Schwarzen Meer starke Streitkräfte der NATO konzentriert sind. Allein die Türkei, die Mitglied des Atlantikpaktes und zugleich des Mittelostpaktes mit Persien, Pakistan und Großbritannien ist, unterhält nationale Truppen in einer Stärke von rund 500 000 Mann; bei einer Bevölkerung von 23 Millionen Menschen kann sie im Kriegsfall bis zu zwei Millionen Mann zur Verteidigung des Landes einsetzen. In einem strategisch gefährdeten und wichtigen Gebiet von der dreifachen Größe der Bundesrepublik hat ein Volk die Verteidigungsaufgaben übernommen, dessen Verteidigungswillen ausgeprägt und dessen soldatische Tradition allgemein anerkannt wird.

EIN TEIL DES TÜRKISCHEN Gebietes liegt auf dem europäischen Festland, umgrenzt von dem kommunistischen Bulgarien und von Griechenland das zur NATO gehört. Die Dardanellen und der Bosporus, die beiden oft umkämpften Meerengen zwischen Europa und Asien, versperren der starken russischen Schwarzmeerflotte den ersehnten Zugang zum Mittelmeer. Das ist die wichtigste militärische Position des Landes. Auf ihre Sicherung ist ein großer Teil der nationalen Anstrengungen und der Unterstützung durch die Verbündeten gerichtet. Darüber hinaus ist die ganze Nordgrenze des Landes vom über 5000 Meter hohen Ararat im armenischen Hochland bis zum bulgarisch-griechischen Grenzpunkt auf einer Länge von über zweitausend Kilometer gefährdet. Das Schwarze Meer ist mit Ausnahme des türkischen Südufers ausschließlich von kommunistischen Ländern umgeben – von Bulgarien, Rumänien und von der Sowjetunion. Das türkische Kleinasien liegt aber wie ein Riegel vor allen Ausdehnungsversuchen dieser drei Länder nach Westen und nach Süden, in den Mittelmeerraum und nach Vorderasien.

Bis nach dem ersten Weltkrieg nannte man die Türkei in Europa nur den „kranken Mann am Bosporus". In zahlreichen Kriegen hatte das Land unter der Herrschaft der Sultane fast seine ganze frühere Macht auf dem Balkan, in Südrußland, in Vorderasien und in Nordafrika verloren. Das Ende des ersten Weltkrieges, an dem die Türkei auf deutscher Seite teilnahm, brachte den endgültigen Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, in der Folge aber auch die Geburt der neuen Türkei. Dieser neue Staat mit der Hauptstadt Ankara bereitete den grie-


WACHT AM SCHWARZEN MEER
RUMÄN.
Erdölleitungen
BUKAREST
CONSTANZA
BULG.
STALIN (VARNA)
ODESSA
SEWASTOPOL
JALTA
NOWOROSSIJSK
TUAPSE
SUCHUM
POTI
BATUM
TIFLIS
SOWJETUNION
Erdölleitung
Schwarzes Meer
SINOP
ISTANBUL
ÜSKÜDAR
SAMSUN
TRAPEZUNT
ERIWAN
5156
ARARAT
GALLIPOLI
ANKARA
TÜRKEI
ISMIR
DIYARBAKIR
IRAN
GRIECHENLAND
ANTALYA
ADANA
MOSUL
KIRKUK
HALEB
SYRIEN
(VEREIN. ARAB. REPUBLIK)
IRAK
CYPERN
Erdölleitungen
BEIRUT
LIBANON

chischen Großraumplänen der beginnenden Zwanziger Jahre ein vernichtendes Ende.

1922 wurde die Herrschaft des Sultans aufgehoben. Unter dem ersten Präsidenten der Türkischen Republik, Kemal Atatürk, begann eine Zeit der stürmischen Modernisierung, die heute noch nicht abgeschlossen ist. Atatürk griff auf europäische Vorbilder zurück und machte sich europäische Hilfe nutzbar: Das 1926 eingeführte Bürgerliche Gesetzbuch zum Beispiel stammt aus der Schweiz, das Strafgesetz aus Italien, das Handelsgesetz aus Deutschland. 1928 folgte nach einer jahrhundertelangen Beherrschung des Staatswesens durch den Islam die Trennung von Staat und Kirche, 1929 wurden Lateinschrift und europäische Kleidung Pflicht. Der Fez wurde abgeschafft, die Vielweiberei verboten. 1934 erhielten alle Türken Familiennamen – aus Kemal Pascha wurde Kemal Atatürk, „Vater der Türken". Im Verlauf der ersten Fünfjahrespläne entwickelten sich im Staatsbesitz zahlreiche neue Industrien. Die Schwierigkeiten waren sehr groß; trotz der demokratischen Verfassung glaubte Atatürk ihrer nicht ohne autoritäre Maßnahmen Herr werden zu können. So führte er schon zeitig die Allgemeine Schulpflicht ein, aber noch 1935 konnten kaum 23 Prozent der männlichen und nur acht Prozent der weiblichen Bevölkerung in der Türkei lesen und schreiben.

Atatürk ging bei seinen umwälzenden Reformen von dem Gedanken aus, daß sein Land den Anschluß an die europäische Kultur und Zivilisation gewinnen müsse, den es in den jahrhundertelangen Eroberungskriegen und unter der Herrschaft der oftmals korrupten Sultane verloren hatte. Deshalb suchte er sich Freunde unter den europäischen Völkern, und gleichzeitig machte er sein Land stark gegen mutmaßliche Feinde. So war die Türkei 1938, als Atatürk starb, mit einer großen Zahl von Ländern, auch mit jahrhundertealten Gegnern, durch Freundschaftsverträge und Nichtangriffspakte verbunden; auf der anderen Seite standen aber bereits 200 000 Mann, nach deutschem Vorbild ausgerüstet und zum Teil von deutschen Offizieren ausgebildet, unter Waffen. Atatürks Nachfolger Ismet Inönü verstand es, sein Land aus dem Weltkrieg herauszuhalten; die Kriegserklärung vom 23. Februar 1945 gegen Japan und Deutschland hatte keine militärischen Folgen mehr.

EIN JAHR SPÄTER SCHON zeigte sich, daß die Landesverteidigung ihre wichtige Rolle behielt. 1946 stellte die Sowjetunion als Vorbedingung für die Verlängerung des seit 1925 bestehenden Neutralitäts- und Nichtangriffspaktes zwischen beiden Ländern eine Reihe von Forderungen:

- Eine gemeinsame sowjetisch-türkische Verteidigung der Meerengen, verbunden mit der Errichtung sowjetischer Stützpunkte;

- Ausschluß aller Nicht-Schwarzmeer-Mächte vom Meerengen-Regime;
- Abtretung der türkischen Grenzbezirke Kars und Ardahan.

Die Türkei lehnte daraufhin die Erneuerung des Paktes ab; Großbritannien und die Vereinigten Staaten unterstützten die türkische Regierung in ihrer ablehnenden Haltung. Zum Ausbau der Landesverteidigung gewährte Amerika der Türkei in der Folgezeit großzügige finanzielle und technische Hilfe.

Diese Hilfe und die eigenen intensiven Anstrengungen tragen heute ihre Früchte. Die Türkei ist trotz bedeutender innerpolitischer Schwierigkeiten zwar noch nicht zu einem blühenden, aber doch zu einem aufstrebenden Land geworden, und aus dem kranken Mann am Bosporus wurde ein starker Mann. Sowohl die Schreckschüsse der Moskauer Diplomatie als auch die massiven Drohungen sowjetischer Militärs und Staatsfunktionäre treffen auf ein selbstbewußtes Land. Die eigene starke Armee gibt der Türkei ebenso das notwendige Maß an Sicherheit und Ruhe wie das Bewußtsein, zusammen mit befreundeten Mächten das Land und den gesamten Nahen Osten zu verteidigen. An dieser Grundeinstellung konnte auch der Zypernkonflikt der vergangenen Jahre nichts ändern.

BEIM AUFBAU DER VERBÄNDE hat die Türkei stets in engem Kontakt mit den führenden Militärmächten gearbeitet, früher mit Frankreich und Deutschland, heute mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Diese Verbände haben im Rahmen der NATO außer der Sicherung der Meerengen die Aufgabe, die gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen im Nahen Osten und auf dem Balkan zu unterstützen oder durchzuführen und die auf türkischem Boden befindlichen Stützpunkte der NATO zu schützen. Sie werden dabei unterstützt von Einheiten der griechischen, italienischen, britischen und amerikanischen Verbündeten, insbesondere von der amerikanischen Mittelmeerflotte.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben steht zunächst das Heer mit rund 400 000 Mann bereit. Sechzehn vollmotorisierte Divisionen sind zum großen Teil mit britischen und amerikanischen Panzern ausgestattet; neun weitere Divisionen bilden die Reserve oder werden ausgerüstet. Die türkische Luftwaffe hat der NATO bisher zwölf Staffeln unterstellt. Als eigener Wehrmachtsteil umfaßt sie etwa 30 000 Mann mit rund 300 amerikanischen Jagdflugzeugen und rund 100 anderen Flugzeugen älterer Baumuster. Die türkische Marine schließlich ist mit etwa 25 000 Mann und einer Reihe von kleineren Schiffen auf ihre besondere Aufgabe im Schwarzen Meer und an den Meerengen ausgerüstet. Allerdings stehen hier zwölf U-Boote und zehn Zerstörer, sowie eine Reihe von Minensuch- und Räumbooten einer Übermacht sowjetischer Einheiten im Schwarzen

Meer gegenüber – man weiß allein von mindestens 70 U-Booten und mindestens 35 Zerstörern. Das alte deutsche Schlachtschiff „Goeben" – Baujahr 1911 – tut noch heute, mehrfach überholt und mit Raketen ausgerüstet, unter dem Namen „YAVUS SELIM" in der türkischen Marine Dienst. Dieses Schiff hat eine bemerkenswerte Geschichte: Zusammen mit dem später gesunkenen Kreuzer „Breslau" lief es im August 1914, von der gesamten damaligen britischen Mittelmeerflotte gejagt, in den Bosporus ein; der deutsche Kaiser schenkte die beiden Schiffe daraufhin kurzerhand der türkischen Regierung. Die Türken haben das damals mit einer vierjährigen Waffenhilfe für Deutschland quittiert.

IN ISMIR AN DER Westküste der Türkei sind das NATO-Kommando „Alliierte Landstreitkräfte Südosteuropa" (ALFSEE) und das Kommando der 6. Alliierten Taktischen Luftflotte (ATAF) stationiert. In Adana nahe der türkischen Südküste haben die Amerikaner eine Gruppe von Stützpunkten ausgebaut, die mit dem linksrheinischen Verteidigungsdreieck in der Pfalz oder mit dem isländischen Keflavik vergleichbar ist. Eine Anzahl von NATO-Flugbasen ist über das anatolische Hochland verstreut. Türkische Einheiten nehmen an alliierten Manövern teil, türkische Piloten werden in Kanada ausgebildet. Als Mitglied der UNO kämpfte eine türkische Brigade in Korea mit großem Erfolg. Mit amerikanischer Wirtschaftshilfe und mit den Kenntnissen europäischer Fachkräfte werden Straßen durch das Land gezogen und Industrien aufgebaut. Der südöstliche Eckpfeiler der atlantischen Gemeinschaft steht fest im Gefüge der westlichen Welt.

DIE TÜRKISCHE REPUPLIK · TÜRKIJE CUMHURIYETI

ist nach dem ersten Weltkrieg aus dem Osmanischen Reich hervorgegangen. Die heutige Türkei umfaßt einen europäischen Landesteil in Ost-Thrazien auf der Balkan-Halbinsel mit 23 500 Quadratkilometern und 1,7 Millionen Einwohnern und die Halbinsel Kleinasien (Anatolien) mit 750 000 Quadratkilometern und rund 21,7 Millionen Einwohnern. Die Bevölkerung besteht hauptsächlich aus Türken; dazu kommen jedoch noch rund 1,5 Millionen Kurden, 250 000 Araber, 90 000 Griechen, 66 000 Tscherkessen und 56 000 Armenier. Rund 85 Prozent der Bevölkerung sprechen türkisch, rund 98 Prozent sind Anhänger des 1928 als Staatsreligion abgeschafften Islam. Die Hauptstadt ist seit der Gründung der Republik im Jahr 1923 Ankara; vorher war es Istanbul.

Abgesehen von der europäischen Türkei wird die Landschaft durch den Charakter des bis 1200 Meter hohen Anatolischen Hochlandes bestimmt, das von Gebirgen durchzogen ist. Die Landwirtschaft, die rund 31 Prozent der Bevölkerung beschäftigt, ist vorherrschend. In den Steppengebieten wird eine beachtliche Viehzucht betrieben (im Jahr 1952 rund

25 Millionen Schafe, 21 Millionen Ziegen). An Bodenschätzen sind Stein- und Braunkohle, Chrom, Mangan, Kupfer, Blei, Eisen und Erdöl vorhanden.

Mit dem Ausbau einer modernen Industrie wurde in den letzten dreißig Jahren mit zum Teil beachtlichen Erfolgen begonnen. Mit Unterstützung der Industrieländer Westeuropas und Amerikas sind Metall-, Textil-, Papier-, Nahrungsmittel- und Glasfabriken entstanden. Das Verkehrsnetz umfaßt rund 8000 Eisenbahnkilometer und rund 15 000 gute Straßenkilometer außer 7000 Kilometern schlechter Straßen. Die wichtigsten Häfen sind Istanbul, Ismir und Samsun.

Bis zur ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts waren die Türken in Mittelasien beheimatet; sie wichen unter dem Sultan Suleiman vor dem Mongolensturm nach Vorderasien zurück und begannen etwa hundert Jahre später ihren Besitz gegen die Byzantiner auszudehnen. Unter Osman I. legten sie den Grund zum „Osmanischen" Reich und lösten die über tausendjährige Herrschaft der Kalifen durch die türkischen Sultane ab. Brussa war die Hauptstadt, von der aus die Nachfolger Osmans im 15. und 16. Jahrhundert ihr Reich über Kleinasien bis zum Kaspischen Meer und zum Persischen Golf, im Süden über Ägypten und fast die gesamte Nordküste Afrikas ausdehnten. Die Balkanhalbinsel und die Nordküste des Schwarzen Meeres mit der Krim gehörten zu diesem Reich, Ungarn und Siebenbürgen waren Vasallenstaaten. Im 17. Jahrhundert bedrohten die Janitscharen, das damalige türkische Heer, vor den Toren Wiens die europäische Zivilisation. Sie wurden 1683 zurückgeschlagen. Während der folgenden zweihundertjährigen Türkenkriege mit Venedig, Österreich, Polen und Rußland zerfiel die Macht der Sultane. Von der europäischen Türkei blieb nur noch Ost-Thrazien zwischen Konstantinopel (Istanbul) und Adrianopel übrig.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat eine Wende ein. Der Islam als Herrschaftsidee über alle mohammedanischen Völker wurde zurückgedrängt, an seine Stelle trat das Nationalbewußtsein der stark europäisch beeinflußten Türken. In diese Zeit fällt die beginnende Zusammenarbeit mit England und mit Deutschland, das im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern keine territorialen Wünsche an die Türkei hatte. Die beiden Mächte stärkten das Land durch wirtschaftliche Beteiligungen und organisierten die türkische Flotte und die Armee gegen die Ansprüche Rußlands auf die Dardanellen. Damals begann auch schon der Aufstieg Mustafa Kemals vom erfolgreichen Heerführer zum Politiker. Nach dem ersten Weltkrieg, an dem die Türkei auf der Seite Deutschlands teilnahm, und nach der Niederwerfung der griechischen Eroberer wurde Kemal der erste Staatspräsident der Republik. Er schaffte das Sultanat am 1. 1. 1922 ab; die Volkssouveränität wurde zum obersten Grundsatz der republikanischen Verfassung. Kemal, dem die Türken den Ehrennamen Atatürk, Vater der Türken, gaben, begann durch grundlegende Reformen die moderne Türkei aufzubauen. Außenpolitisch ging er eine Reihe von Verträgen, auch mit Sowjetrußland, ein. Trotz eines Beistandspaktes mit Frankreich und England blieb die Türkei jedoch im zweiten Weltkrieg bis zum 23. Februar 1945 neutral. 1946 lehnte die türkische Regierung sowjetrussische Forderungen auf Stützpunkte in den Dardanellen ab und schloß sich seitdem enger an den Westen an. Unter Staatspräsident Inönü trat die Türkei dem Europarat bei. 1950 wurde die Volkspartei Kemal Atatürks nach 27 Regierungsjahren geschlagen. Celal Bayars Demokratische Partei gewann die Wahlen, und Bayar wurde als Nachfolger Inönüs zum Präsidenten der Republik gewählt. Seit 1951 ist die Türkei Mitglied der NATO. Durch den Besitz der Dardanellen nimmt das Land eine Schlüsselstellung innerhalb des westlichen Verteidigungssystems ein.

DIE DARDANELLEN

sind heute der gebräuchlichste Sammelbegriff für die aus Bosporus, Marmarameer und Dardanellen bestehenden Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Sie sind von großer politischer und strategischer Bedeutung und deshalb schon seit dem 18. Jahrhundert ein Ziel der russischen Ausdehnungspolitik. Rußland erblickt in ihnen seinen Zugang zum Mittelmeer; aus dem gleichen Grund suchen England und Frankreich eine russische Herrschaft über die Dardanellen seit zwei Jahrhunderten zu verhindern. Sie werden in diesem Bestreben heute durch alle nichtkommunistischen Mittelmeerstaaten und auch durch die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt.

Die Stellung der Türkei in der Weltpolitik beruht hauptsächlich auf ihrer Funktion als Hüterin der Meerengen, die im ersten Weltkrieg dem gemeinsamen Ansturm der Alliierten trotzten. Nach diesem Krieg wurden die Meerengen zunächst demilitarisiert, für jede Art Schiffahrt freigegeben und einer internationalen Kommission unterstellt. Eine in Lausanne am 4. August 1923 geschlossene Konvention stellte jedoch die türkische Souveränität weitgehend wieder her; in der Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 wurden schließlich die internationale Kommission und die internationalen Garantien aufgehoben, und die Türkei zur Remilitarisierung und Befestigung der Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer ermächtigt.

Nach dieser Konvention gelten zur Zeit folgende Bestimmungen: Im Frieden ist die Handelsschiffahrt in den Meerengen frei. Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen, Unterseeboote und Flugzeugträger dürfen überhaupt nicht passieren, andere Kriegsschiffe nur bei Tag. In Kriegszeiten sind die Dardanellen bei türkischer Neutralität den Kriegsschiffen aller kriegführenden Staaten verschlossen. Wenn die Türkei Krieg führt, sind sie für die Handelsschiffe ihrer Gegner gesperrt, ebenso für neutrale Schiffe, die Truppen oder Kriegsmaterial für den Gegner befördern. Über die etwaige Durchfahrt von Kriegsschiffen entscheidet die Türkei in diesem Fall nach ihrem eigenen Ermessen. Falls sich die Türkei vom Krieg bedroht fühlt, kann sie diesen Grundsatz auch in Friedenszeiten auf Kriegsschiffe anderer Nationen anwenden. Alle von sowjetrussischer Seite unternommenen Versuche, diese Konventionen entweder durch Absprachen mit Hitler oder später durch zweiseitige Vereinbarungen mit der Türkei zu durchbrechen, sind bisher an der konsequenten Haltung der Türkei gescheitert.

Der lange Arm im Mittelmeer

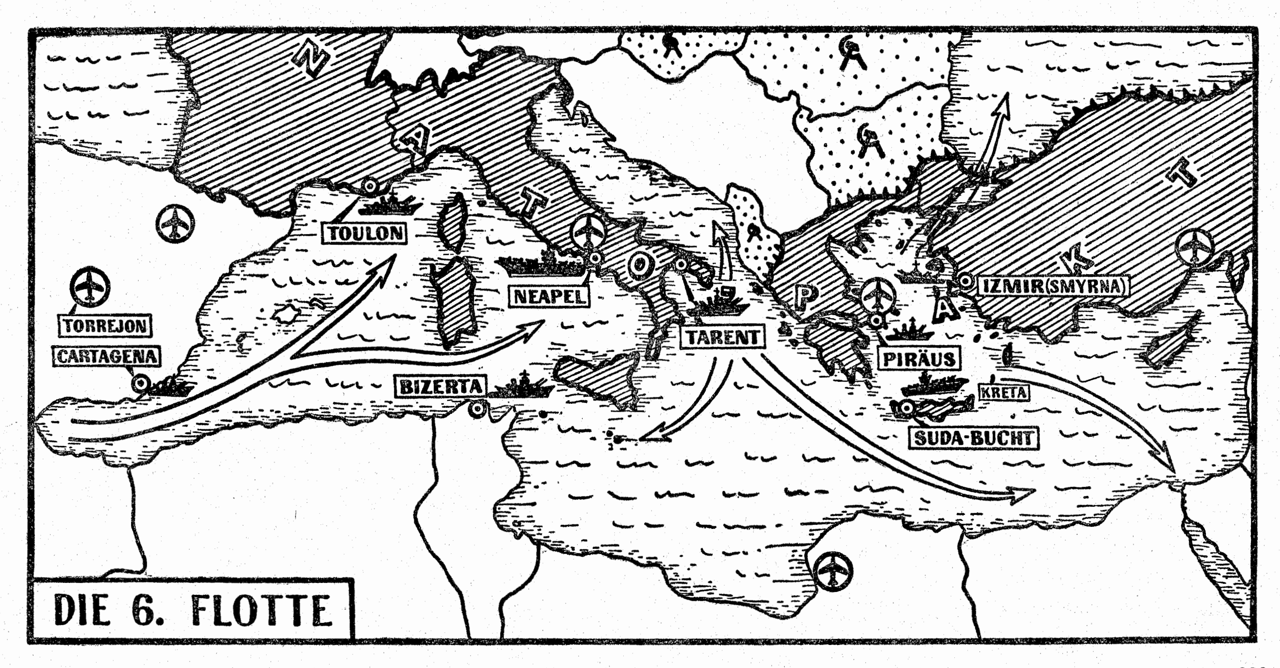
BEIM AUFBAU DER VERTEIDIGUNG Europas nimmt die 6. amerikanische Flotte im Mittelmeer eine Sonderstellung ein. Ihre Geschichte ist die Geschichte des Kalten Krieges: Nach 1945 schickten die Amerikaner, die im Mittelmeer keine Interessen mehr zu verteidigen hatten, ihre Einheiten nach Hause. Im Hafen von Neapel ankerte einsam ein Hilfsschiff als Flaggschiff einiger kleiner Einheiten. Erst im Laufe des Jahres 1947 wurde die amerikanische Mittelmeerflotte wieder verstärkt, 1948 zur Sixth Task Fleet (Sechste Einsatzflotte) und 1950 zur 6. Flotte.

Die aus siebzig Einheiten bestehende Flotte hat keinen eigenen Heimathafen; sie kreuzt ohne feste Stützpunkte zwischen Gibraltar und dem Bosporus, zwischen Venedig und Beirut. Auf ihren Flugzeugträgern stehen 300 modernste Flugzeuge Tag und Nacht startklar, darunter Fernaufklärer und Düsenbomber, Allwetterjäger und Hubschrauber. Der Dienst der 30 000 Mann Besatzung spielt sich fast nur auf See und immer unter kriegsmäßigen Bedingungen ab.

Außer den Flugzeugträgern gehören Raketenkreuzer, Zerstörer und Landungsfahrzeuge, U-Boote und U-Bootjäger, Tanker und Versorgungseinheiten zur 6. Flotte. Ihr Befehlshaber verfügt über eine größere Kampfkraft, als die amerikanischen, britischen, sowjetischen und französischen Flotten während des zweiten Weltkrieges zusammengenommen. Sie empfängt ihre Befehle sowohl aus dem amerikanischen Hauptquartier für den Ostatlantik und das Mittelmeer, als auch – bei einem Zusammenwirken mit den NATO-Verbänden – vom Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Südeuropa in Neapel (CINCSOUTH).

Die wesentlichsten Aufgaben der 6. Flotte bestehen darin, die amerikanische Politik im Mittelmeer zu stützen, den Nahen Osten gegen bewaffnete kommunistische Aggression zu verteidigen, Aufträge der NATO auszuführen und eine kriegsmäßige Ausbildung von Besatzungen und Schiffen zu sichern. Alle vier bis sechs Monate wechselt die Zusammensetzung dieser Flotte. Schiffe aus den Vereinigten Staaten lösen die Einheiten im Mittelmeer ab. Die einzige Ausnahme bildet das Flaggschiff, ein moderner schwerer Kreuzer.

Die Bedeutung der 6. Flotte für die westliche Verteidigung liegt in ihrer Beweglichkeit und ihrer Schlagkraft. Mit einer Geschwindigkeit von 55 Kilometern in der Stunde ist sie, gestützt auf zahlreiche Häfen der Verbündeten im Mittelmeer, schnell an jedem gefährdeten Punkt. Ihre Flugzeuge, die mit Atombomben ausgestattet werden können, haben einen Aktionsradiums von 2000 Kilometern: Er reicht je nach dem Standort des Trägerschiffes, bis weit über das Kaspische Meer hinaus und bis ins Leningrader Industriegebiet. Sogar Moskau ist für Bomber der 6. Flotte noch erreichbar. Ihr Vorhandensein hat bisher dazu beigetragen, daß die schwelende Nahost-Krise nicht zu einem offenen Feuer wurde.



N
A
T
O
P
A
K
T
TOULON
TORREJON
CARTAGENA
NEAPEL
TARENT
BIZERTA
IZMIR(SMYRNA)
PIRÄUS
KRETA
SUDA-BUCHT
DIE 6. FLOTTE

Die Grenze mitten durchs Herz

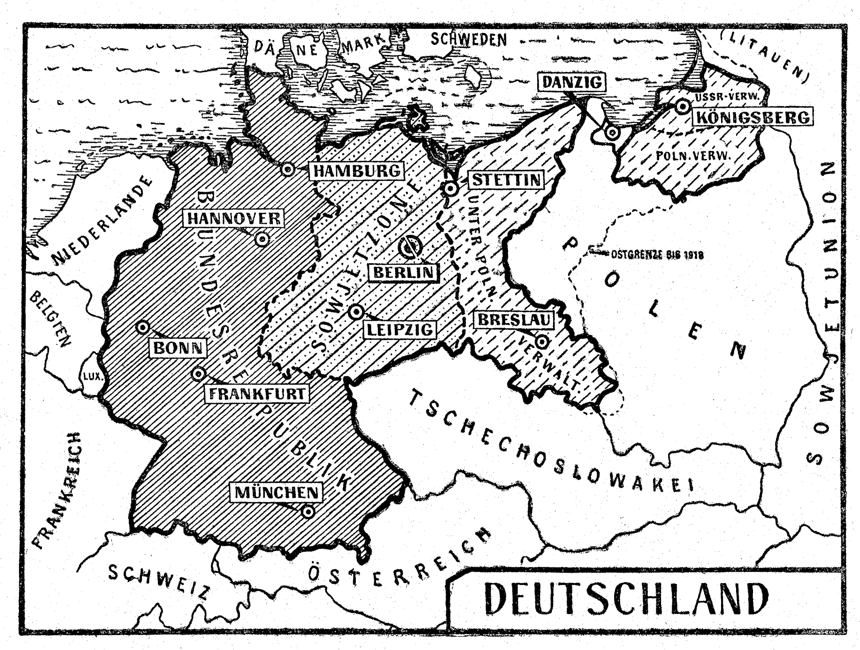
INNERHALB EINES MENSCHENALTERS HAT Deutschland zweimal einen Weltkrieg begonnen und zweimal bedingungslos kapituliert. Beide Niederlagen führten zum Sturz der Regierung und zum Versuch einer staatlichen Neuordnung. Beim Kriegsausbruch 1918 blieb das Deutsche Reich bestehen. Es verlor die Kolonien, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und Teile Nordschleswigs, Oberschlesiens und Westpreußen; unter den Wehen einer Revolution konnte es sich den neuen Status einer Republik und eine demokratische Verfassung geben. Das „Dritte Reich" dagegen wurde im Jahr 1945 total zerschlagen. Aus den Trümmern des von vier Großmächten eroberten und besetzten Landes konnte ein einheitliches, freies Deutschland bis heute nicht wieder erstehen. Die weltpolitische Entwicklung riß das Land in der Mitte auseinander, und der Kriegsschuld folgte eine Sühne, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Die Teilung Deutschlands ist dreifach. Aus den drei westlichen Besatzungszonen entstand nach der Bildung der Länder und der Vereinigung der drei Zonen zu einem Wirtschaftsgebiet die freie und souveräne Bundesrepublik Deutschland mit 54 Millionen Einwohnern; aus der sowjetisch besetzten Zone in Mitteldeutschland wurde die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik" als sowjetischer Vasallenstaat ohne Selbstbestimmung mit 17,8 Millionen Einwohnern; der dritte Teil, die ostwärts der sogenannten Oder-Neisse-Linie gelegenen Gebiete in Pommern, Brandenburg, Schlesien, West- und Ostpreußen kamen zum größten Teil unter polnische, der nördliche Teil Ostpreußens unter russische Verwaltung. Das statistische Bundesamt hat im Auftrag des Bundestages festgestellt, daß aus diesen Gebieten und aus den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 mehr als zwölf Millionen Deutsche vertrieben worden sind; rund drei Millionen blieben in ihrer Heimat, und mehr als drei Millionen wurden im Verlauf der Kriegs- und Nachkriegsereignisse getötet oder starben auf der Flucht. Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, liegt inmitten des unfreien Teils und ist geteilt wie das ganze Land.

DIESE BILANZ IST BESTIMMEND für das Schicksal Deutschlands nach dem Krieg. Sie wurde ursprünglich von den Mächten gezogen, die eine Kriegsallianz geschlossen hatten, um Hitler und ein Deutschland zu besiegen, das die Welt erobern

wollte: Auf den Konferenzen von Jalta am 12. Februar 1945 und Potsdam am 5. Juni 1945 übernahmen die Regierungschefs der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Sowjetrußlands – in Potsdam nahm auch ein Vertreter Frankreichs teil – die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Das Gebiet zwischen den Westgrenzen und einer von Oder und Neiße begrenzten Linie wurde unabhängig von früheren Verwaltungs- oder Ländergrenzen in vier Zonen eingeteilt und von den Truppen dieser vier Mächte besetzt. Berlin wurde aus diesem Gebiet ausgeklammert und seinerseits in vier Sektoren aufgeteilt. Polen erhielt als Entschädigung für die ostpolnischen, von Sowjetrußland annektierten Gebiete Ostdeutschland „bis zu einer endgültigen Friedensvertragsregelung über die deutschen Grenzen".

Doch die Kriegsallianz zerbrach schon bald. Die Vorgänge in der Ostzone, die Errichtung sowjetischer Diktaturen in den



Balkanländern und in Osteuropa und schließlich die mit Hochdruck betriebene Aufrüstung in Sowjetrußland machten den Widerspruch zwischen den Friedensbeteuerungen des Kremls und seinen wirklichen Plänen erschreckend deutlich. Der Eiserne Vorhang ging nieder und teilte mit Deutschland zugleich Europa und die Welt in Ost und West.

ZU DIESER ZEIT BEGANN der Weg der drei westlichen Besatzungszonen zum souveränen Staat und zum Bündnispartner der freien Welt. Er führte über viele Etappen, und vor jedem neuen Schritt hatte die Überlegung zu stehen, daß er stellvertretend auch für die 18 Millionen Deutschen im unfreien Teil Deutschlands getan werden mußte. So beriefen die inzwischen gebildeten elf westdeutschen Länder nach den Empfehlungen der westlichen Alliierten im Juli 1948 in London eine verfassunggebende Versammlung ein, und die 70 Mitglieder dieses „Parlamentarischen Rates" arbeiteten zusammen mit fünf Gästen aus den Westsektoren Berlins das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" aus, dessen Name schon das Vorläufige, das Stellvertretende für eine spätere, gesamtdeutsche Verfassung ausdrücken sollte.

Unter dem Einfluß des freiheitlichen und demokratischen Geistes dieses Grundgesetzes und mit der moralischen wie materiellen Unterstützung durch die inzwischen in der Atlantischen Gemeinschaft verbundenen freien Völker des Westens entwickelte sich die Bundesrepublik in den folgenden Jahren zu einem aufblühenden Land, das mit Umsicht daranging, die Hypothek der Vergangenheit abzutragen. Die wirtschaftliche Entwicklung machte nach der Währungsreform von 1948 in wenigen Jahren aus dem hungernden und verwüsteten Torso zwischen Flensburg und Konstanz einen der stärksten Wirtschaftsfaktoren des Westens. Parallel dazu verlief die Politik in Bahnen, die vom Protektorat dreier Besatzungsmächte in gerader Linie zum souveränen, gleichberechtigten und angesehenen Partner der europäischen Einigungsbestrebungen und der Friedensanstrengungen der westlichen Welt führten.

In den zehn Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik und der Atlantischen Gemeinschaft haben dreimal Wahlen zum Bundestag, dem Parlament der Bundesrepublik, stattgefunden. Mit jedem Mal wurde ihr inneres Gefüge fester; das Volk lehnte jeden Radikalismus von rechts und von links ab. Die Erfahrungen der Vergangenheit und der gegenwärtige Anschauungsunterricht, den eine Gewaltherrschaft im anderen Deutschland täglich bot, machten die Deutschen in der Bundesrepublik immer unempfänglicher für radikale Parteien.

ALLE GEWALT GEHT IN der Bundesrepublik vom Volke aus, das sich in freien und geheimen Wahlen seine Vertreter wählt und das auf diese Weise seinen politischen Weg selbst bestimmt. In Mitteldeutschland dagegen geht alle Gewalt von einigen wenigen aus, die ihre Befehle aus der Zentrale des Weltkommunismus, aus Moskau, empfangen und sie ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Willen ausführen. Diese Entwicklung begann unmittelbar nach der Eroberung Berlins und der Besetzung des mitteldeutschen Gebietes durch die Rote Armee und führte über die Einbeziehung dieses Teils Deutschlands in das „Warschauer Pakt"-System der Ostblockstaaten und die völlige Knechtung der 18 Millionen Deutschen zwischen Elbe und Oder. Die Meilensteine auf diesem Weg waren:

- die Gleichschaltung der demokratischen Parteien und die Zwangsverschmelzung von Sozialdemokraten und Kommunisten zur staatsbeherrschenden „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)";
- die Vernichtung der privaten Wirtschaftsinitiative zugunsten einer zentralgesteuerten „sozialistischen" Staaatswirtschaft;
- die Einsetzung einer ferngesteuerten kommunistischen Satellitenregierung in Pankow;
- der offizielle Verzicht auf die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie zugunsten Polens und Sowjetrußlands durch diese Regierung;
- die Aufrüstung zunächst innerhalb der sogenannten „Volkspolizei", dann im Rahmen des Warschauer Paktes.

So wurde Mitteldeutschland unter Zwang in das System der Vasallenstaaten der Sowjetunion eingegliedert. Die Länder wurden zerschlagen; die von Zeit zu Zeit durchgeführten Wahlen sind Scheinwahlen. Das ganze öffentliche Leben ist gleichgeschaltet. Presse, Rundfunk, Schule, Literatur, Theater und Film sind staatsabhängig. Eine Opposition gibt es nicht, denn das Regime ist eine totalitäre Diktatur der kommunistischen Einheitspartei unter der Aufsicht des Kreml.

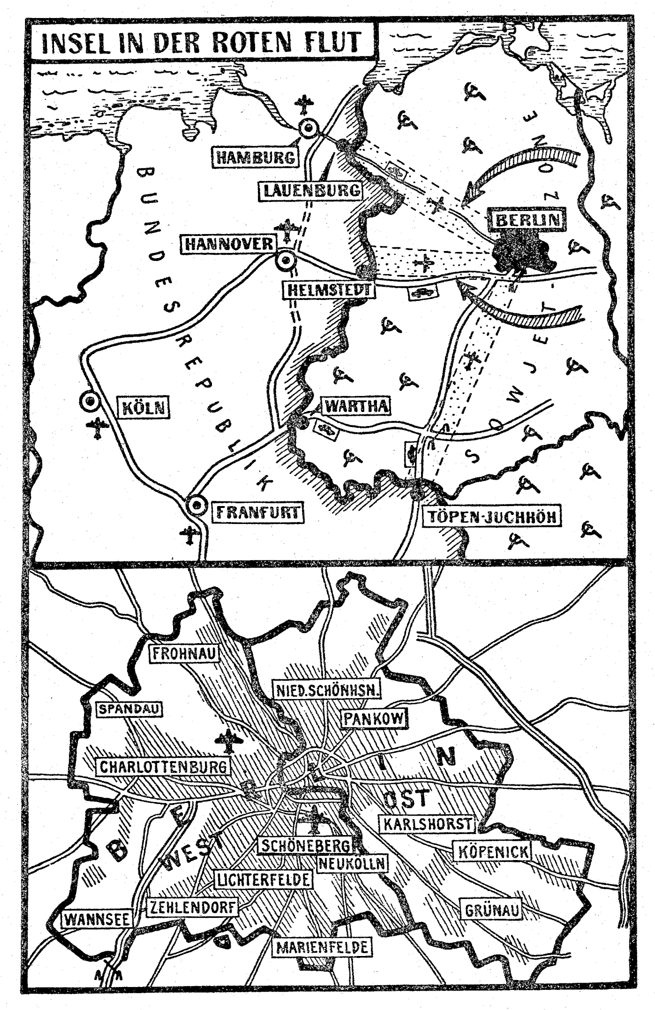
EINE INSEL DER FREIHEIT im Machtbereich der Unfreiheit ist das ursprünglich von den drei Westmächten besetzt gehaltene Westberlin. Als Tor zum Westen hat die deutsche Hauptstadt seit 1945 eine tragische und gefahrenvolle Funktion übernommen. Bis zum Jahresende 1958 haben weit über eine Million Menschen aus der Sowjetzone in Berlin um Schutz und Hilfe gebeten, weil sie in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht waren. Dieser Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Er veranschaulicht mehr als alles andere die unmenschliche Härte des Regimes. Er macht die Anstrengungen der sowjetischen und der

ostzonalen Regierungen verständlich, die Stadt ganz in ihre Gewalt zu bekommen. Die Blockade im Anschluß an die Währungsreform 1948 war einer der ersten massiven Versuche dieser Art. Wie ein Bumerang traf er die Urheber, denn er brachte einen Umschwung in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder zugunsten Westdeutschlands mit sich: ein Jahr lang versorgten amerikanische und englische Flieger die Millionenstadt aus der Luft und erhielten ihr so die Freiheit. Ununterbrochen folgten seitdem größere und kleinere Schikanen der Sowjets, die Grenze zum sowjetisch besetzten Sektor wurde schließlich zu einer Grenze zwischen zwei verschiedenen Städten. Nicht nur Deutschland ist geteilt, sondern auch Deutschlands Hauptstadt, und während im westlichen Teil das politische und wirtschaftliche Leben im Tempo einer modernen europäischen Millionenstadt pulsiert, ist der Ostsektor mit seinen Prunkbauten der Stalin-Allee zur Zentrale einer brutalen Macht geworden, die die Bewohner zu erdrücken droht.

Am 17. Juni 1953 lehnten sich die Arbeiter in Ostberlin gegen diese Macht auf; die Zone schloß sich dem Aufstand an. Doch sowjetische Panzer zwangen den freien Willen ebenso nieder wie später in Ungarn. Der 17. Juni wurde in der Bundesrepublik zum Tag der Deutschen Einheit – aber die täglichen Ereignisse in Berlin und der Zone erfordern kaum einen einzelnen Gedenktag im Jahr. Der bisher gefährlichste Schlag, die Note vom 27. November 1958, läßt die Deutschen erneut um das Schicksal der Stadt bangen. In dieser Note setzte die Sowjetunion die Bundesregierung und die drei Westmächte davon in Kenntnis, daß sie die internationalen Abkommen, auf denen der Viermächtestatus der Stadt beruht, als nicht mehr in Kraft befindlich betrachte. Die Note war ultimativ; die Sowjets stellten eine Sechsmonatsfrist. In diesem Zeitraum sollten Verhandlungen über die Schaffung einer sogenannten freien Stadt Westberlin geführt und zu einem, die Sowjetunion befriedigenden Ende, gebracht werden.

ES ZEIGTE SICH, DASS die Vertrags- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren zu einer Stärkung der deutschen Position geführt hat. Auf einer Konferenz der Atlantischen Gemeinschaft in Paris im Dezember 1958 brachten alle Teilnehmerstaaten der NATO ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, einen Bruch des Völkerrechts nicht zuzulassen und die Freiheit Berlins ebenso zu wahren und zu verteidigen wie ihre eigene Freiheit.

DIE BUNDESREPUBLIK STEHT ALSO nicht mehr allein. Im Verlauf der weltpolitischen Entwicklung mit dem sich verschärfenden Gegensatz zwischen Ost und West wurde das Gebiet Westdeutschlands an der Grenze zum Eisernen Vorhang in die politischen und militärischen Überlegungen einbezogen. Bereits 1950, ein Jahr nach der Gründung der NATO, verschaffte


INSEL IN DER ROTEN FLUT
HAMBURG
LAUENBURG
HANNOVER
HELMSTEDT
BUNDESREPUBLIK
KÖLN
FRANFURT
WARTHA
TÖPEN-JUCHHÖH
BERLIN
SOWJET-ZONE
FROHNAU
SPANDAU
NIED.SCHÖNHSN.
PANKOW
CHARLOTTENBURG
BERLIN
WEST
OST
KARLSHORST
SCHÖNEBERG
NEUKÖLLN
KÖPENICK
LICHTERFELDE
ZEHLENDORF
WANNSEE
GRÜNAU
MARIENFELDE

BERLIN

10

sich besonders in den Vereinigten Staaten der Gedanke Geltung, daß eine demokratische Bundesrepublik, wie sie nach der Annahme des Grundgesetzes und nach den ersten Bundestagswahlen im Entstehen begriffen war, selbst einen Beitrag zur Verteidigung ihres Gebietes leisten müsse.

Von Frankreich wurde dieser Gedanke zunächst bekämpft. So scheiterte der am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), nachdem schwierige innerpolitische Hürden genommen und sogar das Bundesverfassungsgericht bemüht worden war, schließlich im Jahr 1954 an der Ablehnung durch das französische Parlament. Nach diesem Vertragsentwurf sollte der Bundesrepublik keine eigene Armee zugestanden werden, sondern nur ein „integriertes" Kontingent von insgesamt zwölf Divisionen in einer europäischen Armee.

Durch die französische Ablehnung war jedoch die Frage einer westdeutschen Beteiligung an der europäischen Verteidigung nicht aus der Welt geschafft. Noch im gleichen Jahr, im Oktober 1954, beschloß eine Neunmächtekonferenz in London mit französischer Beteiligung die Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantische Gemeinschaft und den Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU), einem Militärbündnis, das aus dem Brüsseler Pakt zwischen Frankreich, England und den Beneluxstaaten hervorgegangen war und dem nun die Bundesrepublik und Italien beitraten.

DAMIT ÜBERNAHM DIE BUNDESREPUBLIK eine Anzahl von Verpflichtungen im Rahmen des von den Vereinigten Staaten angeführten Bündnissystems zugleich mit dem Recht, eigene Streitkräfte aufzustellen. Im Deutschlandvertrag vom 23. Oktober 1954, offiziell „Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den drei Mächten" genannt, erhielt die Bundesrepublik die volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Ein Teil Deutschlands hatte in weniger als zehn Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht von einem Teil der Siegermächte wiedererlangt. Am 9. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik nach heftigen Debatten im Bundestag und der Annahme der entsprechenden Gesetze und Verträge feierlich als 15. Mitglied in die Atlantische Gemeinschaft aufgenommen. Am 12. November des gleichen Jahres wurden die ersten 101 deutschen Bundeswehrsoldaten ernannt. Immerhin dauerte es noch bis zum 7. Juli 1956, bis das Wehrpflichtgesetz mit 270 gegen 166 Stimmen vom Bundestag angenommen wurde. Die sozialdemokratische Opposition hatte sich während all dieser Jahre gegen eine Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik ausgesprochen. Sie bekämpfte zuerst die Europäische Verteidi-

gungsgemeinschaft, und nach deren Scheitern auch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Regierung und Opposition sehen zwei ganz verschiedene Wege, um das Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands im Frieden und Freiheit, zu erreichen:

- Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sehen diese Möglichkeit nur, wenn der westliche, freie Teil als starker Partner in einer starken Partnerschaft dazu beitragen kann, jede Agressionsabsicht des Ostens von vornherein aussichtslos erscheinen zu lassen und
- die Opposition glaubt, diese Politik werde die Spaltung Deutschlands nur noch vertiefen.

SEIT DER ANNAHME DES Wehrpflichtgesetzes wird die Bundeswehr in enger Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern des Atlantikpaktes aufgebaut. Zu Ende des Jahres 1958 war Halbzeit. Der NATO unterstanden zu diesem Zeitpunkt drei deutsche Korpsstäbe, sieben Divisionen und die entsprechenden Verfügungs- und Versorgungstruppen, außerdem drei Jagdbombergeschwader und ein Transportgeschwader der Luftwaffe, sowie einige Kriegs- und Hilfsschiffe der Bundesmarine. Im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE), arbeiteten drei deutsche Generale, 29 Offiziere und 28 Unteroffiziere an der Planung der gemeinsamen Verteidigung mit; insgesamt hat die Bundeswehr 142 Offiziere und 165 Unteroffiziere in NATO-Stäbe abkommandiert.

Ende 1958 hatte die Bundesrepublik rund 170 000 Mann unter Waffen, davon 110 000 Mann beim Heer, 40 000 bei der Luftwaffe und 20 000 bei der Marine. Entsprechend der strategischen Lage in unmittelbarer Nähe des Eisernen Vorhanges lag der Schwerpunkt beim Aufbau der Verteidigung bisher bei der Feldtruppe. In ihrem Rahmen wurde 1958 zum ersten Mal die Brigade als kleiner, beweglicher und feuerkräftiger Verband in den Manövern erprobt. Dabei zeigte sich, daß diese neuen Brigaden besser als die bisher üblichen Divisionen geeignet sind, für eine begrenzte Zeit auf sich selbst gestellt zu kämpfen und sich auch für einige Tage selbst zu versorgen. Bis zu fünf solcher Brigaden können zu einer Division zusammengefaßt werden.

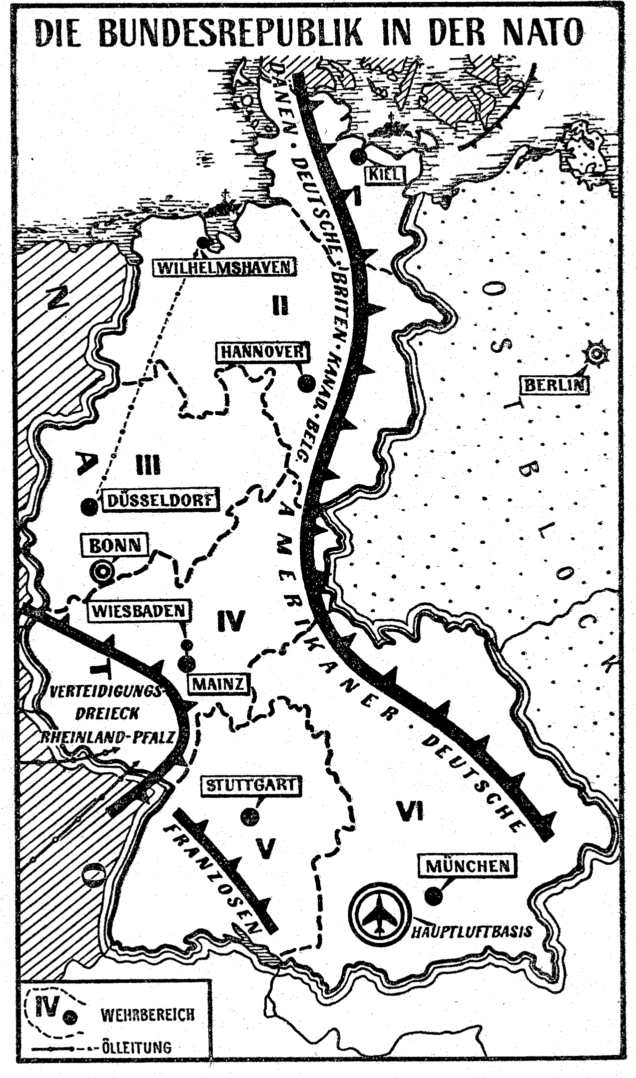
25 000 Soldaten der Luftwaffe nahmen bisher an 220 verschiedenartigen Lehrgängen und Kursen im In- und Ausland teil, darunter allein 1000 Flugzeugführer. Nachdem sich die Bundesregierung im Oktober 1958 endgültig für den Ankauf des amerikanischen Abfangjägers „Startfighter" entschieden hat, können im Laufe des Jahres 1959 weitere Verbände der NATO unterstellt werden. Allerdings macht sich ein starker Mangel an Flugplätzen in der Bundesrepublik bemerkbar. Statt der 40 be-

nötigten standen Ende 1958 nur 16 zur Verfügung, die bis an die Grenze des Möglichen ausgenutzt sind. Nach der Ausbildung der ersten Bedienungsmannschaften in den Vereinigten Staaten wird die Luftabwehr nun durch Raketenbataillone verstärkt, die mit amerikanischen „Nike"-Raketen ausgerüstet sind. Darüber hinaus wurde auch die konventionelle Flugabwehr im Rahmen der Gesamtplanung vervollständigt. Die Kriegsmarine verfügte Ende 1958 über insgesamt 103 Kriegs- und 11 Hilfsschiffe, ergänzt durch eine Marinefliegergruppe mit Propeller- und Düsenmaschinen.

DIE ZEIT DES AUFBAUS ist noch nicht vorüber. Die junge deutsche Bundeswehr hatte wie die ganze Nation in den ersten Jahren schwere psychologische Hemmnisse zu überwinden. In den ehemals von Deutschland besetzten Staaten wie Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen war die Furcht vor Deutschland lebendig. Auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung mußte erst überzeugt werden, daß die junge Bundeswehr entschlossen war, Fehler zu vermeiden, die – zu Recht oder zu Unrecht – der alten Reichswehr und der Wehrmacht angekreidet wurden, und zum Leitbild des neuen deutschen Soldaten den „Bürger in Uniform" zu machen.

Die inneren Schwierigkeiten beim Aufbau der Verteidigung sind noch nicht ganz überwunden; aber die klare Zielsetzung der politischen und der militärischen Führung wie auch die Haltung der jungen Soldaten haben bereits einen großen Teil der ursprünglich skeptischen öffentlichen Meinung umgestimmt. Heute gehören die Soldaten zum Straßenbild, und die Zeit öffentlicher Anrempelungen ist längst vorbei.

Zu diesem Umschwung der öffentlichen Meinung trug selbstverständlich auch die Gesamtentwicklung bei. Die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn, die Ereignisse im Nahen und Fernen Osten und die Drohung gegen Berlin haben die Einsicht verstärkt, daß die vom Osten propagierte Koexistenz zwischen Ost und West und die Neutralisierung Deutschlands auf die Dauer nichts anderes bedeuten könnte, als die Einbeziehung ganz Deutschlands in den kommunistischen Machtbereich. Die durch den Hitler-Krieg heraufbeschworene deutsche Teilung bringt es mit sich, daß der eine Teil eine strategische Schlüsselposition zur Sicherung des freien Westens einnimmt, während der andere Teil zum Vorposten des Kommunismus wurde.


DIE BUNDESREPUBLIK IN DER NATO
DÄNEN · DEUTSCHE · BRITEN · KANAD. · BELG. · AMERIKANER · DEUTSCHE
FRANZOSEN
KIEL
WILHELMSHAVEN
HANNOVER
BERLIN
DÜSSELDORF
BONN
WIESBADEN
MAINZ
STUTTGART
MÜNCHEN
HAUPTLUFTBASIS
VERTEIDIGUNGS-
DREIECK
RHEINLAND-PFALZ
OSTBLOCK
N A T O
I
II
III
IV
V
VI
IV WEHRBEREICH
ÖLLEITUNG

ist ein aus elf westdeutschen Ländern am 23. September 1949 gebildeter Bundesstaat, der das Gebiet der ehemaligen amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen umfaßt, wie sie von den Siegermächten des zweiten Weltkrieges festgelegt worden waren. Die Bundesrepublik ist rund 246 000 Quadratkilometer groß und hat rund 53 Millionen Einwohner. Das Saargebiet, dessen Eingliederung in das Gebiet der Bundesrepublik noch nicht abgeschlossen ist, zählt rund eine Million Einwohner auf 2000 Quadratkilometern. Bundeshauptstadt ist Bonn, die Bundesflagge schwarz-rot-gold.

Die Bundesrepublik ist eine konstitutionelle und gewaltenteilende, parlamentarische und repräsentative Demokratie. Ihre Staatsbürger besitzen gegenüber der Staatsgewalt fest umrissene Grundrechte, an die alle Staatsorgane gebunden sind. Als Träger der Staatsgewalt ist das Volk das höchste Staatsorgan; es wählt den Bundestag, dem es mit gewissen im Grundgesetz festgelegten Ausnahmen jeweils für vier Jahre die Vertretung seiner Interessen überträgt. Staatsoberhaupt ist der Bundespräsident, Staatskabinett die Bundesregierung mit dem Kanzler an der Spitze. Die Volksvertretung bilden der Bundestag und der Bundesrat, der aus je drei bis fünf Mitgliedern der Länderkabinette besteht.

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik setzt sich gegenwärtig aus den Ländern Baden-Württemberg (das durch den südwestdeutschen Länderzusammenschluß im Jahre 1951 aus den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern entstanden ist), Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland (seit dem 1. 1. 1957) und Schleswig-Holstein zusammen. Groß-Berlin gehört zur Zeit nur mit seinen drei westlichen Sektoren zum Bundesgebiet. Die Vertreter Westberlins sind im Bundestag nicht stimmberechtigt; die Bundesgesetze erlangen in Berlin nur Gültigkeit, wenn der Senat ihnen zustimmt.

Die Bundesrepublik ist nur ein Teil Deutschlands, sie umfaßt etwa die Hälfte des Gebietes des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Mitteldeutschland, die ehemalige russische Besatzungszone, hat nach Kriegsende 1945 eine andere politische Entwicklung genommen und befindet sich seitdem trotz einer inzwischen gebildeten angeblich souveränen Regierung, die dem Land den Namen „Deutsche Demokratische Republik" gab, in sowjetrussischer Abhängigkeit. 18 Millionen Deutsche wohnen in diesem Gebiet, das seit dem 15. Mai 1955 Mitglied des „Warschauer Paktes", des Militärpaktes der Ostblockstaaten, ist. Das ostwärts der Oder und Neiße gelegene deutsche Gebiet mit einer Größe von 117 000 Quadratkilometern, befindet sich zum größeren Teil unter polnischer, zum kleineren Teil unter sowjetischer Verwaltung. Es umfaßt Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Pommern und Teile Brandenburgs. Die deutsche Bevölkerung ist bis auf geringe Reste vertrieben worden. Diese Grenzveränderungen sind nicht international anerkannt; die deutschen Ostgebiete müssen deshalb als annektiert betrachtet werden. Die Bundesrepublik Deutschland vertritt als legale Nachfolgerin des ehemaligen Deutschen Reiches auch die Interessen Mittel- und Ostdeutschlands, soweit sie real dazu in der Lage ist.

Die Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik hat durch die Aufnahme von rund zehn Millionen Vertriebenen einen großen Wandel erfahren. Die durchschnittliche Dichte ist von 146 Menschen je Quadratkilometer im Jahre 1939 auf 194 gestiegen; sie beträgt in den Industriegebieten

Westdeutschlands bis zu 746 (im Regierungsbezirk Düsseldorf). Als Folge der beiden Weltkriege machen sich eine starke Überalterung und ein starker Frauenüberschuß bemerkbar.

Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr befanden sich bei Kriegsende 1945 in einem chaotischen Zustand. Der Wiederaufbau vollzog sich parallel mit der politischen Entwicklung zum souveränen Staat zunächst im Rahmen des finanziellen amerikanischen Hilfsprogramms für die europäischen Länder (Marshall-Plan). Dadurch wurde die Bundesrepublik Mitglied des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC), des höchsten Organs der Organisation für Zusammenarbeit zur Durchführung des europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP). Dieser Wiederaufbau geschah nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft bei einem regen Außenhandel mit den Staaten der westlichen Welt; er führte zu zahlreichen internationalen Abkommen, darunter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen mit Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern.

In den zehn Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 13,8 Millionen auf 19,4 Millionen gestiegen, entsprechend sank die Zahl der Arbeitslosen von durchschnittlich 1,3 Millionen auf durchschnittlich 500 000. Der Index der industriellen Produktion stieg von 100 im Jahr 1950 auf 205 im Jahr 1958, der Außenhandel von 11,8 Milliarden Mark im Jahr 1950 auf 53 Milliarden Mark im Jahr 1957, das Massen-Einkommen von 46,5 Milliarden auf 103,5 Milliarden. In der Zeit von 1950 bis 1958 stiegen die Preise für die Lebenshaltung um zwanzig Prozent.

Das Ackerland je Kopf der Bevölkerung sank durch den Verlust der Ostgebiete und die Aufnahme der Flüchtlinge von 49,5 Ar im Jahr 1939 in der Bundesrepublik auf 28 Ar ab. Trotzdem konnte die Landwirtschaft, unterstützt durch die staatlichen Subventionen der sogenannten „Grünen Pläne“ bis zu 70 Prozent des Bedarfs durch die eigene Produktion decken. Das Verkehrsnetz der Bundesrepublik umfaßt rund 127 000 Kilometer, davon rund 2 300 Kilometer Autobahnen, außerdem 30 600 Kilometer Eisenbahnen.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949 ist im Innern gekennzeichnet durch eine Festigung der demokratischen Staatsreform und ein in drei Bundestagswahlen, zahlreichen Landtags-, Kreistags- und Gemeinderatswahlen erteilte und bestätigte Absage an die radikalen Rechts- und Links-Parteien. Unter der Kanzlerschaft von Dr. Konrad Adenauer entwickelte sich die Bundesrepublik vom besetzten Land zu einem souveränen Staat, der am 9. Mai 1955 als fünfzehntes Mitglied in die Atlantische Gemeinschaft aufgenommen wurde und das Recht zur Aufstellung eigener Truppen erhielt.

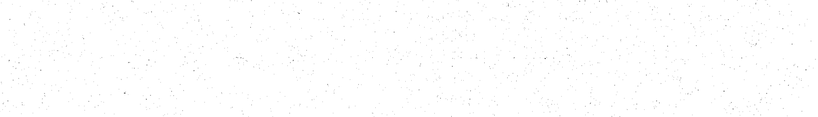
Innerhalb dieser Gemeinschaft hat die Bundesrepublik die für die westliche Verteidigung wesentliche Aufgabe übernommen, zusammen mit den auf ihrem Staatsgebiet stationierten starken NATO-Verbänden der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens das westdeutsche Gebiet zu schützen und damit das Eindringen eines Angreifers in Westeuropa zu verhindern. Der Aufbau der seit Anfang 1956 bestehenden Bundeswehr ist noch nicht abgeschlossen. Insgesamt sollen das Heer 12 Divisionen mit einer Stärke von etwa 360 000 Mann, die Luftwaffe etwa 80 000 Mann und die Marine etwa 20 000 Mann stark werden.

ZEHN JAHRE

Von der Kapitulation zur Atlantischen Gemeinschaft

8. Mai 1945	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Truppen.
5. Juni 1945	Die vier Großmächte übernehmen die staatliche Autorität in Deutschland. Aufteilung in Besatzungszonen.
30. August 1945	Einsetzung eines Alliierten Kontrollrats für alle Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betreffen.
November 1945	Beginn der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg.
1946	Die ersten Gemeinde- und Länderwahlen.
1. Januar 1947	Eine gemeinsame Verwaltung der britischen und amerikanischen Zone tritt in Kraft. Die „Bizone" erhält durch ein Statut der Militärgouverneure einen Wirtschaftsrat als Parlament, einen Verwaltungsrat als Kabinett.
5. Juni 1947	Der amerikanische Außenminister George Marshall schlägt die wirtschaftliche Konsolidierung Europas mit amerikanischer Hilfe vor (Marshall-Plan).
1947	
6. Juni 1947	Eine gesamtdeutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München scheitert an der Haltung der Zonen-Ministerpräsidenten.
1948	Westdeutsche Länder beschließen ihre Verfassungen.
20. Juni 1948	Währungsreform in den drei westlichen Zonen.
23. Juni 1948	Währungsreform in der sowjetisch besetzten Zone.
Juni 1948 bis Juli 1949	Blockade Berlins; Luftbrücke.
11. bis 23. 8. 1948	Verfassungskonvent in Herrenchiemsee.
1. September 1948	Der Parlamentarische Rat tritt in Bonn zur Ausarbeitung einer Verfassung für Westdeutschland zusammen.
Oktober 1948	Spaltung Berlins.
1949	
April 1949	Die französische Zone schließt sich der „Bizone" an.
10. April 1949	Besatzungsstatut für Westdeutschland.
8. Mai 1949	Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat.
23. Mai 1949	Unterzeichnung des Grundgesetzes nach der Ratifizierung durch die westdeutschen Länder.
14. August 1949	Wahlen zum ersten Bundestag.
12. September 1949	Theodor Heuss wird Bundespräsident.
15. September 1949	Konrad Adenauer wird Bundeskanzler.
1950	
13. Januar 1950	Die erste zwischenstaatliche Vereinbarung: Ein Abkommen über den Marshall-Plan mit den Vereinigten Staaten von Amerika
1951	
18. April 1951	Unterzeichnung des Vertrages über die Montan-Union mit Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern.
7. April 1951	Die Bundesrepublik wird Mitglied des Europa-Rates.
13. Juni 1951	Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
9. Juli 1951	Westmächte erklären den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. Revision des Besatzungsstatuts.
1952	
26. Mai 1952	Unterzeichnung eines Vertrages über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft".
1953	
6. September 1953	Wahlen zum zweiten Bundestag. Adenauer wird wieder Bundeskanzler.
1954	
23. Oktober 1954	Unterzeichnung des Deutschlandvertrages. Die Bundesrepublik erhält die volle Souveränität. Einladung zum Beitritt zur NATO.
1955	
8. Mai 1955	Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO.

Die NATO-Befehlsbereiche in Europa



Alliierter Oberbefehlshaber Europa General Norstad (USA)

- **Stellv. Oberbefehlshaber General Gale (GB)**
- **Stellvertreter Luft General Johnson (USA)**
- **Stellvertreter Marine Admiral Barjot (Frankr.)**

Chef des Stabes General Schuyler (USA)

- Stellv. Chef des Stabes Logistik und Verwaltung General Beaufre (Frankr.)
- Stellv. Chef des Stabes Planung und Grundsatzfragen General Foertsch (BRD)
- Stellv. Chef des Stabes Operationsabteilung Luftmarschall Dunlap (GB)

- Alliierte Streitkräfte Nordeuropa General Murray (GB)
  - Alliierte Streitkräfte Norwegen General Dahl (Norw.)
  - Alliierte Streitkräfte Dänemark General Hjalf (Dän.)
  - Alliierte Luftstreitkräfte Nordeuropa General Andersen (Dän.)
  - Alliierte Seestreitkräfte Nordeuropa Admiral Pedder (GB)
- Alliierte Streitkräfte Mitteleuropa General Valluy (Frankr.)
  - Alliierte Landstreitkräfte Mitteleuropa General Speidel (BRD)
  - Alliierte Luftstreitkräfte Mitteleuropa Luftmarschall Broadhurst (GB)
  - Alliierte Seestreitkräfte Mitteleuropa Admiral Bos (Niederl.)
- Alliierte Streitkräfte Südeuropa Admiral Brown (USA)
  - Alliierte Landstreitkräfte Südosteuropa General Harkins (USA)
  - Alliierte Landstreitkräfte Südeuropa General Rossi (Italien)
  - Alliierte Luftstreitkräfte Südeuropa General Lindsay (USA)
  - Seestreitkräfte und Unterstützungsverbände Südeuropa Admiral Ekstrom (USA)
- Alliierte Streitkräfte Mittelmeer Admiral Bingley (GB)
  - Befehlsbereich Westliches Mittelmeer Admiral Auboyneau (Frankr.)
  - Befehlsbereich Gibraltar Admiral Foster-Brown (GB)
  - Befehlsbereich Östliches Mittelmeer Admiral Lappas (Griechenl.)
  - Befehlsbereich Mittleres Mittelmeer Admiral Ruta (Italien)
  - Befehlsbereich Nordöstliches Mittelmeer Admiral Korütürk (Türk.)
  - Befehlsbereich Südöstliches Mittelmeer Admiral Madden (GB)

Alle Stäbe der NATO sind mit Offizieren verschiedener Partnerstaaten besetzt.

